



Noch nicht genehmigt

Protokoll 19

Stadtratssitzung

Donnerstag, 27.10.2022, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Traktandum	Seite
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	1199
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.40 Uhr	1223
55 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Fuchs/Janosch Weyermann, SVP): Wieso wollte der Gemeinderat nicht Stellung nehmen, wie er das neue Stadtberner Personalreglement finanzieren will? Will er vor der Budgetabstimmung beim Wähler nicht die Angst vor einer drohenden Steuererhöhung wecken? Wie profitieren der Stadtpräsident und die Gemeinderäte von der Annahme des neuen Personalreglements?	1224
56 Kleine Anfrage Alexander Feuz, Kurt Rügsegger (SVP): Ablesebare Uhren II (Unsere Fragen vom 1.9.2022 wurden vom Gemeinderat leider nicht vollständig beantwortet): Welche Werbeeinnahmen werden konkret erzielt? Wie lange dauert es noch konkret, bis in den einzelnen Freibädern wieder analoge Uhren installiert werden?	1224
57 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser, SVP): Kritische Fragen zur Preisgestaltung der EWB-Tarife und zum Eigendeckungsgrad von EWB.....	1225
60 Kleine Anfrage Alexander Feuz, Thomas Glauser (SVP): Bern als Sportstadt: Frauen EM 2025 versus Breitensport! Wie rechtfertigt die Stadt den Wegfall des verbilligten Abendeintritts als Sparmassnahme in der KaWeDe und die grosszügige Unterstützung eines Anlasses, der unter der Ägide der finanzstarken UEFA organisiert wird?	1225
58 Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF/Tom Berger, FDP): Einfluss der Leitzinserhöhung auf die Stadt Bern	1225
59 Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Tom Berger/Thomas Hofstetter, FDP): Einfluss der stark steigenden Strompreise auf die Finanzen der Stadt Bern.....	1226
61 Kleine Anfrage Thomas Glauser, Alexander Feuz (SVP): Die neuesten Zahlen zu den Ukraine-Flüchtlingen im Containerdorf Viererfeld?	1226
5 Fortsetzung: Viererfeld/Mittelfeld; Verpflichtungskredite (Abstimmungsbotschaft).....	1227
6 Motion Alexander Feuz (SVP), Simone Machado (GaP), Ruth Altmann (parteilos): Intransparentes Vorgehen des Regierungsrates bei den Viererfeldvorlagen («Fantasie Deal zwischen Tschäppät und Egger»): Die Abstimmungsvorlagen müssen dem Stimmbürger nochmals vorgelegt werden	1236
7 Längsbau Brünen: Teilgrundstück Volksschule Brünen (6/4729); Abgabe im Baurecht	1236

8	Motion Thomas Glauser/Alexander Feuz (SVP): Für ein sicheres Schulhaus Brünnen: Geschickte Umgestaltung des Ansermet-Platzes durch Realisierung der ursprünglich geplanten Fussgängerzone und des Veloweges	1241
9	Moosweg: Ausführungskredit für Sofortmassnahmen; Projektierungskredit für Neugestaltung	1242
10	Zumiete Basisstufe Burgernziel (Thunstrasse 100, Bern); Verpflichtungskredit zulasten Erfolgsrechnung für die Zumiete und Investitionskredit für Nutzer-ausbau, Erstausrüstung und Umgebungseinrichtung	1247
	Eingänge	1251

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Yasmin Amana Abdullahi
 Valentina Achermann
 Janina Aeberhard
 Timur Akçasayar
 Lena Allenspach
 Katharina Altas
 Ruth Altmann
 Ursina Anderegg
 Mirjam Arn
 Tom Berger
 Nicole Bieri
 Lea Bill
 Laura Binz
 Gabriela Blatter
 David Böhner
 Regula Bühlmann
 Michael Burkard
 Eva Chen
 Francesca Chukwunyere
 Dolores Dana
 Milena Daphinoff
 Sibyl Martha Eigenmann
 Vivianne Esseiva
 Alexander Feuz
 Jelena Filipovic
 Jemima Fischer

Sofia Fisch
 Thomas Fuchs
 Katharina Gallizzi
 Lionel Gaudy
 Franziska Geiser
 Thomas Glauser
 Claude Grosjean
 Lukas Gutzwiller
 Bernadette Häfliger
 Erich Hess
 Michael Hoekstra
 Seraphine Iseli
 Ueli Jaisli
 Bettina Jans-Troxler
 Anna Jegher
 Nora Joos
 Barbara Keller
 Ingrid Kissling-Näf
 Fuat Köçer
 Nora Krummen
 Anna Leissing
 Corina Liebi
 Maurice Lindgren
 Simone Machado
 Matteo Micieli

Szabolcs Mihalyi
 Tanja Miljanovic
 Dominic Nellen
 Barbara Nyffeler
 Halua Pinto de Magalhães
 Simone Richner
 Claudio Righetti
 Mirjam Roder
 Sarah Rubin
 Michael Ruefer
 Kurt Rügsegger
 Mahir Sancar
 Judith Schenk
 Florence Schmid
 Sara Schmid
 Chandru Somasundaram
 Ursula Stöckli
 Irina Straubhaar
 Therese Streit-Ramseier
 Bettina Stüssi
 Michael Sutter
 Johannes Wartenweiler
 Lukas Wegmüller
 Janosch Weyermann
 Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Diego Bigger

Thomas Hofstetter

Salome Mathys

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
 Reto Nause SUE

Michael Aebersold FPI

Franziska Teuscher BSS

Entschuldigt

Marieke Kruit TVS

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin
 Christine Otis, Protokoll

Mago Flück, Ratsweibel
 Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Traktandenliste

Die Traktanden 5 und 6, 7 und 8, 15 und 16, 27 und 28, 33 und 34, 38 bis 41, 48 bis 50 sowie 53 und 54 werden gemeinsam behandelt.

Mitteilungen des Vorsitzenden

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich begrüsse Sie zur ersten Session des Berner Stadtrats und zur ersten mehrtägigen Sitzung in diesem Parlament. Ich danke Ihnen, dass Sie bereit waren, sich auf dieses Experiment einzulassen. Wir schauen als Legislative auf eine Pendenz-Bugwelle von aktuell 361 noch nicht behandelten Vorstössen. Auch wenn wir jetzt in einem Jahr ungefähr 100 Vorstösse abarbeiten konnten, so war in den letzten Sitzungen die Zahl der eingereichten Vorstösse wieder höher als die Zahl der abgearbeiteten. Wenn wir mit gleichbleibendem Sitzungsrhythmus und gleichbleibendem Arbeitstempo weiterarbeiten, wird die Bugwelle frühestens Ende 2026 so abgeebbt sein, dass man nicht mehr zwei Jahre warten muss, bis ein vom Gemeinderat verabschiedetes Geschäft traktandiert wird. Sobald das wieder der Fall ist, wird auch der Druck auf die Dringlichkeit wieder abnehmen.

Weshalb eine Session? Wer einmal hinter die Arbeit des Präsidiums und insbesondere des Ratssekretariats gesehen hat, weiss um die unheimlich schwierige Materie des frühzeitigen Mietens des Rathauses. Der Druck auf den Saal ist so gross, dass es schwierig ist, jeden zweiten Donnerstag hier hineinzukönnen. Hinzu kommen die Budgetdebatten, die länger dauern und früher beginnen. Ich habe Ihnen das schon bei der ungewöhnlichen Ansetzung der Budgetdebatte zu erklären versucht. Wenn wir also in Zukunft am Abbau dieser Geschäftslast arbeiten, müssen wir eine gewisse Flexibilität bezüglich des Orts oder der Sitzungszeiten an den Tag legen. Das machen wir heute und morgen. Dem zukünftigen Büro wird obliegen auszuwerten, ob sich die Session bewährt hat oder nicht. Um Ihnen den Einstieg morgen Vormittag ein bisschen zu erleichtern, finden Sie unten in der Halle vor 9 Uhr Gipfeli und Gratiskaffee, damit Sie sich für den Vormittag stärken können.

Ich möchte zwei neue Stadträtinnen und Stadträte im Stadtrat begrüssen. Zuerst Chandru Somasundaram von der SP. Er ist der Nachfolger von Alina Irene Murano. Ich heisse Sie herzlich willkommen im Rat. Irina Straubhaar ist neu für die GLP im Stadtrat und tritt die Nachfolge von Remo Sägesser an. Ich wünsche Ihnen, dass Sie sich gut und schnell einleben können. Sie steigen steil ein mit einer zweitägigen Sitzung. Dafür haben Sie im Vergleich zu Ihren Kolleginnen und Kollegen bereits nach zwei Tagen die gleiche Erfahrung wie die anderen nach drei oder sechs Wochen. Sie kennen sich dann schon aus. Wenn Sie irgendwelche Fragen zum Ratsbetrieb oder so haben, können Sie sich jederzeit an den Vizepräsidenten, an mich, an Mago Flück, den Ratsweibel, oder natürlich auch an die Geschäftsführerin des Ratssekretariats wenden.

Ich will es nicht verpassen – auch wenn sie noch nicht da ist – der stellvertretenden Ratssekretärin Jacqueline Cappis zum 60. Geburtstag zu gratulieren. Sie werden sie heute noch sehen. Bitte vergessen Sie nicht, sich noch für den Bürgergemeindeganzen vom 17. November anzumelden. Sie können das bis morgen Abend noch machen. Zur Wiederholung: Wir erörtern gemeinsam mit der Bürgergemeinde die Umsetzung sowie Fragen rund um das Klimareglement. Ich denke, dass es eine wichtige Auseinandersetzung ist, insbesondere auch, weil die Bürgergemeinde viele Gebäude besitzt und wir die Frage klären wollen, wie wir gemeinsam zu einer möglichst schnellen und guten Umsetzung des Klimareglements kommen und was wir beide dazu beitragen können, damit das gut kommt.

Bitte vergessen Sie nicht, dass sich die interfraktionelle Kulturgruppe morgen Mittag von 12.00 Uhr bis 13.30 Uhr trifft. Betreffend das Einreichen von Vorstössen haben wir uns auf folgendes Vorgehen geeinigt: Heute ist es normal. Die dringlichen Vorstösse können bis um

21.00 Uhr, die anderen bis um 21.30 Uhr eingereicht werden. Damit wir die Vorstösse, die Sie morgen einreichen, in den üblichen Fristenläufen halten können, müssen die Sie dringlichen Vorstösse bis am Mittag um 12 Uhr eingereicht haben und die nicht dringlichen bis um 14.00 Uhr. Wir haben einen Boten, der diese zur Abarbeitung hochbringt. Danke vielmals. Noch ein Hinweis: Die morgen eingereichten Vorstösse werden nach den üblichen Fristen aufgearbeitet und aufgeschaltet.

Ueli Jaisli, herzlich willkommen zurück im Rat.

Bevor wir zu den Geschäften kommen, gebe ich das Wort an Gemeinderat Reto Nause. Er möchte eine Spendenaktion initiieren und kurz etwas dazu sagen. Sie haben auch noch ein Blatt auf dem Pult.

Direktor SUE *Reto Nause*: Seit dem 24. Februar dieses Jahres tobt in der Ukraine ein unglaublich brutaler Angriffskrieg. Mitten in diesem Krieg befindet sich ein Stadtberner, Bänz Margot. Bänz Margot ist Künstler, Aktivist und Musiker. Seine Basis befindet sich in Odessa. In Odessa hat Bänz Margot die Human Front Aid aufgebaut. Sie finden die Informationen dazu auf der Homepage <https://humanfrontaid.org/>. Human Front Aid engagiert sich seit dem ersten Kriegstag mit der Lieferung von Nahrung, Hygieneartikeln, Baby-Food, Windeln, Schlafsäcken und einfach allem, was man in so einer Kriegssituation brauchen kann.

Human Front Aid hat sich ebenfalls für die Evakuierung von Leuten aus den umkämpften und den besetzten Gebieten eingesetzt. Human Front Aid konnte über 4 000 Menschen aus den heissen Zonen des Kriegs in sichere Zonen des Landes, aber auch nach Moldawien ins Ausland bringen. Vor zehn Tagen kam Bänz Margot nach Bern, und wir haben die Zeit genutzt, um zusammensitzten und zu schauen, wie man die Hilfsorganisation noch etwas besser unterstützen und aufstellen könnte. Wir haben ein Patronat zusammengezimmert. In diesem Patronat nehmen Nationalrat Matthias Aebischer, Nationalrätin Kathrin Bertschy, Wanja Greuel, CEO von YB, Nationalrat Gerhard Pfister, Bernd Schildger, ehemaliger Zoodirektor, die ehemalige Finanzdirektorin Beatrice Simon und ich Einsitz. In wenigen Tagen wird Bänz Margot zurück nach Odessa gehen und er würde sich wahnsinnig freuen, wenn Sie ihn und seine Tätigkeit mit einer Spende unterstützen könnten, indem Sie vielleicht auf ein Sitzungsgeld oder auf einen Teil des Sitzungsgelds verzichten würden. Ich danke Ihnen vielmals, dass Sie sich das überlegen und uns unterstützen. Ich danke auch dem Ratssekretariat, das die Aktion sehr unkompliziert möglich gemacht hat.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Beim Ratsweibel Mago Flück, auf dem Pult ganz rechts aussen, hat es eine Spendenbox. Dort können Sie das ausgefüllte Formular mit Ihrer Spende und Ihrer Unterschrift einwerfen. Das Ratssekretariat wird das dann entsprechend abarbeiten.

Wir haben einen Antrag der SVP auf **Diskussion aus aktuellem Anlass**:

«Letzten Samstag fand wiederum eine unbewilligte Demonstration in der Stadt Bern statt, in deren Folge es zu mehreren gewaltsamen Angriffen auf die Polizei und Sachbeschädigungen kam. Insbesondere wurde das Stadttheater versprayt. Im Gegensatz zu den Verlautbarungen der Organisatoren des antifaschistischen Abendspazierganges im Vorfeld der unerlaubten Kundgebung kam es doch zu Gewaltausübungen.

In diesem Zusammenhang interessiert die Stellungnahme des Gemeinderates und der Parteien, wie sie sich dazu stellen, dass die unbewilligte – friedlich angekündigte – Demonstration doch Ausschreitungen nach sich zog. Was für Konsequenzen werden daraus im Hinblick auf weitere unerlaubte Veranstaltungen gezogen (z.B. Kostenauflegung an Verantwortliche, Schutz wichtiger Objekte)? Ebenfalls soll sich der Gemeinderat darüber aussprechen, wieso im Gegensatz zum oft harten polizeilichen Eingreifen gegen Massnahmenkritiker gegen Covid-Massnahmen (hier wurden z.B. beim Helvetiaplatz viele ältere, harmlose, nicht gewalttätige

ge Demoteilnehmer eingekesselt), die Verursacher der Sprayereien und Angriffe auf die Polizei offenbar nicht angehalten werden konnten.»

Alexander Feuz (SVP): Der Antrag liegt schriftlich vor. Wir sind der Meinung, dass man darüber diskutieren sollte, insbesondere, weil die Organisatoren sagten, dass sie eine unbewilligte Demo machen, es aber zu keiner Gewaltausübung kommen werde. Trotzdem kam es zu Gewaltausübung. Wir haben ein Problem beim Stadttheater. Ich habe daran erinnert, wie die Polizei hart gegen die Coronamassnahmengegner eingegriffen hat und ältere Leute beim Helvetiaplatz eingekesselt wurden. Ich habe das Gefühl, dass man die Leute wahrscheinlich nicht hätte anhalten können. Darum bin ich der Meinung, dass wir gerade im Hinblick auf die Zukunft dieses Ereignisses wissen möchten, wie sich der Gemeinderat dazu stellt und er in Zukunft vorgehen will.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag SVP auf Diskussion aus aktuellem Anlass ab. (6 Ja, 53 Nein, 3 Enthalten) [Namen](#) 008

1 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU): Ersatzwahl und Wahl des Präsidiums

2020.SR.000386

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer* (GFL): Die GLP schlägt vor, dass sie nach dem Rücktritt von Remo Sägesser in der FSU neu durch Judith Schenk vertreten wird. Das ist der Vorschlag der GLP. Zudem würden wir Bernadette Häfliger bereits als Präsidentin der FSU wählen und sie bliebe dies bis Ende 2023. Ansonsten müssten wir sie im Januar wählen, wenn wir das nicht bereits heute so machen. Und gleichzeitig würden wir Simone Richner als Vizepräsidentin der FSU wählen, damit dort alle Ämter wieder besetzt sind. Ich werde dies in einer Wahl durchführen, sofern Sie damit einverstanden sind.

Beschluss

1. Der Stadtrat wählt Judith Schenk (GLP) als Ersatz für Remo Sägesser in die Kommission FSU.
2. Der Stadtrat wählt Bernadette Häfliger als Präsidentin der Kommission FSU.
3. Der Stadtrat wählt Simone Richner als Vizepräsidentin der Kommission FSU.

2 Partizipationsmotion: Informationen der Stadt Bern auch in kurdischer Sprache

2020.SR.00016

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Partizipationsmotion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 6. Juli 2022

Yesim Ekici (Einreichende): Ich begrüsse Sie ganz herzlich im Namen der Gruppe Partizipationsmotion. Mein Name ist Yesim Ekici, ich bin eine der beiden Unterzeichnerinnen der Partizipationsmotion «Informationen der Stadt Bern auch in kurdischer Sprache.» Ein Zusammenschluss verschiedener kurdischer Vereine und Institutionen der Stadt Bern hat am

18. März 2021 eine Partizipationsmotion lanciert, welche die Anerkennung der kurdischen Sprache bei der Übersetzung von offiziellen Informationen der Stadt Bern verlangt.

Unsere Motion wurde vom Berner Gemeinderat positiv aufgenommen. Diese positive Rückmeldung schätzen wir sehr und ich bedanke mich ganz herzlich beim Gemeinderat der Stadt Bern. Ich danke Ihnen für die heutige Einladung. Gerne möchte ich Ihnen unser Anliegen nun näherbringen.

Mit unserer Motion möchten wir Kurdinnen und Kurden der Stadt Bern erreichen, dass die kurdische Sprache als eine der Integrationssprachen von Bern anerkannt wird, so wie dies beispielsweise bei Tamilisch, Albanisch, Spanisch und Arabisch der Fall ist. Damit erhält die kurdisch-stämmige Bevölkerung einen besseren Zugang zu integrationsrelevanten Informationen, Angeboten und Dienstleistungen der Stadt Bern.

Die Muttersprache ist ein angeborenes und natürliches Recht aller Menschen. Aber dieses Recht auf eine eigene Sprache wird Kurdinnen und Kurden in ihren Herkunftsländern wie der Türkei, dem Iran, dem Irak und Syrien verwehrt.

In ihren Herkunftsländern leiden Kurdinnen und Kurden unter einer gewaltvollen Assimilationspolitik, die ihre Sprache und Volkszugehörigkeit auszulöschen versucht. Oftmals haben sie dies in der Heimat traumatisch erlebt. Deshalb haben viele Kurdinnen und Kurden ihre Heimat verlassen und sind nach Europa und in die Schweiz geflüchtet. Sie sind für Identitätsfragen deshalb besonders verletzlich. Als Sozialpädagogin begegne ich immer wieder dieser Thematik, wenn ich mit kurdischen Menschen im Arbeitsalltag zu tun habe. Zur Veranschaulichung möchte ich Ihnen eine Anekdote aus meiner Arbeit erzählen. In einem Heim habe ich mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen gearbeitet. Ich habe ein achtjähriges Mädchen, eine Kurdin aus Syrien, begleitet. Es meinte, dass seine Eltern Araber seien und Arabisch ihre Muttersprache sei. Als ich sagte, dass meine Eltern Kurden seien und meine Muttersprache Kurdisch sei, war es zuerst irritiert. Ich habe ihm erklärt, dass es in der Schweiz nicht verboten ist, eine Kurdin zu sein und jeder Mensch frei seine Muttersprache sprechen dürfe. Durch dieses Gespräch wurde das achtjährige Mädchen seiner Identität besser bewusst und es hat realisiert, dass es ihre eigene Sprache und Kultur hierzulande nicht verstecken muss. Es hat mit Freude gesagt, dass auch es Kurdin und seine Muttersprache Kurdisch sei. Ab diesem Zeitpunkt hat sich sein Verhalten deutlich verbessert. Aufgrund der Anerkennung seiner Identität und Sprache hat es sich hier in der Schweiz geöffnet. Es lernte auf Menschen einzugehen, zuzuhören und mitzumachen. Es konnte Vertrauen aufbauen und seine Blockaden überwinden.

Dieses Beispiel zeigt, wie kurdisch-stämmige Heranwachsende unter der Assimilationspolitik ihrer Herkunftsländer auch hier in der Schweiz zu leiden haben. Nachdem sie in die Schweiz geflüchtet sind, begegnen sie auch hier in offiziellen Dokumenten der Stadt Bern den Sprachen ihrer Herkunftsländer, jedoch nicht der eigenen Sprache. Die Muttersprache aber ist ein wichtiger Teil der Identität. Eine Identitätsverletzung kann die Psyche und die gesellschaftliche Adaption beeinträchtigen. Kinder benötigen für eine gelingende Entwicklung und Integration eine bedingungslose Annahmeakzeptanz ihrer kulturellen und sprachlichen Identität sowie eine vertrauensvolle Umgebung. Wenn kurdische Kinder und Familien es erleben, dass ihre Muttersprache hierzulande, wie viele andere Sprachen auch, akzeptiert ist, wird es ihnen helfen, sich in Bern zu orientieren und an der Gesellschaft teilzuhaben. Seit 1999 übersetzt die Stadt Bern wichtige offizielle Informationen in die Sprachen der grössten Migrationsgruppen der Stadt. Die Kurden gehören ebenfalls zu den grössten Migrationsgruppen. Dabei orientiert sich die Stadt Bern an der ursprünglichen Muttersprache der Migrantinnen und Migranten. Eine Übersetzung der offiziellen Informationen der Stadt Bern auf Kurdisch hilft der Integration der Kurdinnen und Kurden in der Schweiz. Insbesondere kurdische Migranten und Migrantinnen mit geringer schulischer Ausbildung kann dies helfen, sich in Bern und in der Schweiz zu orientieren. Dadurch können sie sich integrieren und der Schweiz als Aufnahme-

land auch etwas zurückgeben. Wir sind der Überzeugung, dass es für eine gelungene Integration unerlässlich ist, die lokale Sprache zu lernen. Wir unterstützen und fördern dies aktiv mit verschiedenen Aktivitäten und Kursen, die wir anbieten. Der Stadtrat hat bereits vor vielen Jahren anerkannt, dass Übersetzungen in einer Übergangsphase der Migration hilfreich sind. Deshalb bitten wir darum, die grosse Anzahl kurdischer Migrantinnen und Migranten, die sprachlich bisher benachteiligt waren, mit den anderen Migrantengruppen gleich zu stellen. Wir bitten Sie, diese Partizipationsmotion mit einem überparteilichen Verständnis zu bewerten und positiv zu beantworten. Die kurdische Sprache besteht aus verschiedenen Dialekten, beispielsweise Kurmandschi, Zazaki oder Sorani. Wir Kurdinnen und Kurden der Stadt Bern sind uns einig, dass Übersetzungen in den Dialekt Kurmandschi sinnvoll wären, da die Mehrheit der Kurdinnen und Kurden Kurmandschi als Muttersprache haben und die anderen Dialektgruppen Kurmandschi verstehen.

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf Ihre wohlwollende Unterstützung. Herzlichen Dank.

Fraktionserklärungen

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die GB/JA!-Fraktion stimmt der vorliegenden Motion zu. Wir alle wissen, dass Sprache ein grosser Schlüssel zur Inklusion ist. Wenn wir die Teilhabe aller in der Stadt Bern lebenden Menschen verbessern wollen, ist es enorm wichtig, dass die Stadt möglichst viele Informationen in verschiedensten Sprachen aufbereitet. Gerade für viele neu Ankommende, die noch kein Deutsch verstehen, ist es von zentraler Bedeutung, sich orientieren zu können. Inklusion bedeutet immer auch einen Mehraufwand für die Mehrheitsgesellschaft, um ausgeschlossenen Gruppen – Gruppen, die wir als Mehrheit ausschliessen –, die Teilhabe zu ermöglichen.

Unsere Fraktion begrüsst es, dass der Gemeinderat grundsätzlich betreffend vieler Sprachen, aber auch in diesem Fall, bereit ist, einen Mehraufwand zu betreiben.

In diesem Fall geht es aber um mehr als «nur» um das Verstehen von Informationen. Es geht darum, dass die Stadt die kurdische Sprache explizit anerkennt und somit auch das Leid vieler in der Stadt lebenden Kurd*innen anerkennt und sich mit ihnen solidarisiert. Vor allem geht es auch darum, sie im Gegenteil nicht dazu zu zwingen, sich in einer Sprache zu informieren, die ihnen allenfalls in ihrer Ursprungsregion aufgezwungen wurde. Wir haben vorher eindrücklich gehört, was das auslösen kann. Millionen von Kurd*innen werden unter anderem in und von Syrien, dem Irak, der Türkei und dem Iran unterdrückt. Ihnen werden Staatsangehörigkeiten aufgezwungen, sie werden verfolgt und bekriegt, und es wird ihnen zudem ihre Sprache aberkannt. Der Befreiungskampf der Kurd*innen gelangt auch in unserer Region immer wieder in den Fokus, verschwindet dann aber leider immer wieder aus der öffentlichen Wahrnehmung, auch aus unserer Wahrnehmung hier im Rat. Viele direkt betroffene Menschen leben hier und müssen mit ihrer eigenen Geschichte und derjenigen ihrer Verwandten und Freund*innen, die in den Ursprungsregionen leben und kämpfen, zurechtkommen. Aktuell sehen wir ja bei den Protesten im Iran, wie gross und schmerzhaft der Kampf der Frauen und eben auch der kurdischen Bevölkerung ist, und schrecklicherweise sehen wir vor allem auch, wie heftig die Gegengewalt des Staates ist. Mit der offiziellen Anerkennung der Stadt Bern von Kurd*innen als explizite Migrationsgruppe können wir wenigstens in der Stadt ein wenig Gegensteuer geben. Damit können wir aufhören, die Kurd*innen in der Stadt weiterhin zu marginalisieren, und können aber auch über die Stadt hinaus ein solidarisches Zeichen setzen. Wir bedanken uns sehr bei den Motionär*innen für ihre Motion und ihr Engagement in dieser Sache, auch weil sie uns allen hier drinnen aufzeigt, wo wir weisse Flecken haben, und uns darauf aufmerksam macht. Betreffend den Hinweis des Gemeinderates im Vortrag, dass er nur in einen kurdischen Dialekt übersetzen wird, gehen wir davon aus, dass er gemeinsam mit den Motionär*innen hier eine gute Lösung finden wird. Der Vorschlag liegt ja schon auf

dem Tisch, wir haben es vorhin gehört. Ich bedanke mich fürs Zuhören und hoffe, dass diese Motion mit sehr viel Zustimmung überwiesen wird.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die SVP kennt – da kann ich mich meiner Vordnerin anschliessen – die wechselvolle und tragische Geschichte des kurdischen Volkes. Es ist bekannt, man kann es auf Wikipedia nachlesen: Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Israel, Iran, Irak – überall leben Kurden, teilweise in Unterdrückung, insbesondere in der Türkei. Wir bedauern das.

Zum Vorstoss: Wir hätten den auch abgelehnt, wenn es um Norwegisch oder Dänisch gegangen wäre. Wir betrachten die schweizerische, also die deutsche Sprache, als einen wichtigen Schlüssel zur Integration. Und jetzt komme ich zum wichtigen Teil: Sie wissen, dass das Rätoromanische auch verschiedene Idiome hat. Es gibt das Surselvisch, das Surmiran und in der Gegend von St. Moritz das Vallader. Im Kurdischen ist es ähnlich, es gibt kein Kurdisch, es gibt verschiedene kurdische Dialekte und kurdische Sprachen. Sie können es in Wikipedia nachlesen, ich bin kein Sprachforscher, aber es gibt das Nordkurdisch, es gibt das Zentralkurdisch und es gibt das Südkurdisch. Das sind alles verschiedene kurdische Sprachen. Für die Einführung bedeutet das dasselbe Problem, das wir beim Rätoromanisch hätten. Ich war immer ein Gegner – ich sage das ganz ehrlich, wahrscheinlich haben die Vertreter der Mitte keine Freude daran – der Einführung des Einheitsromanischen, da man so die Dialekte zerstört hat. Somit stellt sich die Frage, welches Kurdisch man nehmen wird. Da gibt es wiederum unsägliche Probleme und ich sage nochmals, der Schlüssel zur Integration ist die deutsche Sprache und ich appelliere an die Kurden, die gut Deutsch sprechen. Helfen Sie Ihren Landsleuten und geben Sie vielleicht auch ein Beispiel, wie man übersetzen kann und wie wichtig die Sprache für den Zugang und die Integration ist, aber auch für das Finden eines Arbeitsplatzes. Ich hätte auch die Einführung von Norwegisch oder Dänisch oder Mongolisch abgelehnt. Es geht einerseits um finanzielle Sachen, aber hauptsächlich um die Frage der Integration sowie weitere Fragen rund um diese Problematik. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion den Vorstoss ab.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich möchte mich zuallererst bei den Motionär*innen für diese Motion bedanken. Es freut uns, dass eine Partizipationsmotion hier zur Abstimmung kommt, weil das immer ein besonders starkes Signal ist. In der Stadt Bern können viele Menschen weder abstimmen noch wählen. Die Partizipationsmotion ist ein Instrument, das diesen Menschen ermöglicht, trotzdem parlamentarisch und politisch mitzuwirken. Es ist uns sehr wichtig, dass dieses Instrument auch genutzt wird und so die Demokratie ein bisschen zugänglicher gemacht wird.

Um Zugang geht es auch in der Partizipationsmotion selbst. Sprache ermöglicht Partizipation, Sprache ermöglicht Integration. Wer kein Deutsch kann oder eben keine der Migrationssprachen spricht, in welche die wichtigen amtlichen Informationen übersetzt werden, für diese Menschen werden alltägliche Sachen oft sehr schwer. Ich kann das kaum nachvollziehen, denn ich habe ein riesiges Privileg: Ich spreche eine der Landessprachen der Schweiz. Trotzdem möchte ich Ihnen kurz eine Geschichte erzählen, die bei mir dazu geführt hat, dass ich mir meinem Privileg sehr bewusst geworden bin. Eine Bekannte von mir hat ein behördliches Schreiben erhalten. Sie hat den Brief geöffnet, den Inhalt gelesen, nicht wirklich verstanden und ihn zur Seite gelegt. Eine Woche später bekam sie einen Anruf. Sie hatte einen wichtigen gerichtlichen Termin verpasst. Seither zeigt sie mir oft behördliche Schreiben. Vor ein paar Wochen kam dann wieder so ein Anruf. Sie habe einen Brief erhalten, wisse aber nicht genau, was drinstehe, vielleicht sei es ja wichtig. Es stellte sich heraus, dass es kein behördlicher Brief war, sondern ein Spendenaufruf an alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern. Der Brief sah tatsächlich sehr wichtig aus. Sie sehen, für uns ist es absolut alltäglich, Wer-

bung einfach beiseitelegen zu können. Für Menschen, die die Sprache nicht verstehen, können solche Alltagssituationen verständlicherweise zur kompletten Überforderung führen. Für uns als SP/JUSO-Fraktion ist es eine absolute Selbstverständlichkeit, dass wir als Stadt Bern einen Beitrag dazu leisten wollen, dieser Überforderung durch Sprache etwas entgegenzuwirken, indem Merkblätter und Unterlagen übersetzt werden. Es gibt viele Kurdinnen und Kurden in der Stadt Bern, und nein, Alexander Feuz, eine Übersetzung ins Kurdische ist eben nicht dasselbe wie ins Norwegisch oder Schwedische. Denn hier geht es um Anerkennung. Es geht um Solidarität mit den Kurdinnen und Kunden. Es geht um Sprache und Identität und es geht darum, dass sich Kurdinnen und Kurden in der Stadt Bern eben nicht verstecken müssen. Kurdisch ist eine wichtige Migrationssprache und das müssen wir anerkennen. Integrationsleistungen und Informationen müssen auf Kurdisch übersetzt werden, damit sie die Zielgruppe auch erreichen.

Wir sind froh, dass der Gemeinderat diese Partizipationsmotion als Richtlinie erheblich erklären will und somit Kurdisch den anderen Migrationssprachen gleichsetzt. Das ist ein wichtiges Zeichen und es ist ein Muss. In welche Dialekte dann tatsächlich übersetzt wird, liegt beim Gemeinderat. Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat die Motionärinnen und Motionäre einbezieht und mit ihnen anschaut, welches die beste Lösung ist. Wir rufen alle Fraktionen dazu auf, dem Gemeinderat zu folgen und die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären. Wir solidarisieren uns mit den Kurdinnen und Kurden und möchten ihnen den Zugang zu unserer Gesellschaft erleichtern.

David Böhner (AL) für die Fraktion AL/PdA: Liebe Freunde und Freundinnen aus Kurdistan, liebe Yesim, besten Dank für die Einreichung dieser Motion. Die Fraktion AL/PdA begrüsst es sehr, dass die Einwohner und Einwohnerinnen aus Bern, die keinen Schweizerpass besitzen, sich hier einbringen können. Wir würden es aber noch vielmehr begrüssen, wenn Sie, Yesim Ekici, Ihr Votum als gewählte Stadträtin ohne Schweizerpass hätten einbringen können. Leider, wie wir alle wissen, ist das nicht möglich. In der Stadt Bern hätte dieses Anliegen natürlich eine Mehrheit, aber im Kanton wird das nicht zugelassen. Darum auch eine Aufforderung an alle Kolleginnen und Kolleginnen hier: Sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Grossen Rat, damit das endlich geändert wird und wir auf die Partizipationsmotion, die sehr wichtig ist, aber nur eine Brücke darstellt, verzichten können. Ein Viertel der Wohnbevölkerung hat kein Stimm- und Wahlrecht. Das ist keine Demokratie. Deshalb müssen wir das so schnell wie möglich ändern. Das war ein kleiner Exkurs.

Zum Inhalt der Motion: Selbstverständlich unterstützt die AL/PdA-Fraktion die Motion. Es ist ein wichtiges Anliegen der grossen kurdischsprachigen Bevölkerung in Bern. Zudem würden solche auf Kurdisch verfasste Informationsschreiben von Regierungsbehörden – wie Sie, Yesim Ekici, gesagt haben – bei der Bevölkerung auf viel Wohlwollen stossen. Von den Regierungsbehörden ihrer Herkunftsländer erhalten sie keine solchen Informationsschreiben in ihrer Muttersprache, im Gegenteil. Sie werden sogar zum Teil verfolgt, wenn sie in ihrer Muttersprache sprechen. Wenn wir diese Motion annehmen, wäre das also auch eine symbolisch wichtige und vertrauensbildende Integrationsmassnahme für die kurdischsprachige Gemeinde in Bern, besten Dank dafür.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich halte das Fraktionsvotum für alle drei unter dem Titel Partizipation zusammengefassten Geschäfte. Dies auch deshalb, weil diese zweitägige Sitzung auch dazu dienen sollte, dass wir in unserer Geschäftsliste vorwärtskommen.

Ich komme zum Begehren der Übersetzung von Informationen auch in die kurdische Sprache. Ich möchte nicht inhaltlicher Natur darauf eingehen, meine Vorgänger sind sehr lange darauf eingegangen: Es ist klar, die Kurden werden unterdrückt. Ich bin da völlig einig mit meinen

Vorredner*innen. Mir geht es mehr um eine formale Geschichte. Die Vorgeschichte der sogenannten Ausländer*innenmotion ist die Tatsache, dass ein Stimmrecht für Ausländer*innen in Bern aufgrund kantonaler Gesetzgebung nicht möglich ist. In anderen Kantonen auf Gemeindeebene schon. Man hat deshalb dieses Instrument kreiert, um die Ausländer trotzdem irgendwie partizipieren zu lassen. Geschäfte, die sie in ihrer Eigenschaft als Ausländer*innen betreffen – beispielsweise das Migrationsrecht, das Sozialhilferecht und so weiter – werden jedoch kaum je auf Stadtebene verhandelt. In Bezug auf alle anderen Geschäfte verhält es sich bei ihnen wie bei allen anderen Stadtbürgern auch, also ob beispielsweise ein Schulhaus da oder dort saniert oder gebaut wird, betrifft sie als Eltern, als Steuerzahler oder als Anwohner. Resultat dieser Regelung sind Motionen wie jene zur Übersetzung in die kurdische Sprache, über die wir heute reden. Letztlich machen sie dann den grössten gemeinsamen Nenner aus, zu dem sich die fragliche, vom Stimmrecht ausgeschlossene Bevölkerung – in der Stadt Bern sind das 25 Prozent der Stadtbevölkerung – überhaupt noch zusammenfinden kann. Das zum Formalen. Ich bin da derselben Meinung wie David Böhner: Bitte machen Sie diesbezüglich Druck beim Kanton, dass sich das ändert.

Das bisherige Vorgehen der Stadt, Informationen gemäss Anteil Bevölkerung zu übersetzen oder eben nicht, macht jedoch objektiv gesehen Sinn. Wir übersetzen schon in ca. 12 Sprachen. Unsere restriktive Migrationsgesetzgebung auf Kantons- und Bundesebene verlangt zudem Sprachkenntnisse auf Niveau A2 für den Erhalt eines C-Ausweises. Einfache deutsche Sprache wird von diesen Leuten verstanden. Mit derselben Argumentation wie die Kurden können nun auch die Basken, die Katalanen, die Usbeken – ich spreche nicht von den Dänen und den Norwegern – eine Übersetzung in ihrer Muttersprache verlangen. Sämtliche afrikanische Sprachen können darauf pochen, dass eine Übersetzung auf Englisch und Französisch letztendlich eine Übersetzung in die Sprache der Unterdrückter*innen bedeuten würde. Wenn wir diese Motion der Kurd*innen nun annehmen, dann müssen wir bei allen anderen auch «Lei halten», wie wir auf Berndeutsch sagen. Das kann ins Unendliche führen. Unsere Fraktion wird trotzdem mehrheitlich zustimmen, einfach deshalb, weil wir jene nicht desavouieren wollen, die sich die Mühe gemacht haben, diese Motion einzureichen und damit auch ihren Willen bekundet haben, am politischen Leben der Stadt Bern teilzuhaben.

Zum Haus der transkulturellen Begegnung: Wir schliessen uns der Argumentation des Gemeinderates an und unterstützen die Motion, wenn sie in ein Postulat umgewandelt wird. Dies im Sinne des Anliegens, dass die Stadt Rahmenbedingungen fördern soll, die eine Begegnung auch und besonders mit Menschen anderer Herkunft unterstützen soll. Die vom Stadtrat am 14. Juni 2018 für erheblich erklärte Motion für die Schaffung eines Hauses der Vereine verfolgt ein ähnliches Anliegen, jedoch mit einem viel breiteren Approach. Wir halten es nicht für sinnvoll und inklusionsfördernd, wenn Migrant*innen separate Räumlichkeiten für ihre Zusammenkünfte bereitgestellt werden. Viel eher sollten alle bestehenden Institutionen ihre Tore auch für deren Anliegen und Zusammenkünfte öffnen. Dies geschieht erfreulicherweise auf Stadtberner Boden bereits vielerorts. Ich erinnere an die Quartiertreffs, die Räume des Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG) etc. Wir unterstützen deshalb die Argumentation des Gemeinderates, diese Motion zum Postulat gewandelt in das Anliegen einzubinden, ein Haus der Vereine zu schaffen, das eben auch der Migrationsbevölkerung und deren Vereinen etc. zur Verfügung stehen soll. Als Motion werden wir das Begehren ablehnen.

Das Anliegen der SVP in Bezug auf die Schaffung eines Spezialreglements zur Partizipation von nicht in Bern lebenden Steuerzahlern lehnen wir mit derselben Argumentation, wie der Gemeinderat sie vorlegt, ab.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Auch im Namen der FDP/JF-Fraktion möchte ich mich bei den Motionären für das grosse Interesse und ihr beeindruckendes Engagement bedanken. Auch die Begründung war sehr eindrücklich. Danke vielmals. Auch die FDP/JF-

Fraktion sieht einen Schlüssel zu einer guten Integration im möglichst einfachen Zugang zu den relevanten Informationen und unterstützt die Hilfe zur Selbsthilfe. Anmahnen möchten wir aber dennoch, dass in der Verwaltung keine Übersetzungswut ausbricht. Für das haben wir leider das Geld nicht. Wie die Sprecherin der Motion eindrücklich dargelegt hat, können Sprachhürden den Alltag einer Migrantin erschweren und die Fraktion FDP/JF hat sich dazu entschlossen, der Motion zuzustimmen. Wir sind einverstanden mit der Übersetzung der Basisinformationen in die kurdische Sprache und stimmen der Überweisung der Partizipationsmotion zu.

Einzelvoten

Ruth Altmann (parteilos): Ich finde es wichtig, dass wir hier unterscheiden zwischen Integration und einem politischen Statement. Wenn es für die Integration ist, gebe ich Francesca Chukwunyere recht. Wir müssten lei halten und das bei allen möglichen Ländern machen. Das wäre nur fair. Vom Gesichtspunkt der Integration her finde ich das nicht nötig. Es wird hier von den Rednern dauernd vermischt. Natürlich verstehen sie auch andere Sprachen und es ist nicht unabdingbar, dass man das auf Kurdisch übersetzt. Allerdings – und das möchte ich unterscheiden – können Sie sich entscheiden, für die Kurden ein politisches Statement setzen zu wollen. Wenn Sie sie politisch unterstützen wollen und ein politisches Zeichen setzen wollen, dass Sie hinter ihren Anliegen stehen, dann müssen Sie dem Vorstoss zustimmen. Aber deswegen und nicht wegen der Integration. Da müssen Sie ehrlich mit sich selbst sein, aber vermischen Sie die Dinge nicht. Man kann dem durchaus zustimmen, wenn man das politisch meint. Sonst aber braucht es das eigentlich nicht, da muss ich auch Simone Richner zustimmen. Es ist nicht unbedingt nötig, wir müssen dafür nicht unbedingt Geld auszugeben. Für die Integration ist es nicht nötig, aber politisch mag es so sein. Es liegt in Ihrer Hand.

Alexander Feuz (SVP): Ich wurde nochmals angesprochen und halte zur Klarheit noch etwas fest: Wir haben gar nichts gegen die Kurden, wie Sie in meinen einleitenden Worten gehört haben. Ich anerkenne und bedaure das Schicksal dieses Volkes, das in einer Diaspora in vielen Ländern lebt. Aber es ist wichtig zu wissen – da schliesse ich mich dem Votum von Francesca Chukwunyere an –, dass auch andere Länder und andere Staaten sehr viele verschiedene Dialekte haben. Ich führe kurz aus, wie das Kurdische teilweise auch sehr unterschiedlich geschrieben wird. Sie müssen wissen, dass Nordkurdisch vorwiegend im kurdisch-lateinischen Alphabet geschrieben wird. Im Zentralkurdisch – das wird in der autonomen Region Kurdistan im Süden und in West-Iran gesprochen – wird meist die arabische Schrift mit persischen Sonderzeichen verwendet. Und es wird noch komplizierter, da zusehends vermehrt auch das kurdisch-lateinische Alphabet verwendet wird. Sie sehen, ich habe mich mit der Sache befasst. Ich danke auch meinem Fraktionskollegen Janosch Weyermann, der mich darauf aufmerksam gemacht hat. Das sind komplexe Verhältnisse. Was gilt jetzt? Welche Sprache wollen Sie? Wir haben jetzt bereits zwei verschiedene Schriftsprachen für Kurdisch. Sie sehen, wie Ruth Altmann gesagt hat, man kann ein politisches Bekenntnis abgeben, aber zur Integration dient das nicht. Ich wollte das mit aller Deutlichkeit festhalten, dass wir hier verschiedene Dialekte haben. Ich bin auch gespannt, wie der Gemeinderat festlegen will, welche dieser Sprachen nachher in der Dokumentation abgedruckt werden. Ist es eine oder sind es beide? Das sind gewaltige Probleme und ich halte es für den falschen Ansatz. Der richtige Ansatz ist über die Integration, über die deutsche Sprache. Das ist der Ansatzpunkt, und anschliessend müssen die Landsleute ihren Landsleuten helfen, hier Fuss zu fassen. Das ist Integration.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Ich danke den Einreichenden der Partizipationsmotion für die Einreichung. Die Partizipationsmotion ist eines der wenigen Instrumente, die wir im Moment in der Stadt Bern haben, damit auch Migrantinnen und Migranten ihre politischen Anliegen hier im Stadtrat deponieren können. Deshalb freue ich mich über jede Partizipationsmotion, die eingereicht wird. Selbstverständlich setzt sich der Gemeinderat überall dort, wo er kann, für das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer ein, leider bis anhin vergeblich.

Bern will eine Stadt für alle sein. Für den Gemeinderat gehört dazu, dass alle am städtischen Leben teilhaben können und alle Zugang zu den städtischen Angeboten und Informationen haben. Zugang haben heisst eben auch, dass wir Hürden abbauen müssen, beispielsweise auf unseren Webseiten. Unsere Webseiten sind nicht für alle verständlich, manchmal sogar dann, wenn wir auf Deutsch schreiben. Die Partizipationsmotion verlangt, dass wir die Texte auf Kurdisch übersetzen, und der Gemeinderat teilt dieses Anliegen, da Kurdisch eine wichtige Migrationssprache ist. Für all diejenigen, die sagen, dass wir das nicht machen sollen und die Informationen nicht übersetzen lassen sollen: Ich denke, dass Sie nicht genau wissen, was wir übersetzen, wenn wir sagen, dass wir Infos in eine Migrationssprache übersetzen. Wir übersetzen nämlich nicht die ganzen Webseiten. Auch der Gemeinderat ist sich bewusst, dass es für eine gelingende Integration wichtig ist, dass die Leute Deutsch lernen. Deshalb haben wir ja auch das Projekt der DeutschBons, mit denen man günstig oder eben auch gratis einen Deutschkurs besuchen kann. Der Gemeinderat hat das Konzept, dass er Basisinformationen zum Leben in der Stadt Bern jeweils in verschiedene Sprachen übersetzt. Diese Basisinformationen sollen primär Menschen dienen, die sich in der Schweiz oder in Bern noch nicht so gut eingefunden haben, die vielleicht erst bei uns angekommen sind. Es werden weitere Informationen in diverse Sprachen übersetzt, von denen man überzeugt ist, dass sie für diese verschiedenen Zielgruppen sehr wichtig sind. Das sind ausgewählte Informationen, wie beispielsweise Formulare oder Informationsblätter. Hinzu kommt ein zusätzlicher Bereich, nämlich Gespräche von Migrantinnen und Migranten mit Verwaltungsstellen. Hier werden Informationen in noch viel mehr Sprachen übersetzt als in jene, in die wir unsere Webseiten übersetzen. Dies wird bereits heute schon auf Kurdisch übersetzt. Also der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass sich das Konzept der Übersetzung von ausgewählten Texten bewährt hat. Das haben wir wie gesagt in vielen Sprachen, und deshalb ist es gut, wenn wir auch das Kurdische hinzufügen können.

Wir haben uns im Gemeinderat zusätzlich die Frage gestellt, wie wir damit umgehen, dass es in der kurdischen Sprache verschiedene Dialekte gibt. Diesbezüglich wählt der Gemeinderat einen anderen Weg als die SVP. Der Gemeinderat findet, Teilhabe heisst, dass man zuhört, was die betroffene Bevölkerung wünscht, und nicht, was der Gemeinderat selbst recherchiert. Deshalb danke ich der Sprecherin der Motion sehr herzlich, dass sie diese Frage für den Gemeinderat beantwortet hat. Wir werden also Kurmandschi für unsere Webseite benutzen und ich hoffe, dass Sie alle dieser Partizipationsmotion zustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Partizipationsmotion als Richtlinie erheblich.
(64 Ja, 6 Nein, 3 Enthalten) [Namen](#) 009

Applaus im Saal.

Der Stadtratspräsident bitte um Ruhe im Saal, es sei gemäss Reglement auf Applaus zu verzichten.

3 Partizipationsmotion: Haus der transkulturellen Begegnung: «Wir Stadtbewohner*innen»

2019.SR.000138

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 4. Dezember 2019

Karawan Almeray (Einreichender): Es ist für uns eine grosse Ehre, Ihnen unsere Partizipationsmotion vorzustellen. Ich heisse Karawan Almeray und bin Kurde aus Syrien. In Syrien war ich Erdöl-Ingenieur und kam 2015 in die Schweiz und arbeite heute beim Staatssekretariat für Migration (SEM). Ich teile mein Votum mit meiner Kollegin Mahtab Akram Aziztaemeh. Sie arbeitete im Iran als Journalistin, leitet heute beim Solidaritätsnetz die Freiwilligenkoordination und koordiniert bei NCBI das Projekt «Unsere Stimmen» in Biel. Sie gehört in Bern der städtischen Fachkommission für Migrations- und Rassismusfragen an. Politisch sind wir beide im Flüchtlingsparlament und bei den SP-Migrant*innen aktiv.

Unsere Partizipationsmotion wurde von 220 Einwohnern und Einwohnerinnen aus der Stadt Bern unterzeichnet, da wir beide leider noch keinen Schweizerpass haben. Viele von uns sind seit Jahren, seit Jahrzehnten in unserer Stadt niedergelassen. Mit der Partizipationsmotion bitten wir Sie, den Gemeinderat zu beauftragen, dem Stadtrat eine Vorlage über die Einrichtung und Finanzierung eines Hauses der transkulturellen Begegnung zu unterbreiten. Dieses Haus soll möglichst zentral gelegen sein. Das Büro des Stadtrats hat die Motion am 4. Juni 2019 für gültig erklärt und am 4. Dezember 2019 beantragte der Gemeinderat dem Stadtrat die Motion abzulehnen. Weil der Bedarf ausgewiesen sei, erklärte er sich bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Wir sind mit dieser Umwandlung in einen Prüfauftrag einverstanden und ersuchen Sie, die Motion als Postulat zu überweisen. Das ermöglicht vertiefte Abklärungen, die auch aus unserer Sicht unverzichtbar sind. Der Gemeinderat weist in seiner Stellungnahme daraufhin, dass es in der Stadt Bern zahlreiche Standorte und Räume gibt, die zu günstigen Preisen für einzelne Veranstaltungen gemietet werden können. Das sehen wir auch so. Es geht aber um mehr. Ungedeckt ist nämlich die grosse Nachfrage von Vereinen, Organisationen und Verbänden nach Räumen für ihre Sekretariate und Angebote. Nur allzu oft sind diese in Privatwohnungen angesiedelt. Das schränkt deren Möglichkeit, Dienstleistungen anzubieten, stark ein, obschon diese für uns alle und auch für die Stadt sehr wertvoll sind. Das wollen wir ändern. Der Gemeinderat weist auf das Haus der Religionen hin. Es wurde zu einem in der ganzen Schweiz wahrgenommenen Erfolg, aber nur, weil die dort aktiven Gemeinschaften eigene Räume haben und diese langfristig nutzen können. Nur so kann eine breite Wahrnehmung mit grosser Ausstrahlungskraft aufgebaut werden. Die grosse Mehrheit der Vereine, Verbände und Organisationen aus der Migrationsbevölkerung sind nicht religiös geprägt. Das Angebot des Hauses der Religionen deckt ihre Bedürfnisse nicht ab. Sie befassen sich mit Menschenrechtsfragen, mit heimatlichen Kulturen und Sprachen und bieten Schreibstuben, Weiterbildungen, soziale und gesundheitsbezogene Dienstleistungen und rechtliche Beratung an. Mit all diesen Aktivitäten tragen sie zum Aufbau tragfähiger Netzwerke bei und stärken die sozialen Beziehungen. Das ist gut für sie und das ist gut für die Stadt. Denn von einer gelungenen Integration profitieren alle, nicht nur die Migrationsbevölkerung. Herzlichen Dank fürs Zuhören.

Mahtab Akram Aziztaemeh (Einreichende): Wir Mitbürger und Mitbürgerinnen ohne Schweizerpass, Steuerzahlende und Vereine aus der Migrationsbevölkerung möchten diese Motion benutzen, um ein Haus der Vereine von Migranten und Migrantinnen und ein Haus der Begegnung für alle zu erreichen. Mit ihren vielfältigen Aktivitäten tragen diese zivilgesellschaftlichen Organisationen aus der Migrationsbevölkerung zum guten Zusammenleben in unserer Stadt bei und entlasten damit auch die öffentliche Hand. Aber wie bereits Karawan Almerey betont hat, solange das ohne gute Infrastruktur geleistet werden muss und die Sekretariate bei Privaten angesiedelt bleiben, bleibt ein grosses Potenzial ungenutzt. Umso wichtiger ist das Anliegen unserer Partizipationsmotion. Wenn wir uns etwas umsehen, stellen wir fest, dass die meisten Städte Häuser haben, in denen man wie im PROGR, dem Haus der Generationen oder dem Zentrum5 im Breitenrainquartier für einzelne Anlässe oder für einen Abend oder tageweise einen Raum mieten kann. Die Stadt Biel hat das «Haus pour Bienne», St. Gallen das Solidaritätshaus, Winterthur das «Nord-Süd-Haus», Freiburg das Begegnungshaus «la Red» sowie die interkulturelle Bibliothek. Am nächsten an unsere Idee kommt Genf mit seinem interkulturellen Haus der Vereine. Dieses bietet seine Infrastruktur 80 Organisationen an. Einige haben dort mehr oder weniger ausgebaute Sekretariate und können zudem Räume für Sitzungen oder Konferenzen nutzen. Dies trägt zu einer enormen Stärkung der Zivilgesellschaft bei. Auch in der Stadt Lausanne kam es im Anschluss an Studien über die Stärkung der Zivilgesellschaft und zur Förderung der Freiwilligenarbeit zu einer intensiven Diskussion darüber, ein Haus der Vereine zu gründen. Ebenso in der Stadt Zug. Die Stadt hat als erstes eine Erhebung über die bestehenden Vereine aus der Migrationsbevölkerung gemacht und deren Bedürfnisse abgeklärt. Das sollte auch die Stadt Bern machen.

Es gibt in Bern zahlreiche Vereine aus der Migrationsbevölkerung, die meist abseits vom Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit wertvolle Arbeit leisten. Wir möchten nur auf folgende Beispiele hinweisen: Das Schweizer Büro des Vereins für Menschenrechte (İnsan Hakları Derneği, IHD): Der IHD hat seinen Hauptsitz in der Türkei und unterstützt in der Türkei und in der Schweiz über ethnische, religiöse und politische Grenzen hinweg alle, die von Menschenrechtsfragen betroffen sind. Das Netzwerk «Wir alle sind Bern» setzt sich für politische Mitwirkung auf allen Ebenen und in verschiedensten Formen ein. Das Netzwerk hat vor einem Jahr eine befristete Projektstelle geschaffen. Beim Verein «voCHabular» arbeiten über 60 Freiwillige an Sprachlehrmitteln für Schweizerdeutsch aus Sprachen wie Arabisch, Persisch, Spanisch, Türkisch usw. Koordiniert wird das Ganze über eine kleine Geschäftsstelle, der ich angehöre. Die Arbeit dieser drei Beispiele liegt im Interesse der Stadt. Deren Büros sind aber in Privatwohnungen angesiedelt. Könnten sie die Infrastruktur eines Hauses der Begegnung im Zentrum der Stadt nutzen, wäre ihre wichtige zivilgesellschaftliche Arbeit weit wirksamer. Sie könnten mehr Menschen erreichen und zu einem Leuchtturm für die Stadt werden. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit. Wir bitten Sie, aus all diesen Überlegungen unsere Partizipationsmotion in Form eines Postulats zu überweisen und das Anliegen vertieft abzuklären. Herzlichen Dank.

Fraktionserklärungen

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir danken den Motionär*innen und allen 220 Mitunterzeichnenden für das Einreichen der Partizipationsmotion. Es ist ungerecht, dass ein Viertel der erwachsenen Menschen in der Schweiz vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen ist. Es ist ungerecht, dass es in Bern kein Ausländer*innenstimm- und Wahlrecht gibt und es ist ungerecht, dass die Schweiz an ihrer restriktiven Einbürgerungspraxis festhält. Umso mehr müssen wir allen Unterstützerinnen und Unterstützern der Motion dafür dankbar sein, dass sie sich nicht enttäuscht von der Schweizer oder Berner Politik abwenden, sondern, dass sie sich mit denjenigen Mitteln einbringen, die ihnen offenstehen. Deshalb vielen Dank für Ihr Engagement für die Partizipationsmotion. Die Fraktion GB/JA! unterstützt das

Anliegen der Motionärinnen und Motionäre nach einem Haus der transkulturellen Begegnung, das den Austausch unter ausländischen Personen und zwischen ausländischen Personen und der übrigen Bevölkerung fördert und Weiterbildungsmöglichkeiten für beide Bevölkerungsgruppen bietet.

Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, es gebe schon einige Begegnungsräume: Quartiertreffs, das Generationenhaus und beispielsweise das Haus der Religionen. Es fehle vor allem an niederschwellig zugänglichen, günstigen Räumen. Wir teilen diese Einschätzung. Ein Haus der transkulturellen Begegnung soll nicht bestehende Angebote konkurrenzieren, sondern die bestehende Lücke schliessen. Wir begrüssen es deshalb, dass der Gemeinderat gewillt ist, die Motion als Postulat anzunehmen und einen günstigen Raum zu suchen, in dem niederschwellige Begegnungen zwischen Migrant*innen, Ausländer*innen und Schweizer*innen möglich sind.

Wir hoffen, dass das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre im Stadtrat breit unterstützt und bald umgesetzt wird. Wir wünschen den Motionärinnen und Motionären viel politischen Durchhaltewillen.

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion SVP: Die Partizipationsmotion ist ein linkes Politspektakel. Es gibt immer wieder die Gelegenheit, hier zu jammern und zu weinen, dass die Ausländerinnen und Ausländer kein Stimm- und Wahlrecht haben und dass es ihnen hier so schlecht geht. Trotzdem ist die Zuwanderung von Jahr zu Jahr grösser und es gäbe eigentlich viele Möglichkeiten für Ausländerinnen und Ausländer, sich zu beteiligen. Wir finden es richtig, dass sich diese Leute hier integrieren wollen. Das ist der einzige Weg, das heisst auch über die Sprache. Machen Sie in Vereinen mit, Sie können auch der SVP beitreten, auch wenn Sie nicht stimmberechtigt sei. Bei uns ist das ab 16 Jahren möglich, auch für Ausländer. Die SVP ist diesbezüglich offen, weil wir finden: Machen Sie mit, Sie können an den Versammlungen sogar bei den Parolen mitbestimmen. Lassen Sie sich schlussendlich einbürgern, so können Sie voll mitmachen. Entscheiden Sie sich für die Schweiz und geben Sie den Pass Ihres Landes ab.

Es ist eigentlich ganz einfach und selbstverständlich könnte oder möchte sich die Stadt Bern noch viele solcher Zentren leisten. Aber das Geld ist leider nur beschränkt vorhanden und das Angebot ist gross genug. Es gibt die Quartiertreffs Kleefeld und Wittigkofen, und auch die Kirche bietet viel an. Es gibt das Haus der Religionen, den PROGR, das Haus der Generationen. Also, wenn jemand da keinen Raum findet, um sich mit anderen zu treffen, hat er wahrscheinlich ein anderes Problem. Aber wir nehmen es positiv zur Kenntnis, dass Sie sich integrieren und sich treffen wollen. Dafür braucht es aber kein Haus der transkulturellen Begegnung in Bern. Bern ist sozial genug mit dem heutigen Angebot. Ein kleiner Hinweis: Das gleiche Anliegen kam ja früher schon von der Fraktion AL/PdA und wenn man nun den Titel der Partizipationsmotion anschaut: «Wir Stadtbewohner*innen.» Da muss ich feststellen: Sie haben den Vorstoss geschrieben und danach einfach Leute gesucht, die ihn unterzeichnen. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen – selbst, wenn ich viel Fantasie habe –, dass die Leute, die vorhin diese Partizipationsmotion vorgestellt haben, diesen Titel gewählt haben. Deshalb habe ich gesagt, es ist ein linkes Politspektakel. Vor allem Sie von dieser Seite nutzen das optimal. Es werden wahrscheinlich auch wieder neue solche Partizipationsmotionen kommen, die Sie ausbrüten und dann einfach Leute suchen, die sie mitunterzeichnen und das teilweise auch gut finden. So können Sie uns jedes Mal wieder den gleichen Mist erzählen vom Stimm- und Wahlrecht in diesem Kanton. Sie vergessen, dass der Kanton entscheidet. Die Stimmbevölkerung hat klar gesagt, dass sie das nicht will. Da können Sie noch so oft sagen, wie traurig das ist. Es ist einfach so, im Kanton entscheidet der Kanton und das ist gut so und bleibt hoffentlich für die nächsten 50 Jahre so.

Chandru Somasundaram (SP) für die SP/JUSO: Vielen Dank für diese Motion. Wir wissen, wie viel Arbeit dahintersteckt, wie lange Sie daran gearbeitet haben und dass Sie selbstständig Ihre Ideen, Motivation und Herzblut in dieses Anliegen gesteckt haben. Vielen Dank dafür. Ein Haus der transkulturellen Begegnung bietet Berner*innen mit oder ohne Schweizerpass und der Stadt Bern einen grossen Mehrwert. All jene von uns, die in Vereinen und Vorständen wichtige Arbeit leisten, wissen um die Schwierigkeit, neuen Nachwuchs für die Freiwilligenarbeit zu finden. Gerade hier liegt einer der vielen Vorteile eines Hauses der transkulturellen Begegnung. Menschen ohne Schweizerpass fehlt es mitnichten an Ideen oder Motivation, sich im Quartier oder im Lokalverein zu engagieren. Oft fehlen aber die Kenntnisse oder das Wissen um Möglichkeiten, den eigenen Tatendrang einzubringen. Nicht selten wird geglaubt, ohne den roten Pass wäre ein Mitwirken in Vereinen sowieso nicht erlaubt. Dies ist nicht verwunderlich, da Menschen, die keinen Schweizerpass besitzen, auch von der politischen Teilhabe ausgeschlossen sind. Die Partizipationsmotion ist darum ein wichtiges Instrument, damit die Anliegen der Bevölkerung ohne Schweizer Bürgerrecht Eingang in die politischen Prozesse finden.

Ein Ort der Begegnung erlaubt einen Wissenstransfer und holt Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen ab. Das Projekt leistet somit einen Beitrag zur Inklusion in das gesellschaftliche Leben der Stadt und garantiert eine bessere Teilhabe. Gerade seit Beginn der Pandemie ist uns bewusster geworden, wie wichtig Orte der Begegnung und des Austausches sind, um der Einsamkeit vorzubeugen. Ich möchte betonen, dass von der Forderung der Motionärinnen die gesamte Stadtbevölkerung profitiert, da das Haus der transkulturellen Begegnung Menschen mit oder ohne Schweizerpass offenstehen soll.

An dieser Stelle möchte ich auch erwähnen, dass die Voraussetzung für die Erlangung des Schweizer Bürgerrechts laut Artikel 2 der Verordnung über das Schweizer Bürgerrecht, ich zitiere, die Vertrautheit mit den schweizerischen Lebensverhältnissen voraussetzt. Die Motionär*innen bieten mit ihrem Vorschlag an, einen Ort zu schaffen, an dem diese Voraussetzungen für alle Einbürgerungswillige im Austausch mit Mitbürgerinnen erworben und gepflegt werden können. Der Unterhalt eigener Räumlichkeiten erhöht die Handlungsfähigkeit und die Professionalität eines Vereins. Das Haus der Religionen ist ein gutes Beispiel dafür. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass tamilische Berner*innen dank der Räume im Haus der Religionen Projekte verfolgen, die den Dialog zwischen Menschen mit und ohne Schweizerpass fördern – ein grosser Mehrwert für die gesamte Bevölkerung. Dennoch braucht es dringend Vereinsstrukturen, die sich ausserhalb eines religiösen Kontextes befindet. Noch fehlt ein solcher Ort in Bern. Die Wichtigkeit eines solchen Hauses haben andere Schweizer Städte schon erkannt, wie Mahtab Akram Aziztaemeh bereits erwähnt hat: Genf kennt das Haus internationaler Vereine, indem sich 80 Organisationen befinden. St. Gallen hat ein Solidaritätshaus, in dem Migrant*innen ein- und ausgehen und auch familienergänzende Leistungen wie einen Mittagstisch oder Hausaufgabenhilfe angeboten bekommen. Die Stadt Bern hat hier Nachholbedarf. Der Vorschlag, dieses Haus der transkulturellen Begegnung im Ringhof in der Lorraine zu etablieren, erachten wir als sinnvoll. Ein niederschwelliger Zugang für alle, der Begegnungen ermöglicht, ist auch im Sinne der Motionär*innen und wir unterstützen das als Fraktion. Werte Ratsmitglieder, für das Funktionieren unserer Milizdemokratie sind wir auf starke Vereine und Verbände angewiesen. Die Forderung der Motionär*innen geht genau in diese Richtung und hat das Potenzial, ein brachliegendes Feld an sozialem Engagement zu aktivieren. Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Vorstoss als Postulat zustimmen.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Auch an dieser Stelle möchte ich mich wieder bei den Motionären für das grosse Engagement bedanken. Es ist immer wieder eine Freude zu sehen, wie viele Personen partizipieren und wie viel Herzblut in die Reden gesteckt wird. Herzlichen Dank.

Auch die FDP/JF-Fraktion anerkennt aus integrationspolitischer Sicht den Mehrwert eines transkulturellen Begegnungs- und Weiterbildungsorts, ist aber wie der Gemeinderat der Meinung, dass in der Stadt Bern bereits ein überdurchschnittlich breites Angebot zur Verfügung steht, um die wichtigen Vereinstätigkeiten auszuleben, resp. Platz bieten, um die Vereinstätigkeit auszuleben, wie die bereits von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern genannten Institutionen wie das Haus der Religionen, das Generationenhaus usw. Die FDP/JF-Fraktion lehnt deshalb die Partizipationsmotion ab und wird auch mehrheitlich ein Postulat ablehnen.

David Böhner (AL) für die Fraktion AL/PdA: Die Fraktion AL/PdA unterstützt das Anliegen selbstverständlich. Wie der Gemeinderat in der Antwort bereits erwähnt hat, haben wir vor vielen Jahren diese Motion für ein Haus der Vereine im Ringhof eingereicht. Das könnte selbstverständlich zusammengelegt werden. Die Motion wurde vom Stadtrat angenommen. Im Ringhof ist momentan immer noch die Kantonspolizei untergebracht, das Projekt in Niederwangen nimmt aber langsam Fahrt auf. Die Bagger stehen schon fast bereit. Das heisst, es wird jetzt ernst und es wäre wirklich ein sehr geeignetes Gebäude dafür. Es ist im Besitz des Kantons. Teil der Motion war damals auch, dass der Gemeinderat den Auftrag hat, sich beim Kanton einzusetzen, damit ein Abtausch oder eine Miete möglich wird und das Haus der Vereine dort eingerichtet werden kann oder mindestens in einem Teil davon. Ich fordere Sie nochmals dazu auf, dass sich die Stadt und die Parteien, die auch im Grossen Rat vertreten sind, beim Kanton dafür einsetzen.

Einzelvoten

Erich Hess (SVP): Was ist die Aufgabe einer Stadt und was nicht? Was ist die Aufgabe von jedem Einzelnen und was nicht? Hier müssen wir klar differenzieren. Es kann nicht die Aufgabe einer Stadt sein, für jede Gruppierung irgendeine Lokalität zur Verfügung zu stellen. Wenn jemand etwas trinken gehen und sich mit anderen unterhalten will, haben wir zahlreiche Gastronomiebetriebe in der Stadt Bern. Es muss nicht das Ziel sein, dass die Ausländer untereinander zusammensitzen. Nein, das Ziel muss sein, dass die Ausländer, die hier in der Schweiz sind, sich integrieren, arbeiten gehen und die Gesellschaft mit Schweizerinnen und Schweizern suchen, damit sie sich uns anpassen und sich hier integrieren können. Wer sich nicht integrieren und sich nur ins gemachte Nest setzen will, wie zum Beispiel in einem solchen Raum, der zur Verfügung gestellt wird, soll wieder nachhause gehen, dorthin, wo er hergekommen ist, hier hat es keinen Platz für ihn. Es braucht wahre Integration, aber keine Möchtegernintegration, die viel Geld kostet und nachweislich – nachweislich! – nie etwas bringen wird. Darum: Der Integrationswille muss immer vom jeweiligen Ausländer kommen und kann nicht von der öffentlichen Hand diktiert werden. Ich bitte Sie, den Vorstoss abzulehnen.

Katharina Altas (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Erich Hess, wir sind hier ein demokratisch gewähltes Parlament. Die Partizipationsmotion ist ein demokratisch legitimes Instrument und Ihre Fraktion akzeptiert seit Einsetzen der Partizipationsmotion dieses Instrument nicht und respektiert die Menschen nicht, die zu uns kommen und in unserer Gesellschaft sehr viel leisten. Die Art und Weise, wie Sie die Menschen adressieren, ist respektlos. Das geht nicht an in einem demokratisch legitimen Parlament.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Auch bei dieser Motion möchte ich mich bei den Motionärinnen und Motionären bedanken. Ich finde es eine sehr schöne Idee, ein Haus der transkulturellen Begegnung in Bern zu schaffen. Der Gemeinderat teilt diese Idee, dass es schön ist, dass wir uns in der Stadt Bern – ob wir nun Schweizerinnen und Schweizer oder Migrantinnen und Migranten sind – treffen können. Von dem her unterstützt der Gemeinderat die Stossrich-

tung der Motion. Er bittet aber die Motionärinnen und Motionäre den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Sie haben in Ihren Voten gesagt, dass Sie das gutheissen und dafür danke ich Ihnen ebenfalls. So können wir unsere Stossrichtung gemeinsam und wahrscheinlich auch schneller weiterverfolgen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass es eine grosse Nachfrage nach günstigen und niederschwellig zugänglichen Räumen gibt.

Der Gemeinderat verfolgt aber in der Stossrichtung, die er eingeschlagen hat, dass sich möglichst viele oder alle Räume, die es in der Stadt Bern gibt, öffnen, damit sie allen Bernerinnen und Bernern für die unterschiedlichsten Nutzungen zur Verfügung stehen. Dieses Anliegen wird auch von der Mehrheit des Stadtrates mitgetragen. Deshalb führe ich das nicht mehr länger aus. Ich möchte Ihnen noch etwas mit auf den Weg geben, an dem wir im Moment arbeiten: Wir schauen im Rahmen der Leistungsverträge, die wir mit verschiedenen Institutionen abgeschlossen haben, so zum Beispiel auch mit dem Haus der Religionen, dass sie darauf hinwirken, dass sie auch ihre Angebote und ihre Räume noch mehr öffnen. Weiter steht hier für den Gemeinderat auch die Gemeinwesenarbeit oder der Kulturbereich im Zentrum.

Indem wir Fach- und Projektberatung der Trägerschaften anbieten, verfolgen wir das Ziel, bestehende Begegnungsorte dahingehend voranzutreiben, dass diese wissen, welche Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung miteinzubeziehen sind. Wir setzen uns dafür ein, dass viele Vernetzungsmöglichkeiten zwischen der Migrationsbevölkerung und den Trägerschaften stattfinden können. Und wir setzen uns auch für die City-Card ein, die den Zugang erleichtert. Wir setzen uns für alles ein, dass die Hürden zu bestehenden Angeboten in der Stadt abbauen will.

Der Gemeinderat verfolgt diese Stossrichtung, weil er der Meinung ist, dass wir eigentlich in der Stadt Bern bereits viele Räume haben. Im Vergleich zu anderen Städten sind wir sehr dezentral, in den Quartieren, organisiert und dort gibt es ja auch viele Quartiertreffs, in denen sicherlich noch mehr transkulturelle Öffnung zugelassen werden kann. Wir denken, dass es eine sehr grosse Herausforderung ist, ein zentrales Gebäude mit einem bezahlbaren Mietzins zu finden. Deshalb möchte der Gemeinderat Ihr Anliegen auch mit der überwiesenen Motion für ein Haus der Vereine kombinieren. Ich erhoffe mir, dass es gelingt, das Haus der Vereine der Stadt Bern im Ringhof zu platzieren. Ich finde das einen sehr schönen Ort, respektive handelt es sich um ein spezielles Gebäude, aber es ist immerhin ein sehr zentraler Ort. Das Gebäude ist recht gross und ich denke, wir könnten dort wirklich ein sehr schönes, interessantes und breit abgestütztes Zentrum machen. Aber das dauert noch eine Weile, da bin ich nicht der gleichen Ansicht wie der Sprecher der Fraktion AL/PdA. Ich glaube, das dauert noch eine Weile. Wir verfolgen das, aber in der Zwischenzeit können wir viele kleine Schritte in die gewünschte Richtung machen, wie sie die Motion verlangt. Deshalb bitte ich Sie alle, die Motion als Postulat zu überweisen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionär*innen wandeln die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (48 Ja, 24 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 010

4 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Thomas Fuchs/Janosch Weyermann, SVP): Einführung eines Partizipationsreglementes für nicht in der Stadt Bern wohnende Steuerpflichtige analog des Reglements über die politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländer (PaR)

2021.SR.000162

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 22. Dezember 2021

Motionär *Alexander Feuz* (SVP): Wir teilen das Fraktionsvotum auf. Ich, als Erstunterzeichner, beginne.

Eine Vorbemerkung zu Katharina Altas: Sie sehen, dass wir hier selbst einen Antrag zum Partizipationsreglement stellen. Ich möchte von Anfang an klar Wert darauflegen. Der Anknüpfungspunkt hier ist das Steuerobjekt und nicht die Nationalität. Ich möchte mich gegenüber den Vorwürfen verwehren, dass wir das nicht ernst nehmen. Ich glaube, dass ich bei der Motion zur kurdischen Sprache sehr sachlich argumentiert habe. Man kann anderer Meinung sein, aber wenn man sowohl in lateinischer Schrift oder in kurdischer Schrift antworten müsste, führt das zu Problemen. Ich glaube, das darf man sagen und man darf auch durchaus der Meinung sein –

Der Stadtratspräsident unterbricht das Votum: Die Diskussionen über die vorgängigen Traktanden sind abgeschlossen.

Alexander Feuz setzt sein Votum fort: Ich habe mir erlaubt, das noch zu sagen, für einen eleganten Übergang zum Partizipationsreglement. Der Anknüpfungspunkt ist das Steuerobjekt und nicht die Nationalität. Ich wollte das schön elegant zusammenbringen, was mir gelungen ist.

Zum Antrag: Wir wollen, dass in der Stadt Bern Steuerpflichtige, aber nicht in der Stadt Bern wohnhafte Personen in Analogie zum Reglement über die politische Partizipation von Ausländern und Ausländerinnen, die institutionelle Mitwirkung verschafft wird, und es 200 nicht in Bern wohnende Steuerpflichtigen ebenfalls ermöglicht wird, eine Partizipationsmotion einzureichen. Ich bin der Meinung, dass das etwas Neues ist, ein neuer Ansatzpunkt. Sie haben sich vorhin gefragt, weshalb wir das gemacht haben. Es war Michael Aebersold, der mich darauf gebracht hat. Die Stadt braucht immer mehr Geld. Sie müssen wissen, dass es viele Leute gibt, die in der Stadt Bern steuerpflichtig sind, aber nicht hier wohnen. Sie wohnen vielleicht in Muri oder in Gümligen oder sogar ausserkantonale. Wenn sie aber hier einen Betrieb haben, müssen sie Steuern bezahlen. Somit ist es nichts anderes als richtig, dass die Leute, denen man den Steuersatz immer weiter erhöht, deren Parkgebühren verdoppelt oder am liebsten verdreifacht werden, das Recht erhalten, eine Motion zu machen. Es heisst immer, dass sie diese Möglichkeit über die Wirtschaftsverbände haben. Als wir aber sagten, dass die Ausländer dies ebenfalls über ihre Organisationen – oder vielleicht über eine Parteigruppe «Kurden in der SP» oder «Kosovo-Albaner in der Mitte-Partei» oder was auch immer – tun können. Da hat man uns immer gesagt, dass das nicht gehe. Wir wollen hier nicht die Leute in den Verbänden bemühen. Anknüpfungspunkt ist genau der gleiche. Deshalb bin ich der Meinung, dass unser Anliegen absolut gerechtfertigt ist und wir den Leuten, die in der Stadt Bern Steuern bezahlen müssen, unabhängig der Nationalität – das kann auch ein kurdischer Teppichhändler sein, der in Zollikofen wohnt und in Bern ein Geschäft hat oder ein türkischer Lebensmittelhändler, der in Köniz wohnt – dieses Recht geben. Ich habe das auch zuhanden

des Protokolls festgehalten, dass so, wie wir es formuliert haben, die Ausländer ebenfalls gemeint sind.

Das war der erste Teil des Fraktionsvotums, den zweiten übernimmt Thomas Fuchs.

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion SVP: Es ist eigentlich bedenklich, dass man den Leuten, die in der Stadt Bern arbeiten und einen Betrieb haben, keine Partizipation zugestehen will. Hingegen vorhin, wenn es um Ausländer gegangen ist, war das überhaupt kein Problem. Logischerweise ist es hier kein Thema. Das ist Ihre politische Suppe, die Sie kochen und überall bearbeiten. Man hat uns vorgängig vorgeworfen, dass wir das nicht ernst nehmen. Das stimmt überhaupt nicht. Wir haben zu den eingereichten Anträgen Stellung genommen. Ich weiss nicht, wie Sie darauf kommen, dass wir das nicht ernstnehmen. In diesem Fall hätten wir gar nichts dazu gesagt. Fakt ist, dass es in der Stadt Bern viele Leute gibt, die etwas zu sagen hätten, die hier ein Geschäft haben und die darunter leiden, was in dieser Stadt alles passiert.

Ich lese Ihnen aus einem Interview in der Neuen Zürcher Zeitung etwas vor. Es wurde einer Person die Frage gestellt, welchen Luxus sie sich noch leiste: «Der grösste Luxus ist, dass ich noch einen Wohnsitz in der Stadt Bern habe. Das mag boshaft klingen, aber es ist wahr. Ich habe in der Stadt nicht den Eindruck, dass sich mein Geld dort am richtigen Ort befindet. In Bern lebt eine Gesellschaft, die sich für das Wohlfühlen bezahlen lässt. Der selbstständige Unternehmer hat keinen Stellenwert, was leider auch für den gesamten Kanton Bern gilt. Ich überlege mir ernsthaft, ob ich nicht wegziehen soll. Die Firma Fust wurde von mir vor über 50 Jahren in Bern gegründet. Anerkennung bekam ich dafür aus wirtschaftspolitischen Kreisen, von der Stadt und vom Kanton so gut wie nie. Diplomingenieur Walter Fust.» Ich glaube, das ist treffend ausgedrückt, was Sie hier für eine Meinung vertreten. Er hat eigentlich mit jedem Wort recht und man müsste ihm eigentlich sagen: Jawohl, Walter Fust, gehen Sie weg aus dieser Stadt Bern, nehmen Sie der Stadt Bern das Geld weg und geben Sie einem anderen Ort als Steuereinnahme, an dem sie mit dem Geld sinnvoller umgehen als hier. Aber logischerweise wohnt er hier, weil er seine Liegenschaft hier hat, und bleibt deshalb wahrscheinlich im Moment noch in Bern. Aber genau mit dieser Einstellung, die Sie haben, mit dieser Haltung vertreiben Sie die Leute, die noch Steuern zahlen. Wenn Sie das Geld anschliessend für Ihre linken Ideen brauchen wollen, ist es dann plötzlich nicht mehr da. Ich bitte Sie, unserer Motion zuzustimmen und unser Anliegen zumindest zu prüfen. Die Ausreden des Gemeinderats sind nicht einmal billig, man will es einfach gar nicht prüfen. Das ist verständlich, da Sie wissen, dass die politische Mehrheit hier im Rat nichts davon wissen will.

Einzelvotum

Ruth Altmann (parteilos): Ich finde es nur recht und billig, wenn auch hier eine Partizipationsmotion eingereicht wird. Ich frage mich allerdings grundsätzlich, ob die Partizipationsmotionen nicht gegen die Verfassung verstossen. Ehrlich gesagt ist das von der Verfassung nicht vorgesehen. Wir haben Volksvertreter/Parlamentarier, die Vorstösse einreichen. Ich sehe das in der Verfassung so nicht. Wenn man sich die Mühe noch nicht gemacht hat, sollte ein Rechtsgutachten darüber gemacht werden, ob nicht jegliche Partizipationsmotionen verfassungswidrig sind.

Es gibt immer die Beleidigten. Natürlich kann die SVP das immer wieder kritisieren. Sie kritisieren ja auch immer wieder irgendwelche Sachen. Das ist einfach ein parlamentarisches Recht.

Ich werde die Partizipationsmotion – obwohl ich grundsätzlich meine Zweifel an diesen Partizipationsmotionen habe – unterstützen, weil ich es nur fair finde. Dann sollen die halt auch eine haben und wir können ewig so weiterfahren und für noch mehr Gruppierungen Partizipationsmotionen schaffen. In diesem Fall aber stimme ich zu.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Danke für die Motion und danke für die kurze Diskussion, so geht es ein bisschen rascher vorwärts als vorher.

Der Gemeinderat hat Ihnen eine schriftliche Begründung abgegeben. Ich glaube, es geht tatsächlich darum, dass die Leute viele Möglichkeiten haben, ins Gespräch zu kommen. Ich habe heute mit zwei Personen, die nicht in der Stadt wohnen, aber hier Steuern bezahlen – Grundeigentümer – Gespräche geführt. Ich habe das Interview von Walter Fust in der Neuen Zürcher Zeitung auch gelesen. Ich wusste nicht mal, dass er in der Stadt Bern wohnt. Ich habe ihn noch nie als Bewohner der Stadt Bern angetroffen, nun aber sofort mit ihm Kontakt aufgenommen. Ich habe mich gefreut, dass er hier wohnt, und suche jetzt das Gespräch mit ihm. Es tat mir auch leid, dass er so enttäuscht ist von der Stadt Bern und nie ein Feedback erhalten hat. Aber ich habe ihn ehrlich gesagt auch nie angetroffen. Ich bin viel unterwegs in der Stadt Bern, auch in diesen Kreisen. Ich glaube, genau die Leute, die hier Steuern zahlen, sei es als Grundeigentümerin, als Selbstständigerwerbende oder aus anderen Gründen, haben viele Möglichkeiten auf uns zuzukommen und auch direkt das Gespräch zu suchen und ihre Anliegen einzubringen. Sie brauchen kein eigenes Gefäss für eine Partizipationsmotion und darum bitten wir Sie, den Vorstoss abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab. (14 Ja, 57 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 011

- Traktanden 5 und 6 werden gemeinsam behandelt. -

5 Viererfeld/Mittelfeld; Verpflichtungskredite (Abstimmungsbotschaft)

2019.FPI.000126

FSU-Sprecherin *Bernadette Häfliger* (SP): Das Geschäft zum Vierer- und Mittelfeld wurde bereits am 3. Februar im Stadtrat mit dem Stadtratsbeschluss SRB Nr. 2022-49 behandelt und mit 57 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zuhanden der Stimmberechtigten der Stadt Bern verabschiedet. Dagegen wurde am 18. Februar eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht, die mit Entscheid vom 31. Mai 2022 von der Regierungsstatthalterin vollumfänglich abgewiesen wurde. Die Beschwerdeführenden haben aber den Entscheid des Regierungsstatthalteramts ans Verwaltungsgericht weitergezogen.

Der Gemeinderat hat bereits am 2. März entschieden, die für den 15. Mai vorgesehene Abstimmung abzusagen, weil er die freie Meinungsbildung der Stimmberechtigten als gefährdet betrachtete. Um das wohnbaupolitisch äusserst wichtige Geschäft möglichst rasch weiterzutreiben, hat der Gemeinderat entschieden, dem Stadtrat eine neue Vorlage zu unterbreiten, in der vorerst nur der Verpflichtungskredit zur Abstimmung gebracht werden soll. In der neuen Vorlage ist die Frage der Baurechtsabgabe nicht mehr enthalten. Sie wird zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden können. Der Stadtrat hat sich also bereits im Februar inhaltlich ausführlich mit dem jetzt erneut traktandierten Geschäft auseinandergesetzt. Ich gehe deswegen nicht mehr im Detail daraufhin. Zur Erinnerung, und weil es im Moment sehr viele neue Stadträtinnen und Stadträte hat, eine ganz kurze Zusammenfassung zum jetzt erneut zur Diskussion stehenden Verpflichtungskredit. Die Quartierentwicklung inklusive dem Stadtteilpark basiert auf den bereits beschlossenen Zonenplänen Vierer-/Mittelfeld, über die die Stimmberechtigten bereits 2016 entschieden haben. Die Areal- und Wohnstrategie ist im Nachgang dieser Abstimmung in einem partizipativen Verfahren entwickelt worden. Es soll jetzt ein Sie-

gerprojekt aus dem städtebaulichen Wettbewerb aus dem Jahr 2018 umgesetzt werden. Die planungsrechtlichen Bestimmungen sehen unter anderem vor, dass auf dem Viererfeld die Hälfte und auf dem Mittelfeld mindestens die Hälfte der anrechenbaren Wohnfläche während fünf Jahren ab Investorenausschreibung für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert sind. In den Planungsinstrumenten wird zudem ein reduziertes Parkplatzangebot festgeschrieben. Das Quartier soll weiter den Vorgaben einer 2000-Watt-Gesellschaft entsprechen. Für das neue Quartier muss die Stadt Strassen, Grünräume, Abwasserleitungen und andere Infrastrukturen erstellen. Die Planung des Vierer- und Mittelfeldes erfolgt in unterschiedlichen Phasen und mit sehr vielen unterschiedlichen Baurechtstragenden. Dadurch ist das Projekt äusserst komplex. Damit eine möglichst grosse Planungssicherheit gewährleistet werden kann, wird der Kredit für die städtischen Entwicklungs- und Infrastrukturmassnahmen in einer einzigen Vorlage beantragt und nicht wie normalerweise üblich, in gestaffelten Projektierungs- und Realisierungskrediten. Damit kann die Planung und die Realisierung der städtischen Infrastruktur erheblich beschleunigt werden.

Den Stimmberechtigten können über mehrere Verpflichtungskredite in der Gesamthöhe von insgesamt 124,59 Millionen Franken entscheiden. Es sind Verpflichtungskredite zulasten der Investitionsrechnung des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik., für öffentliche Erschliessungsanlagen und öffentliche Grünanlagen zulasten der Investitionsrechnung, für die Siedlungsentwässerung Vierer-/Mittelfeld zulasten der Investitionsrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung und für den Projektbestandteil Entsorgung und Recycling Vierer- und Mittelfeld zulasten der Investitionsrechnung der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling Bern. Mit diesem Verpflichtungskredit wird der bisherige Kredit aufgestockt. Die gesamten Investitionen auf dem Vierer- und Mittelfeld werden sich dann also auf 196,42 Millionen Franken belaufen, wobei in dem Betrag auch eine Vorfinanzierung von 8 Millionen Franken mitenthalten ist, die zurückbezahlt werden wird.

Zudem sollen die Stimmberechtigten über die Entnahme von 19 664 286 Franken aus der Spezialfinanzierung Planungsmehrwert abstimmen können. Das Geld soll zur teilweisen Finanzierung der Investitionskredite für öffentliche Grünräume und öffentliche Erschliessungsanlagen verwendet werden. Die detaillierten Beträge zu den diversen Verpflichtungskrediten finden sich auf der ersten Seite des Vortrags. An den Krediten ändert sich im Vergleich zur Vorlage vom 3. Februar gar nichts. Die beantragten Kredite basieren auf dem Projektierungsstand des Masterplans. Mit dieser Grobschätzung muss eine Kostenungenauigkeit von 25 bis 30 Prozent hingenommen werden. Aus diesem Grund sind die eingeplanten Reserven hoch. Bei der Projektierung der Infrastruktur wird das Prinzip Design to Cost angewandt. Nachtragskredite sollten deswegen nicht notwendig werden. Neben der Stadt werden auch EWB und die noch zu gründende Infrastrukturgesellschaft der privaten Baurechtstragenden in die Entwicklung des Vierer- und Mittelfeldes investieren.

Der Gemeinderat beantragt uns heute zudem, den Stadtratsbeschluss SRB Nr. 2022-49 vom 3. Februar 2022 aufzuheben. Mit dem Stadtratsbeschluss wurde damals sowohl über die Abgabe der Baurechte wie auch über den wiederum vorgelegten Verpflichtungskredit beschlossen. Die FSU hat der Vorlage mit 10 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und der Abstimmungsbotschaft mit 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt. Über die Anträge hat die Kommission nicht beraten, da diese damals nicht vorgelegen sind.

Simone Machado (GaP) zu den Anträgen 1-3 zu Traktandum 5: Ich äussere mich zu den Anträgen 1 bis 3 zum Traktandum 5.

Zum Nichteintretensantrag 1: Die Überbauung Vierer- und Mittelfeld ist aus der Zeit gefallen. Fünfeinhalb Hektaren – das sind fünfeinhalb Fussballfelder – Boden versiegeln für eine Bauklötzesiedlung mit nettem Stadtgarten und teuren Wohnungen. Ich komme nachher noch auf den Punkt mit den teuren Wohnungen zurück. Die Stadt Bern proklamiert in ihrem Biodiversi-

tätskonzept, dass die Biodiversität klug sei, glücklich mache und gerecht sei. Sie erhöhe die Lebensqualität und es müsse mehr Fläche für die Stadtnatur geschaffen werden. Die erste Stossrichtung beinhaltet, naturnahe und unversiegelte Flächen zu erhalten. Angestrebt ist, 50 Prozent unversiegelte Fläche in der Stadt zu haben auf dem Stand von 2012. Natürlich war die landwirtschaftliche Nutzung des Viererfelds nicht sehr biodivers und es besteht Luft nach oben. Aber wenn der Boden einmal versiegelt ist, dann ist er für immer versiegelt. Zudem setzt eine Überbauung dieser Grössenordnung in der Produktion und Herstellung des Betons riesige Mengen CO₂ frei. Schon nur im Fall des Vierer- und Mittelfeldes sind das 60 bis 90 Millionen Tonnen CO₂ durch die Betonproduktion. Das macht zwischen 450 und 600 Kilo CO₂ pro Kopf. Das ist die Hälfte des Ziels des Absenkpfeades, den wir im Klimareglement bis 2035 festgelegt haben. Auf diese Weise ist also bereits der Halbjahresverbrauch von Bern pro Kopf einfach weggefressen.

Es ist wahrlich aus der Zeit gefallen und widerspricht den Klimazielen der Stadt Bern.

Die Überbauung ist also nicht klug, macht unglücklich, weil sie die Lebensqualität in der Stadt Bern senkt und ist ungerecht, weil teure Wohnungen gebaut werden. Darum beantragen wir, auf die Vorlage nicht einzutreten und das Projekt, das aus der Zeit gefallen ist, fallen zu lassen.

Zum Rückweisungsantrag 2: Die Überbauung ist nicht nur aus der Zeit gefallen, weil sie den Klimazielen der Stadt Bern und dem Biodiversitätskonzept und jedem Feinsinn für modernen Städtebau widerspricht, sondern weil nicht einmal die zwingenden formalen Vorgaben des Klimareglements eingehalten werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, erinnern Sie sich daran, wie wir im November und Dezember 2021 sowie März 2022 das Klimareglement beraten haben. Wir haben dort den heutigen Artikel 9 – in der Vorlage war es Artikel 8 – verschärft. Der Artikel war absolut unbestritten. Er verlangt, dass sämtliche Vorlagen Ausführungen zu allfälligen Auswirkungen auf das Klima sowie zur Vereinbarkeit mit den Klimazielen der Stadt Bern enthalten müssen. Der Gemeinderat hat in seinem Vortrag zum Klimareglement folgendes ausgeführt: «Der Stadtrat und damit auch die Stimmberechtigten, wenn eine Volksabstimmung durchgeführt wird, sollen vor ihrem Entscheid auch über die Auswirkungen auf das Klima so gut wie möglich ins Bild gesetzt werden.» Jetzt haben wir also einen Anwendungsfall von Artikel 9. Das Klimareglement ist übrigens am 1. September in Kraft getreten, und es steht weder in der Botschaft noch im Vortrag etwas über die Auswirkungen der Erstellung der Überbauung auf dem Vierer- und Mittelfeld auf das Klima oder die Vereinbarkeit mit den Klimazielen. Artikel 9 ist übrigens der einzige zwingende, justiziable Artikel im Klimareglement.

Das bedeutet also, wenn dieser nicht eingehalten wird, kann der Stadtrat den Vortrag so nicht zur Kenntnis nehmen, weil er unvollständig ist. Auch die Botschaft kann er nicht verabschieden, da es sonst eine Rechtsverletzung wäre.

Zum Rückweisungsantrag 3: Die Überbauung des Vierer- und Mittelfeldes ist nicht nur aus der Zeit gefallen, sondern auch aus den gängigen Prozessen des Baurechtsverfahrens. Sie wurde in der vierten Abstimmung knapp durchgedrückt, mit dem Zuckerchen des gemeinnützigen Wohnungsbaus, das viele Leute verwechseln und meinen, es entstünden damit günstige Wohnungen. Es wurden Zonenplanänderungen auf dem Kulturland beschlossen, unter anderem zwei Zonen mit Planungspflicht (ZPP). In der Folge hätte man Überbauungsordnungen erlassen sollen, wie das normalerweise in ordentlichen Prozessen stattfindet und auch die Erschliessung hätte in diesem Rahmen allgemeinverbindlich festgelegt werden müssen. Jetzt wurde aber hier das Pferd von hinten aufgezäumt, und es wurde alles erdenklich Mögliche gemacht, das in der gemeinderätlichen Kompetenz liegt. Es wurden also an den Zonenplänen noch geringfügige Änderungen gemacht, man hat den kommunalen Richtplan angepasst, man hat einen Masterplan erlassen und jetzt auch noch den Detail-Erschliessungsplan, während wir bereits das Geschäft, also den Verpflichtungskredit, verabschieden sollen. Dieser ist noch gar nicht allgemein- und eigentümerverschrieben erlassen. Das wird das erste sein, das dann

erfolgt: Man erlässt den Detail-Erschliessungsplan. Es wird das erste, allgemeine und eigentümerverbindliche Planungsinstrument seit der Zonenplanänderung im Jahr 2016 sein. Es wird die Überbauung präjudizieren. Man wird dort bauen, wo das Gebiet erschlossen ist und die Leitungen gelegt sind etc. Unklar ist immer noch, wie die Baurechte vergeben werden sollen, damit der Vorgang auch im Einklang mit der Finanzordnung der Stadt Bern liegt. Weiter liegt der Detail-Erschliessungsplan noch nicht vor, genauso wenig wie die Genehmigung des Amts für Gemeinden und Raumordnung (AGR). Die Stimmbevölkerung soll also Geld sprechen für etwas, das noch gar nicht verbindlich erlassen ist. Unklar sind auch die zu erwartenden Mietzinse in diesen Wohnungen. Gemeinnütziger Wohnungsbau bedeutet nicht zwangsläufig, dass das auch günstig ist. Nach dem Prinzip der Kostenmiete werden die Mietzinse ebenso hoch sein wie die Kosten. Ich verwette den Hund meiner Nachbarn, dass eine Dreieinhalbzimmerwohnung auf dem Vierer- und Mittelfeld mindestens 2 500 Franken kosten wird, und meine Nachbarn haben ihren Hund gerne. Die Stimmberechtigten sollen also über die Katze im Sack abstimmen, über die Erschliessung des Viererfelds respektive den Kredit dazu, ohne dass ein verbindlicher Plan vorliegt, ohne, dass klar ist, wie die Baurechte vergeben werden sollen, und ohne, dass klar ist, wie hoch die Baurechtszinsen oder die Mieten ausfallen werden. Das ist ein unlauteres Vorgehen gegenüber den Stimmberechtigten. Bern kann das besser! Aus all diesen Überlegungen beantragen wir die Rückweisung des Geschäfts.

Florence Schmid (JF) zu den Anträgen 7 und 8: Ich halte mein Votum zur Antragsbegründung und das Fraktionsvotum zusammen und fasse mich kurz. Die Fraktion FDP/JF anerkennt, dass die Stadt Bern dringend neuen Wohnraum braucht und die Fraktion anerkennt den Willen der Stadtbevölkerung, dass das Viererfeld/Mittelfeld überbaut und dieser Wohnungsnot Abhilfe verschafft werden soll. Die Fraktion FDP/JF anerkennt schliesslich auch, dass für die Überbauung strenge planungsrechtliche Vorgaben gelten, nämlich dass die Hälfte des Wohnraums dem gemeinnützigen Wohnbau gehören soll und dass es nur wenige Parkplätze geben soll.

Die Überbauung des Viererfelds als solche und aber auch die strengen planungsrechtlichen Vorgaben haben dazu geführt, dass der Volksentscheid über die Überbauung des Viererfeld/Mittelfelds, äusserst knapp ausgefallen ist. Zu diesem äusserst knappen Volksentscheid trug aber noch ein dritter Grund bei, und zwar ein Misstrauen. Ein Misstrauen darüber, dass das riesige Filetstück an Bauland unter der Hand vergeben wird, und dass nur diejenigen an diesem schönen Ort werden wohnen können, die den politischen Mehrheiten in dieser Stadt wohlgesinnt sind. Dass also das Filetstück Viererfeld/Mittelfeld im wahrsten Sinne des Wortes im «Söihäfel» mit dem «Söidecheli» zugedeckt gekocht wird. Das Rezept gegen das Misstrauen ist maximale Transparenz und zur Transparenz trägt bei, dass die zwei wesentlichen Fragen in Bezug auf die Überbauung separat behandelt werden. Zuerst, ob man einem Kredit in der Höhe von rund 124 Millionen Franken für die Erschliessung zustimmt. Ist diese Frage entschieden, kann man dann die nächste Entscheidung treffen, nämlich die Entscheidung, wer überhaupt bauen darf. Und die Entscheidung, wer bauen darf, darf aus unserer Sicht nicht allein dem Gemeinderat vorbehalten sein und muss wieder so transparent wie möglich gehandhabt werden.

Es muss ein fairer und gleichberechtigter Wettbewerb unter den Bauträgern sichergestellt werden, sowohl für die gemeinnützigen als auch für die nicht-gemeinnützigen Bauträger. In dem Sinne stimmt die Fraktion FDP/JF dem Geschäft, also der Erschliessung des Viererfeld/Mittelfelds zu. Weil die zweite Frage, wer überhaupt bauen darf, erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden soll, stellt die Fraktion FDP/JF den Antrag, dass das Siegerprojekt VIF! im Moment nicht zur Sprache kommt. Als solches darf es eben dann auch nicht in der Abstimmungsbotschaft abgebildet werden. Um die maximale Transparenz sicherzustellen,

stellt die Fraktion FDP/JF einen zweiten Antrag, dass in der Abstimmungsbotschaft die planungsrechtlichen Vorgaben vollständig darzustellen seien.

Zum Schluss: Ich kann nicht abstreiten, dass ich das gerne sage: Ich wünsche mir, dass Sie der Fraktion FDP/JF künftig besser zuhören. Wir haben von Anfang an beantragt, die Vorlage zur Überbauung des Viererfeld/Mittelfelds in zwei Fragen aufzuteilen: Hätten Sie unsere Anträge angenommen, hätte man sich die ineffiziente, zeitraubende und teure Zwischenschleife sparen können.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

für das Protokoll

X

X

Manuel C. Widmer

Christine Otis

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.40 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Yasmin Amana Abdullahi
 Valentina Achermann
 Janina Aeberhard
 Timur Akçasayar
 Lena Allenspach
 Katharina Altas
 Ursina Anderegg
 Mirjam Arn
 Tom Berger
 Lea Bill
 Laura Binz
 Gabriela Blatter
 David Böhner
 Regula Bühlmann
 Michael Burkard
 Eva Chen
 Francesca Chukwunyere
 Dolores Dana
 Milena Daphinoff
 Sibyl Martha Eigenmann
 Vivianne Esseiva
 Alexander Feuz
 Jelena Filipovic
 Jemima Fischer
 Sofia Fisch

Thomas Fuchs
 Katharina Gallizzi
 Lionel Gaudy
 Franziska Geiser
 Thomas Glauser
 Claude Grosjean
 Lukas Gutzwiller
 Bernadette Häfliger
 Erich Hess
 Michael Hoekstra
 Seraphine Iseli
 Ueli Jaisli
 Bettina Jans-Troxler
 Anna Jegher
 Nora Joos
 Barbara Keller
 Ingrid Kissling-Näf
 Fuat Köçer
 Nora Krummen
 Anna Leissing
 Corina Liebi
 Maurice Lindgren
 Simone Machado
 Matteo Micieli
 Szabolcs Mihalyi

Tanja Miljanovic
 Dominic Nellen
 Barbara Nyffeler
 Halua Pinto de Magalhães
 Simone Richner
 Claudio Righetti
 Mirjam Roder
 Sarah Rubin
 Michael Ruefer
 Kurt Rügsegger
 Mahir Sancar
 Judith Schenk
 Florence Schmid
 Sara Schmid
 Chandru Somasundaram
 Ursula Stöckli
 Irina Straubhaar
 Therese Streit-Ramseier
 Bettina Stüssi
 Michael Sutter
 Johannes Wartenweiler
 Lukas Wegmüller
 Janosch Weyermann
 Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Ruth Altmann
 Nicole Bieri

Diego Bigger
 Thomas Hofstetter

Salome Mathys

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD

Michael Aebersold FPI

Marieke Kruit TVS

Entschuldigt

Franziska Teuscher BSS

Reto Nause SUE

Ratssekretariat

Jacqueline Cappis, stv. Ratssekretärin
 Anita Flessenkämper, Protokoll

Franck Brönnimann, stv. Ratsweibel
 Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

- Die Traktanden 55 bis 61 werden vorgezogen.-

- 55 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Fuchs/Janosch Weyermann, SVP): Wieso wollte der Gemeinderat nicht Stellung nehmen, wie er das neue Stadtberner Personalreglement finanzieren will? Will er vor der Budgetabstimmung beim Wähler nicht die Angst vor einer drohenden Steuererhöhung wecken? Wie profitieren der Stadtpräsident und die Gemeinderäte von der Annahme des neuen Personalreglements?**

2022.SR.000146

Alexander Feuz (SVP): Wenn der Gemeinderat auf die anderen Kleinen Anfragen keine Auskunft geben will, muss man halt ein bisschen weiter ausholen. Ich stelle fest, der Gemeinderat will auch heute keine Auskunft geben. Ich sage, wenn Sie dem Budget zustimmen, kaufen Sie effektiv die Katze im Sack. Man will nicht sagen, welche Mehrkosten entstehen. Wir haben immer gesagt, alles wird als Sparmassnahmen verbrämt, sowohl die Einführung der Feuerwehersatzabgabe mit 43 000 Pflichtigen, wobei höchstens etwa 20 Leute pro Jahr anfangen können, ebenfalls die Verdoppelung der Parkgebühren bei gleichzeitiger Reduzierung des Angebots. Man will nicht dazu Stellung nehmen. Und schliesslich haben wir die ganz grosse Kröte in Form des Personalreglements, das eine Steuererhöhung für alle zugunsten der Privilegien einiger weniger bedeutet. Ich bin sehr unzufrieden mit dieser Antwort. Aber ich hoffe, der Stimmbürger wird bei den Abstimmungen die nötigen Konsequenzen ziehen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

- 56 Kleine Anfrage Alexander Feuz, Kurt Rügsegger (SVP): Ablesebare Uhren II (Unsere Fragen vom 1.9.2022 wurden vom Gemeinderat leider nicht vollständig beantwortet): Welche Werbeeinnahmen werden konkret erzielt? Wie lange dauert es noch konkret, bis in den einzelnen Freibädern wieder analoge Uhren installiert werden?**

2022.SR.000147

Alexander Feuz (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Ich könnte sagen: Wieso nicht immer so? Als ich das erste Mal mit einer Kleinen Anfrage diese Frage stellte, bekam ich eine Antwort, die wirklich völlig nichtssagend war. Ich muss einzig festhalten: Wollen Sie das Geschäft wirklich machen, wenn Sie 10 Prozent der Werbeeinnahmen bekommen, aber dafür kann man die Uhrzeit nicht mehr ablesen? Für mich ist es ein schlechtes Geschäft. Ich hätte es vernünftiger gefunden, wenn die Stadt Bern selber einfache, analoge Uhren aufgestellt hätte, von denen man im Marzili und der KaWeDe von allen Seiten die Zeit ablesen könnte, statt irgendwelcher Werbeanzeigen mit Wassertemperaturanzeige. Diese ändert sich meistens in der Stunde nicht viermal. Wichtiger ist es, die Zeit ablesen zu können, wenn man das Natel oder die Armbanduhr nicht zur Hand hat. Deshalb frage ich mich einmal mehr, wem das Geschäft nützt, wenn schon nicht den nicht Badegästen; vermutlich irgendwelchen Firmen oder der Verwaltung.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

57 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser, SVP): Kritische Fragen zur Preisgestaltung der EWB-Tarife und zum Eigendeckungsgrad von EWB

2022.SR.000148

Alexander Feuz (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Sie ist sehr aufschlussreich. Insbesondere habe ich mit grosser Genugtuung die Antwort auf Frage 3 zur Kenntnis genommen. Dort steht: «... demzufolge vermag EWB die an die Kundinnen und Kunden abgegebene Energie zu 100 Prozent aus eigener Produktion zu decken». Ich hoffe, das bleibt auch so, wenn später Grosskunden wieder neu einsteigen. Mich würde aber interessieren – und das ist die nächste Frage – wie es beim Gas aussieht. Haben wir dort auch Probleme oder haben wir dort keine Probleme?

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

60 Kleine Anfrage Alexander Feuz, Thomas Glauser (SVP): Bern als Sportstadt: Frauen EM 2025 versus Breitensport! Wie rechtfertigt die Stadt den Wegfall des verbilligten Abendeintritts als Sparmassnahme in der KaWeDe und die grosszügige Unterstützung eines Anlasses, der unter der Ägide der finanzstarken UEFA organisiert wird?

2022.SR.000153

Alexander Feuz (SVP): Ich bin nach wie vor unbefriedigt. Die eine Frage hat man ja gar nicht beantwortet. Ich war ein bisschen maliziös und habe gefragt, was die Stadt für einen Nutzen daraus zieht. Für mich ist es nach wie vor unerklärlich, denn die Stadt Bern hat offenbar kein Geld, um die Abendeintritte der KaWeDe zu vergünstigen. Aber die Euro der Frauen will man mit der grossen Kelle anrichten. Hier will man Millionen ausgeben, aber für einen vergünstigten Abendeintritt hat man kein Geld. Interessant ist, dass auch andere rot-grün dominierte Städte wie Zürich oder Basel keine vergünstigten Abendeintritte haben. Und das nimmt man in Bern als Entschuldigung. Für mich ist es einmal mehr ein Versagen, weil RGM in der Mehrheit ist. Man sieht, was es für den Kleinbürger heisst. Dann gibt es gewisse Cüpli-Anlässe, von denen alle profitieren können. Denn man hofft, mit Infantino oder vielleicht irgendeinem Euro-Granden und ein paar Fussballern ein paar nette Fotos zu schiessen. Und nachher meint man, es komme gut heraus.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

58 Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF/Tom Berger, FDP): Einfluss der Leitzinserhöhung auf die Stadt Bern

2022.SR.000149

Florence Schmid (JF): Wir danken dem Gemeinderat für seine Antwort auf unsere Kleine Anfrage. 4 Millionen mehr, als das aktuelle Budget 2023 vorsieht, wird die Stadt Bern wegen der steigenden Zinsen für ihre Schulden zahlen müssen. 4 Millionen! Mein Vater hat in einer Bank gearbeitet und ist dafür zuständig gewesen, dass seine Bank genügend Eigenmittel hat. Und

er hat immer über die Investmentbanker geklagt, die trotz seiner Warnungen weiter darauf spekuliert haben, dass die Wirtschaft floriert. Die Investmentbanker haben Schulden über Schulden gemacht. Und was daraufhin passiert ist, wissen wir alle: die Subprime-Krise. Auch die Mehrheiten in der Politik der Stadt Bern verhalten sich ein bisschen wie Investmentbanker. Es sind massiv Schulden gemacht worden ohne Rücksicht auf die Risiken oder, wie es eben mein Vater gesagt hat: Wer auf Luft baut, kann tief fallen. Wir können den Fall noch verhindern, indem wir endlich Konsumausgaben einsparen und keine zusätzlichen Schulden machen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

59 Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Tom Berger/Thomas Hofstetter, FDP): Einfluss der stark steigenden Strompreise auf die Finanzen der Stadt Bern

2022.SR.000152

Tom Berger (FDP) Ich würde gerne für die Antwort danken, wir haben aber keine bekommen. Jedes Budget basiert auf Annahmen, die wir einmal getroffen haben, sonst könnten wir kein Budget erstellen. Jetzt hat sich offenbar ein Faktor, nämlich die Energiepreise, verändert. Jetzt hätte man eigentlich erwarten dürfen, dass die simple Frage, was die veränderten Energiepreise für Auswirkungen auf das Budget haben, einfach beantwortet werden kann. Man will das aber offenbar nicht; wahrscheinlich, weil das Defizit noch grösser würde und man Angst hat wegen der Budgetabstimmung Ende November. Wirklich schade, kann man so eine einfache Frage nicht beantworten.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

61 Kleine Anfrage Thomas Glauser, Alexander Feuz (SVP): Die neuesten Zahlen zu den Ukraine-Flüchtlingen im Containerdorf Viererfeld?

2022.SR.000154

Thomas Glauser (SVP): Bei dieser Anfrage ist es für einmal darum gegangen, dass man eine Standortbestimmung macht, wie viele Flüchtlinge wir in unserem Containerdorf haben. Es sind rund 63. 800 hätten Platz. Es sind also noch Kapazitäten vorhanden. Weiter hat mich interessiert, wie viele in Gastfamilien sind – und vor allem auch noch die Angebote für Sprachunterricht und solches. Scheinbar haben wir genügend Kapazität. Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

- Die Traktanden 5 und 6 werden gemeinsam behandelt.-

5 Fortsetzung: Viererfeld/Mittelfeld; Verpflichtungskredite (Abstimmungsbotschaft)

2019.FPI.000126

Alexander Feuz (SVP) zu den Anträgen, zu Traktandum 6 und für die Fraktion SVP: Vielleicht rasch eine kurze Vorbemerkung: Ich weiss, dass die Chancen für die Motion schlecht stehen. Ich bin der Meinung, es war damals ein schlechter Deal zu Ungunsten der kantonalen Steuerzahler. Ich habe versucht, das im Grossen Rat zu wenden. Aber offenbar soll der Deal halt jetzt durchgezogen werden. Aber der Deal ist auch schlecht für die Natur. Ich komme später darauf zurück. Sie müssen sich auch bewusst sein, dass Sie hier der Jugend eine wertvolle Reserve verbauen und eine wertvolle grüne Lunge zerstören. Und der Nutzen? Was nützt es der Natur, wenn hier in der Stadt Bern der letzte Quadratmeter überbaut wird, und daraufhin an Orten wie Huttwil, Aarberg oder Lyss nicht ein Leerwohnungsbestand von 20 sondern 25 Prozent herrscht? Das ist die Ausgangslage. In Bezug auf die Motion ist mir klar, dass ich hier auf verlorenem Posten kämpfe. Aber denken Sie daran, der Steuerzahler im Kanton ist der Betrogene. Sie haben den Deal gemacht, Aber auch der Steuerzahler der Stadt Bern wird betrogen. Erinnern Sie sich noch? Vor ein paar Jahren hat man gesagt, das Viererfeld sei wichtig für neue Steuerzahler. Die Stadt verdiene etwas daran. Dann hat man den Bürgerlichen gesagt, das sei ganz wichtig. Die Stadt wolle nicht selbst als Investor auftreten. Und wie ist es herausgekommen? Was haben wir für ein Geschenk? Die Stadt Bern tritt jetzt als Investor auf. Man will noch vermehrt das Risiko eingehen. Ich fragte den inzwischen verstorbenen Altstadtpräsidenten Alexander Tschäppät, ob das ausgeschlossen sei. Da hat man gesagt, man wolle es nicht selber machen, sondern das Dritten überlassen. Das Gegenteil wird nun gemacht. Ebenfalls als Vorbemerkung: Man hat immer gesagt – ja, das musste ich akzeptieren, das ist ein Entscheid –, es gibt wenige Parkplätze oder fast keine Parkplätze. Aber was die Leute auch noch wissen müssen, ist, dass es jetzt auf dem Viererfeld eben zugunsten von grossen Gemeinschaftsräumen kleine Wohnungen geben soll. Und nun der Kredit dieses grossen Geschäfts: Ich danke Michael Aebersold, der gesagt hat, wenn wir eine schwarze Null haben, ist es gut. Ich habe das Gefühl, das kommt finanziell nicht gut, auch angesichts dieser ganzen Situation, die wir haben. Dass wir wirklich Leute für die Wohnungen finden, die doch relativ teuer werden, bezweifle ich. Aber es ist eben nicht das gute Geschäft, das man uns einmal vorgegaukelt hat. Wir machen die Natur kaputt.

Ich komme jetzt auf die Anträge zurück, die wir hier zusammen mit Simone Machado und Ruth Altmann gestellt haben. Ich komme zuerst zum Nichteintretensantrag. Dieser ist schon begründet worden. Mir scheint es einfach wichtig – ich kann das nicht genug betonen –, dass das, was man macht, eigentlich völlig im Gegensatz zu den Grundsätzen der Stadt Bern steht. Man sagt, wir haben ein Klimaschutzreglement, wir haben Klimaziele. Man klopf sich auf die Schulter, wenn man im Breitenrain den Bäumen etwas mehr Platz gibt, wenn statt 20 cm Grünrampen 65 cm geschaffen werden. Aber hier zerstört man eine ganz wertvolle Grünfläche und versiegelt den Boden. Wenn man das sieht, muss man einfach sagen, das ist absolut jenseits. Das ist nicht städtische Klimapolitik. Das ist das Gegenteil, insbesondere wenn man weiss, dass auch Initiativen im Gang sind – und da schaue ich jetzt auch zur grünen Seite –, die die Grünen und selbst Vertreter der SVP unterstützen werden, weil sie darauf abzielen, wieder einen höheren Selbstversorgungsgrad sicherzustellen. Aber das wertvolle Kulturland hier vernichten Sie für eben Ihr Biotop, das Sie gerne möchten.

Und jetzt komme ich zum Antrag 2. Das ist ein ganz wichtiger. Wir sind der Meinung, man muss die Vorlage zurückweisen mit der Auflage, Artikel 9 des Klimareglements sei einzuhalten. Dazu muss ich sagen: Sie wissen, Erich Hess und ich stellen immer Anträge, dass die Reglemente erst ein bisschen später in Kraft gesetzt werden. Aber jetzt ist halt die Stadt Bern über die eigenen Beine gestolpert. Man hat am 17. März – passen Sie gut auf – das Klimaschutzreglement erlassen und gesagt, am 1. September solle es in Kraft treten. Wenn Feuz

Rechtskonsulent wäre, dann hätte er es erst am 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt. Ich kann Ihnen auch sagen wieso: Die Vorlage, die wir jetzt beraten, datiert vom 29. Juni 2022. Alle hier drin, auch die Herren, die in der ersten Reihe hinter mir sitzen, haben gewusst, dass am 1. September das Klimaschutzreglement kommt. Vielleicht ist der Vortrag schon früher geschrieben worden, 2019. Aber jetzt steht hier der 29. Juni 2022 und zu diesem Zeitpunkt hatten Sie Kenntnis vom Inkrafttreten des Klimaschutzreglements. Ich hoffe, die anderen Jus-Kollegen werden mir beipflichten – Einführung in das Verwaltungsrecht. Und das hat man gewusst, aber man hat es nicht geändert. Man hat auch die Konsequenzen nicht berücksichtigt. Und darum gibt es eben dieses Reglement – und jetzt schlage ich Sie mit Ihren eigenen Waffen, das mache ich besonders gerne –, mit dessen Zielsetzungen und Bestimmungen die Vorlage nicht vereinbar ist. Ich hoffe, Frau Stadtschreiberin Mannhart, die sich jetzt mit dem Stadtpräsidenten bespricht, gibt mir hier recht. Sie haben sich hier ein Ei gelegt. Bei Apollo 13 hat es geheissen: Houston, wir haben ein Problem. Das ist jetzt auch so. Rechtskonsulent, wir haben ein Problem. Meines Erachtens sind hier die Voraussetzungen klar nicht gegeben. Man hätte das klar ausweisen müssen. Man hat eine Verschärfung gemacht, indem nicht nur die Vorlagen an den Stadtrat, sondern alle Vorlagen betroffen sind. Das war klar der Wille von Ihnen allen oder von jenen, die dem zugestimmt haben. Ich habe das Klimareglement immer abgelehnt. Darum habe ich jetzt besonders Freude, mich darauf abstützen zu können. Dem haben Sie zugestimmt und jetzt haben wir diese Situation. Für mich ist klar: Man kann das hier nicht machen. Sie haben gesehen, ich habe das jetzt wirklich als Jurist noch einmal ganz stark betont. Für mich hat sich hier die Stadt selber hereingelegt und ist über die eigenen Füsse gestolpert. Ich sage es noch einmal: Im März hat man es beschlossen, auf 1. September ist es in Kraft getreten. Die Vorlage datiert vom 29. Juni. Man hätte längstens Zeit gehabt, das zu korrigieren, hat es aber nicht gemacht. Also, die Vorlage entspricht nicht den Voraussetzungen des Klimaschutzreglements. Ich verzichte darauf, hier vorzulesen, was genau das Entscheidende ist, Ich verweise darauf, was Simone Machado gesagt hat. Für mich ist das juristisch eine interessante Sache. Für mich ist das ganz klar Juristenfutter und ich empfehle der Stadt dringend, die Sache zu überarbeiten. Es kommt nicht gut.

Antrag 3: Das ist ein Rückweisungsantrag. Wir wollen eine Rückweisung mit den Auflagen, die Frage nach der Abgabe der Baurechte und der vorgesehenen Höhe der Baurechtszinsen und den voraussichtlichen, hohen Mieten zu klären, dem Stadtrat das Geschäft zusammen mit dem vom Amt für Gemeinden und Raumordnung genehmigten rechtskräftigen Detail-Erschliessungsplan vorzulegen, und drittens dem Stadtrat beide Geschäfte gleichzeitig zur Beratung, sowie in der Folge den Stimmberechtigten in zwei Abstimmungsfragen miteinander zur Abstimmung zu bringen. Sie wissen, ich habe es schon letztes Mal in der Beratung im Rat gesagt, das Vorgehen ist ungesetzlich, weil man die Fragen zusammennimmt. Aber ich habe immer die Meinung vertreten, man muss das Geschäft dem Stimmbürger gleichzeitig vorlegen, aber mit getrennten Abstimmungsfragen. Jetzt haben wir wieder die Situation, dass man mit einer Klappe zwei Fliegen schlagen will. Darum will man die Vorlagen auseinanderstückeln. Für mich ist das klar nicht zulässig. Ich bin der Meinung, das muss drin sein, weil die Höhe der Baurechtszinsen und der Mieten für mich entscheidend ist. Man muss die Sache klären, damit der Bürger weiss, was auf uns zukommt. Wenn man dann sieht, dass verdammt hohe Mieten zu erwarten sind oder verdammt niedrige Mieten, die der Stadt nicht ausreichen, dann werden die einen Bürger sagen, wir können es uns ohnehin nicht leisten, dort zu wohnen. Und die anderen, die die Sache finanziell prüfen, sagen, diese Ansätze, diese Mieten und Baurechtszinsen rentieren für die Stadt nicht. Da legen wir noch drauf. Die lehnen nachher auch die Erschliessung ab. Darum besteht auch dort ein enger Konnex, so dass man beide Vorlagen gemeinsam zur Abstimmung bringen muss, aber mit getrennten Abstimmungsfragen. Wenn ich lese, was damals auch im Vortrag geschrieben wurde, so deckt sich das und

ich bin ich mit dem Gemeinderat einig. Darin helfe ich Ihnen wieder. Aber eben: Sie müssen die Sache zusammenhalten, darum hier unser Rückweisungsantrag.

Antrag 4: Es sei sicherzustellen, dass durch die Erschliessung die Gestaltung des Areals nicht unzulässigerweise präjudiziert wird, bevor die nötigen Entscheidungen hinsichtlich Ausgestaltung des Areals durch die dafür zuständigen Instanzorgane ergangen sind. Es kann doch nicht sein, dass wir jetzt eine Erschliessung machen, die gewisse Sachen präjudiziert. Wenn nachher die Strasse mittendurch oder untendurch oder obendurch geht, ist die Ausgestaltung des Areals besiegelt. Mit der Erschliessung können Sie die ganze Arealentwicklung steuern.

Antrag 5: Es sei sicherzustellen, dass die Schliessung etappenweise erfolgt und die Gestaltung des Areals nicht unzulässigerweise präjudiziert wird, bevor die nötigen Entscheidungen hinsichtlich Ausgestaltung des Areals durch die zuständigen Instanzorgane ergangen sind. Hier geht es uns darum, dass man die Erschliessung etappenweise macht. Man muss juristisch sagen, es kommt darauf an, im Einzelfall ... Wenn Sie hinten ein paar Einfamilienhäuschen haben und vorne in 15 Jahren die grossen Blöcke bauen wollen, kann man darüber diskutieren, ob auch die Strasse von allem Anfang an in der vollen Kapazität gebaut werden muss oder nicht. Aber das sind alles Sachen, die man vorgängig klären muss und nicht nachher. Darum ist es für mich selbstverständlich, dass man auch den Ergänzungsantrag unterstützen muss.

Antrag 6 ist für mich eine Selbstverständlichkeit, aber eben, bei der Gemeinde Bern, die manchmal ein bisschen corriger la fortune macht, ist er nötig. Es sei sicherzustellen, dass die Erschliessung die schützenswerten Ortsbilder mit den Baumalleen Schutzstufe A im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS-Inventar) respektiert und nicht tangiert. Sie wissen, das Areal, ich habe immer darauf hingewiesen, ist geschützt – gerade die Strasse dort oben ist in der höchsten Schutzkategorie. Es kann ja nicht sein, dass die Erschliessung das beeinträchtigt. Für mich besteht auch hier die Gefahr, dass man jetzt einen Kredit spricht – und ich muss sagen, wir streiten und diskutieren hier um Kleinigkeiten. Ich komme wieder zurück auf den Abendeintritt in die KaWeDe, einer Summe von 2 000 Franken. Das haben Sie abgelehnt, dafür haben Sie kein Geld. Aber hier gibt man jetzt 68 Millionen Franken aus – und zwar noch, bevor man gewisse wichtige juristische Sachen geklärt hat, das ist grobfahrlässig. Wenn man so plant, kann es ein finanzielles Debakel geben. Und genau das ist eben häufig der Fall, wenn die Stadt plant und in eigener Regie baut. Ich rufe Ihnen das Alters- und Pflegeheim Kühlewil in Erinnerung. Für wie viel haben wir Kühlewil saniert und für wie viel haben wir es verkauft? Sie laufen hier in das genau gleiche Desaster hinein.

Wir unterstützen alle klar die Anträge, vielleicht gibt es eine oder zwei Ausnahmen, aber wir stehen klar zu diesen Anträgen. Wir versuchen, das verfehlte Projekt zu korrigieren. Und ich rufe Ihnen in Erinnerung – ich appelliere auch an alle Juristen hier im Saal –, was ich erzählt habe, über die Rückwirkung dieser Botschaft. Hier ist die Stadt über die eigenen Beine gestolpert. Man hat gewinnen wollen. Aber jetzt kommt das Klimaschutzreglement. Und Simone Machado und Ruth Altmann und unsere Fraktion beharren jetzt darauf, dass man das eben einhält, dass man konsequent ist. Sie reden von Klimaschutz, Sie wollen überall Parkplätze aufheben oder was auch immer. Aber hier, wo man jetzt wirklich grossflächig etwas machen könnte, sagen Sie relativ kalt lächelnd, es sei für die Natur besser, weil die Leute dann nicht mehr nach Huttwil gingen, sondern nach Bern kämen, und das sei für das Klima gut.

Aber das bringt nichts mit dieser Rechnung, weil eben Wohnungen in Huttwil, Aarberg und Lyss nachher leer stehen. All das muss man einberechnen, wie auch den Beton und die Versiegelung. Das ist eine Riesenkiste, die Sie da machen wollen, und ich finde, die Stadt Bern lebt von den grünen Lungen, lebt von den grünen Feldern. Und wenn Sie das zerstören, machen Sie hier unwiederbringlich etwas kaputt. Sie verscherbeln das Tafelsilber und als Ge-

genleistung bekommen Sie nachher wahrscheinlich nichts als Schulden und Probleme. Darum lehnen wir die Sache auch ganz klar ab und ich sage auch ganz klar, juristisch befinden Sie sich auf ganz, ganz dünnem Eis, wenn Sie dieser Sache zustimmen. Für mich, ich sage Ihnen klar, ist es nicht zulässig, wenn Sie hier das Klimaschutzreglement nicht zur Anwendung bringen. Denken Sie daran, was Sie beschlossen haben, dann sind Sie konsequent. Sonst wird es, wie in diesem einen Witz. Zuerst ist da eine schöne, grüne Wiese und am Schluss sind da nur noch Sonnenkollektoren, Windräder und alles ist versiegelt. Denken Sie daran, die SVP ist auch eine grüne Partei.

Fraktionserklärungen

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es ist eine gewisse Herausforderung, nachdem solche wortgewaltigen Juristen versucht haben, eine exotische Version des Klimareglements zu präsentieren, hier ein bisschen Gegensteuer zu geben. Aber ich glaube, das ist nicht weiter schwierig. Nur damit wir das klar sehen: Das Klimareglement enthält viele Absichtserklärungen, viele allgemeine Geschichten und viel Grundsätzliches. Aber es verbietet keine Stelle im Klimareglement, dass man das Viererfeld überbauen darf. Es geht um ganz andere Geschichten. Es geht um grundsätzliche Geschichten. Das Viererfeld wird vielen der Anforderungen, die das Klimareglement stellt, auch effektiv gerecht, und deswegen gibt es jeden Grund, jetzt in dieser Geschichte vorwärtszumachen.

Sie haben im Februar inhaltlich über das Viererfeld geredet. Die Kommissionssprecherin hat das heute noch einmal wiederholt. Es gibt zu diesen Geschichten und der Infrastruktur aus Sicht der Fraktion SP/JUSO im Moment nichts hinzuzufügen. Es ist eine aufwendige Geschichte, eine teure Geschichte. Wir haben ein grosses Projekt vor. Wir wollen etwas erreichen. Wir sind zuversichtlich, dass das Volk und die Stimmbevölkerung hierin dem Stadtrat folgen werden. Daher ist es ein bisschen schade, dass wir jetzt eine kleine Verzögerung haben, eine Verzögerung, die man vielleicht hätte verhindern können. Das Viererfeld ist eine komplizierte Sache. Das muss man auch sagen. 2004 ist es abgelehnt und 2016 mit Mühe und Not angenommen worden – jetzt bitte keine Geschichten mehr, die die Weiterentwicklung des Viererfelds verhindern.

Jetzt noch schnell etwas zur Motion von SVP und GaP, die gemeinsam vor allem ein Projekt haben, nämlich einfach das Viererfeld zu verzögern, zu verhindern. Sie haben eine gewisse dilatorische Kompetenz, die sie hier wieder einmal einen Abend lang ausspielen wollen. Aber ich glaube, das ist eine sehr seltsame Achse, weil sie nicht beide auf der gleichen Seite dieser Geschichte stehen. Ich weiss aus sicherer Quelle, dass für die SVP nicht die Überbauung des Viererfelds das Problem ist, sondern dass ihr das Feuer für den grossen gemeinnützigen Wohnungsbauanteil fehlt. Das wollen sie nicht. Über alles andere könnte man reden. Bei der Grün alternativen Partei ist es ein bisschen anders. Die sind sowieso gegen alles, was Entwicklung und Fortschritt ist, und ich glaube, die bedauern sogar, dass die Fische vor 300 Millionen Jahren aus dem Wasser gekommen sind. Daher will ich es kurz machen. Das Landgeschäft zwischen Stadt und Kanton ist von der Finanzkontrolle kritisiert worden, weil das Land zu billig verkauft wurde. Fakt ist auch: Der Kanton hat gewusst, was die Stadt auf diesem Grundstück zulässt. Dort kann man einfach nicht das Geld herausholen, das sich die Finanzkontrolle gewünscht hat. Träumen Sie weiter, wenn Sie das als ein Problem sehen. Ich glaube, das war eine saubere Geschichte und zu dieser sauberen Geschichte stehen wir und deswegen lehnen wir die Motion ab.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion GB/JA!: Im Viererfeld soll immer noch ein ökologisches, sozial fortschrittliches Quartier entstehen. Dem hat die Stimmbevölkerung 2016 aus guten Gründen zugestimmt. Und auch der Stadtrat hat, wie wir es schon gehört haben, im Februar dieses Jahres intensiv über das Projekt diskutiert. Das Viererfeld ist ein wichtiges Projekt:

wohnbau-, klima- und sozialpolitisch. Im Viererfeld und Mittelfeld können wir Wohnraum schaffen, insbesondere günstigen Wohnraum. Hier ein kleiner Exkurs, weil vorher die Leerwohnungsziffer genannt und angedroht wurde, wir hätten irgendeinmal eine Leerwohnungsziffer von 25 Prozent wie in Aarberg: Im Juni dieses Jahres betrug diese Ziffer für die Stadt Bern 0,57 Prozent. Das läuft offiziell unter Wohnungsnot. Exkurs beendet. Im Viererfeld können wir aber nicht nur dringend benötigten Wohnraum schaffen. Wir können auch neue Formen des Zusammenlebens austesten, ausprobieren. Wir können verdichtet bauen, wir können nach ökologischen Standards bauen. Wir können über kürzere Wege, kleinere Kreisläufe nachhaltige Mobilität fördern. All das ist möglich im Viererfeld. Damit das nicht erst in 100 Jahren passiert, finden wir, es soll endlich vorwärtsgehen. Die GB/JA!-Fraktion wird darum dem Geschäft, so wie es heute vorliegt, zustimmen und alle Anträge ablehnen. Die Anträge beabsichtigen aus unserer Sicht nämlich einzig und allein, das Projekt weiter hinauszuzögern oder ganz zu verhindern, und das widerspricht dem Entscheid der Stadtberner Bevölkerung, im Vierer- und Mittelfeld sozial und ökologisch wertvollen Wohnraum zu schaffen.

Zu einem Antrag möchte ich noch ganz kurz Stellung nehmen. Es handelt sich um einen Antrag auf Rückweisung wegen Nichteinhaltung des Klimareglements. Es ist richtig, dass der Bau eines neuen Quartiers im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Klima und die Biodiversität überprüft wird. Und wenn das Land im Baurecht abgegeben und die Wohnungen endlich gebaut werden, dann sollen all diese Fragen nach Bautätigkeit, Baumaterialien, Boden, Versiegelungen etc. unbedingt einfließen. Wenn wir das Geschäft jetzt zurückweisen, wird es nie dazukommen. Wir lehnen den Antrag selbstverständlich ab.

Wir haben noch einen letzten kleinen Punkt zur Abstimmungsbotschaft, und zwar zu dieser kleinen Box mit dem roten Titel «Abgabe von Land im Baurecht». Wir stören uns ein bisschen am ersten Satz, der lautet: «Die Stadt Bern wird, wenn überhaupt, nur einen sehr kleinen Teil der Wohnungen selbst bauen.» Wir sind uns bewusst, dass die Anträge für eine verbindliche Anzahl von Wohnungen, die von der Stadt Bern selbst gebaut werden, keine Mehrheiten gefunden haben. Aber es ist immer die Rede davon gewesen, dass wir uns die Option offenlassen wollen. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass es für die Stadt Bern Sinn macht, möglichst selbst zu bauen und sich damit möglichst grossen Spielraum offen zu halten, um den Wohn- und Lebensraum auch selbst zu gestalten. Wir verstehen darum nicht recht, warum die Option, selbst zu bauen, in dieser Abstimmungsbotschaft mit dem Zusatz, «wenn überhaupt» so stark relativiert wird.

Wir nehmen das Geschäft an und lehnen die Motion und alle Anträge ab.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Fraktion Mitte: Ich fange doch gerne einmal mit etwas Positivem an. Das gibt es leider viel zu selten, wenn ich hier rede. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass das Geschäft, wie es jetzt vorliegt, unterstützungswürdig ist. Wir sind sehr froh, wurde auf den Antrag eingegangen, den wir damals zusammen mit der FDP eingereicht haben, dass man eben die zwei Sachen auseinandernimmt. Einerseits: Soll man das Landstück erwerben, soll man dort grundsätzlich eine Überbauung planen? Und andererseits: Wer, wie und was soll dort gebaut werden? Darum, wie Florence Schmid vorher schon gesagt hat: Warum nicht gleich so? Aus unserer Sicht ist das Viererfeld eine einmalige Gelegenheit, um in der Stadt Bern eine wunderschöne Lage verdichtet zu überbauen. Wir haben es schon ein paarmal gehört: Es fehlt in der Stadt an Wohnungen, es fehlt an Wohnraum. Wir sind klar der Meinung, dass wir Hand bieten wollen, um mehr Wohnraum zu schaffen. Eine zweite Frage wird definitiv sein: Wie überbaut man die Wohnlage? Wie überbaut man das Grundstück? Was kommen dort für Wohnungen hin? Dann sind wir nach wie vor der Meinung, dass das Land zu den Kronjuwelen der Stadt gehört, dass man dort möglichst darauf schauen sollte, gute, tolle Wohnungen hinzubauen, die natürlich auch ein gewisses Steuersubstrat anziehen können.

Wichtig ist auch noch Folgendes. Im Vortrag stehen jetzt immer die Beschwerden und Einsprachen im Vordergrund. Ich glaube, es geht wirklich darum, dass man der Stimmbevölkerung reinen Wein einschenkt, indem man eben sagt, schauen Sie, wir wollen das Grundstück überbauen, aber nicht schon in diesem Moment auch den Entscheid fällt, wie und wer es überbauen soll. Zu den Anträgen: Dazu kann ich mich sogar ein bisschen den Vorrednern anschliessen. Wir wollen das Geschäft auch nicht verhindern. Wir haben auch den Eindruck, dass die Anträge, die eingegangen sind, nur darauf abzielen, das Vorhaben zu verhindern. Darum werden wir alle ablehnen. Wir werden auch die Motion ablehnen und würden uns freuen, wenn Sie das Gleiche machen.

Einzelvoten zu den Traktanden 5 und 6

Thomas Glauser (SVP): Das Viererfeld ist ein Thema für die Stadt Bern, eine der grössten Überbauungen, die es in der Stadt Bern je gab. Wir wissen, dass das Projekt fortgeschritten ist. Wir wissen, dass es durchgezwängt wird. Aber wir wissen auch, dass es ein Wahnsinnsprojekt ist, das der linken, grünen Politik überhaupt nicht entspricht. Sie widersprechen sich damit absolut. In der Schweiz gibt es immer mehr Leute. Immer mehr Kulturland wird verbaut. Pro Sekunde ein Quadratmeter Land wird in der Schweiz verbaut, das laufend wie ein Schnellzug. Es erstaunt mich schon sehr, dass sich jetzt gerade die grünen Parteien nicht einsetzen, dass wir von der SVP jetzt noch grüner sind als die ganz Grünen.

Es betrifft aber nicht nur die ganze Klimapolitik. Es geht auch um die Artenvielfalt: Vögel zum Beispiel, auch Insekten. Nahrungsketten werden zerstört, und das mitten in der Stadt. Der eine oder andere hat sich das vielleicht nie überlegt, dass die Artenvielfalt der Tiere auch kaputtgeht. Denken Sie an die Baumallee, die ISOS-geschützt ist, eine der höchsten Schutzstufen. Wenn man weiss, dass ein Baum für rund 50 Menschen Kohlendioxid in Sauerstoff umwandelt, oder wenn man das Land – der Bauernverband würde das sicher auch befürworten – nicht verbauen, sondern in eine Fruchtfolgefläche umwandeln würde, hätte man eine Win-Win-Situation. Man könnte zum Beispiel Zuckerrüben anpflanzen. Das ist eine der besten Pflanzen. Als Zuckerrübenproduzent kann ich Ihnen sagen, man hätte da das Füfi und das Weggli und den Bäcker. Mit einer Hektare Rüben könnte man nämlich rund 26 Tonnen Sauerstoff produzieren. Weiter müsste man auch nicht mit Flugzeugen oder Schiffen Zucker aus fernen Ländern importieren, sondern könnte dort produzieren, wo man konsumiert. Das Land, das Sie hier verbauen, werden Sie nie mehr zurückholen können. Man hat im hinteren Teil einen Park, ein Grünflächenpärkchen, das erst noch dem Kanton gehört und nicht der Stadt. Und der Kanton kann nach einer gewissen Zeit den Park auch noch überbauen.

Simone Machado (GaP): Noch ein paar Repliken, und zwar eine an die SP. Es stimmt, dass im Klimareglement tatsächlich die meisten Normen nicht verbindlich sind, weil sie eben Kann-Vorschriften sind oder Ziele, und diese sind schwer oder nicht justiziabel. Aber es gibt eben eine Ausnahme und das ist ein Artikel 9, dieser ist verbindlich. Er ist konkret behördenverbindlich. Das ist nicht eine «die Gemeinde oder die Stadt Bern kann» oder eine «das Ziel ist»-Formulierung, sondern es muss einfach so sein: Alle Vorlagen müssen die Angaben zu den Klimaauswirkungen enthalten, wenn die Stadt etwas macht. Es ist auch konkretisiert, wie man das umsetzen will und dass das nicht ein grosses Problem ist, weil der Gemeinderat – wenn ich mich richtig erinnere, ist es die Direktion SUE – dort unterstützend mitwirken würde und die Vorlagen dahingehend ergänzen würde, wie man es bis jetzt in den Vorträgen zu den Auswirkungen auf die Stadtfinanzen macht, zum Beispiel. Das ist etwa in diesem Rahmen gemeint. Aber die Vorlagen, die wir jetzt haben, beinhalten eben einfach gar nichts. Zum Vorwurf von GB/JA!, wir wollten nur verhindern: Ja, wir sind gegen die Überbauung. Aber wenn man das Geschäft schon macht, dann sollten der Stadtrat und der Gemeinderat sich an die Finanzkompetenzen der Stadt Bern in der Gemeindeordnung und im Fondsreglement und an

die eigenen Vorgaben halten, die wir uns im Klimareglement gegeben haben. Machen wir doch einfach diesen Job als Exekutive und Parlament ordentlich, das heisst eben, auf diesen Grundlagen und diesen Grundlagen entsprechend. Und dann gibt es auch keine Probleme mehr. Jetzt ist es ein zweites Mal gescheitert und wir haben noch Zeit und Gelegenheit, um nachzubessern.

Alexander Feuz (SVP): Mir sind unlautere Motive unterstellt worden. Ich möchte sagen, ich bin frühzeitig politisiert worden durch die IG Elfenau, als man damals die Manuel-Matte überbauen wollte. Ich bin Mitglied der IG Viererfeld Nature 2.0, die sich immer klar gegen das ausspricht. Ich unterstütze die SVP-Initiative, die Waldinitiative. Man hätte vielleicht besser die Waldschutzinitiative gesagt, die frühzeitig wollte, dass die Wälder geschützt werden. Ich habe X Anträge gestellt, mit denen ich Luzius Theiler darin unterstützt habe, dass eben nicht nur die privaten Bäume unter Schutz gestellt werden, sondern insbesondere die öffentlichen Alleen. Ich habe mich punkto Wachstums immer gegen Planungsprojekte ausgesprochen. Ich glaube, hier können Sie der SVP nichts unterstellen. Wir sind hier klar gegen eine Verschwendung und gegen die Überbauung dieser Parzelle. Es ist schon gesagt worden, das Volk hat abgestimmt. Das erste Mal hat das Volk Nein gesagt.

Das zweite Mal hat das Volk knapp Ja gesagt, aber man hat es angelogen. Ich verweise auf meine Kleinen Anfragen, in denen ich eben gefragt habe, ob man nicht der Bevölkerung die Sache neu hätte vorlegen müssen, als man herausfand, dass die Stadt jetzt trotzdem als Investor auftritt, als man herausfand, dass eben jetzt kleine Wohnungen gebaut werden zugunsten grosser Gemeinschaftsräume. Hier hat man die Stimmbevölkerung angelogen und darum haben Sie alle so verdammt Angst, wie das jetzt ausgeht. Wenn nämlich die Leute, die letztes Mal mit dem letzten Zwick der Geissel diesen fadenscheinigen Versprechungen geglaubt haben, jetzt Nein stimmen, wird es knapp. Und, das kann ich auch nicht genügend betonen, der grosse Quartierpark besteht ja nur ganz kurz. Hört, hört, wie es bei Shakespeare heisst. Es dürfen nämlich keine hohen Bäume sein, weil man ein Problem hätte, wenn man diese fällen müsste. Das ist genau der Grund. Der schöne Quartierpark ist am falschen Ort im Backyard, wo man eigentlich nichts sieht. Er ist gar nicht lange sichergestellt. Früher oder später wird der Kanton seine Sache machen. Dann haben Sie alles zerstört und sind froh und stolz, dass Sie etwas Grünes gemacht haben. Danke Simone Machado, Ruth Altmann und meiner Fraktion, die sich ganz klar gegen ein unsinniges Projekt aussprechen, danke Ihnen, wenn Sie uns unterstützen.

Direktor FPI *Michael Aebersold:* Merci für diese Debatte. Ich will zuerst ein über zwei, drei Grundsätze reden. Obschon die Zonenpläne verabschiedet sind, und das Stimmvolk, die Bernerinnen und Berner, gesagt haben, dass wir das Vierer- und Mittelfeld überbauen wollen und somit der Entscheid gefällt ist, wird das Vorhaben einfach von gewissen Seiten nach wie vor in Frage gestellt. Auch der Behauptung des Fraktionspräsidenten der SVP, der Kanton werde das dann einfach überbauen, muss ich widersprechen. Sie, Herr Feuz, wissen ganz genau, dass es dazu eine Zonenplanänderung braucht. Und ich wage hier die Aussage, dass diese Zonenplanänderung kommt, wenn wir beide tot sind. Stadtentwicklung passiert. Stadtentwicklung kann man und muss man gestalten. Und die Frage, ob die Stadt wachsen soll oder nicht, ist nur beschränkt beeinflussbar.

Klar ist aber, dass die Bevölkerung generell zunimmt. Es ist gesagt worden, dass in den Städten eine Wohnungsnot herrscht. Und jetzt gibt es zwei Antworten darauf. Das eine ist Zersiedelung und das andere ist Verdichtung. Und dazu hat zum Glück eine Mehrheit in diesem Parlament eine klare Antwort. Wir wollen nicht Einfamilienhäuschen auf dem Land draussen. Auch nicht, wenn es Zweifamilienhäuschen sind. Dadurch wird Verkehr generiert, der umweltschlecht wesentlich schlechter ist, als wenn man jetzt hier in der Stadt Bern einen Teil dieser

Grünfläche überbaut. Ich sage es: Einen Teil davon. Die Hälfte ist ein Park und wird das auf die nächsten Jahrzehnte hinaus bleiben. Und auch die übrigen Gebiete werden übrigens sehr naturnah gestaltet. Es ist ein Volksentscheid, der vorliegt, und ich betrachte das als Fundamentalopposition und reine Obstruktion, was von ganz links und ganz rechts kommt. Es ist undemokratisch und es ist aufgrund dessen, wie man die Frage des Bevölkerungswachstums, der Gesellschaftsentwicklung beantworten will, auch unökologisch. Alexander Feuz, Sie müssen deswegen nicht noch einmal an das Rednerpult kommen. Sie haben genug geredet. Ich komme zur Vorlage. Der Stadtrat hat sie mit 57 Ja zu 13 Nein bei 5 Enthaltungen auch demokratisch behandelt und entschieden, dass man das will. Es hat Einsprachen gegeben. Die hätte es auch gegeben, wenn man getrennt abgestimmt hätte. Wir wären heute gleich weit, es gäbe nach wie vor Fundamentalopposition. Obschon der Entscheid des Regierungsstatthalteramts eindeutig war, hat man entschieden, den weiterzuziehen. Es gibt den schönen Ausdruck: Der Gescheitere gibt nach, der Esel bleibt stehen. Das ist der einzige Grund, weshalb der Gemeinderat entschieden hat, jetzt aufzuteilen. Wir wollen die Sicherheit für diese Vorlage. Also wir wollen jetzt eine Kreditvorlage und wir wollen vor allem auch Zeit gewinnen, weil es wirklich wichtig ist, dass wir das Feld entwickeln. Es brennt den Leuten unter den Nägeln, dass es zu wenig bezahlbaren Raum gibt. Wir haben dort oben ein cooles Projekt. Darum und nur darum haben wir diese Vorlage aufgeteilt.

Inhaltlich ist der Kredit genau gleich wie jener, den man Ihnen bereits vorgelegt hat. Zur Abgabe im Baurecht, nur damit das ich das hier auch noch einmal gesagt habe: Wir werden sehr rasch mit einer Vorlage für die Abgabe der Baurechte der ersten Etappe kommen. Wir werden dort die entsprechenden Entscheide bei den zuständigen Organen abholen. Also man könnte jetzt wieder sagen, wir spielten Vabanque, aber das machen wir nicht, das kann ich Ihnen heute schon sagen. Es gibt wahrscheinlich zwei Baurechte, über die es auch eine Volksabstimmung geben wird. Wir werden dort sicher auch das Klimareglement explizit erwähnen. Es wird zwei oder drei Baurechte geben, über die der Stadtrat entscheidet. Wir werden das ganz sauber abholen. Wir kommen sehr rasch mit dieser Vorlage, weil die Vorstellung ist, dass die Abstimmung bereits im Juni stattfinden kann. Zu den Zahlen, das ist noch einmal wichtig, es ist fast nicht mehr darüber geredet worden und war schon das letzte Mal nicht ein Riesenthema: Es ist ein grosser Kredit. Es sind 125 Millionen Franken. 20 Millionen aus der Spezialfinanzierung. Auch das ist Geld der Stadt. 25 Prozent sind Reserven. Ich betone das. Das ist wichtig. Wir werden mit dem Geld haushälterisch wirtschaften. Und etwas, das ganz wichtig ist, ist, dass der allgemeine Haushalt, ich betone das noch einmal, von den insgesamt 196,4 Millionen 17,3 Millionen bezahlt. Das sind 9,2 Prozent und ich betone hier auch noch einmal, dass den Ausgaben Einnahmen entgegenstehen. Wir haben die Baurechtszinsen. Wir gehen von rund 4,4 Millionen Franken aus. Wir werden weitere Investitionen haben. Dass eine Wirtschaftspartei, eine Partei, die sich Wirtschaftspartei nennt, es ablehnen kann, wenn man eine halbe Milliarde investieren kann, verstehe ich nicht. Und wir werden Steuereinnahmen – das ist eine Durchschnittsrechnung – von rund 8 Millionen pro Jahr haben.

Bei der Baurechtsabgabe arbeiten wir transparent. Da ist die Hauptstadtgenossenschaft. Sie und die Stimmbevölkerung befinden am Schluss darüber, ob sie das Baurecht bekommt. Es sind die Pensionskasse der Kantonalbank, die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern und die Mobiliarversicherung. Das sind nicht irgendwie völlig links ansässige Institutionen, sondern alles sehr seriöse Institute mit einem Bezug zu Bern, und dann haben wir noch das Generationenprojekt der Bürger. Etwas Wichtiges, das heute Abend noch nicht gesagt wurde: Sie müssen den Beschluss der letzten Sitzung aufheben, damit wir dann die neuen Beschlüsse fassen können. Ich sage noch etwas zur Motion und dann noch kurz etwas zu den Rückweisanträgen.

Zur Motion: Es ist ein Glück, dass die Glosse um den Kauf und Verkauf mit dem Bericht der GPK und mit der Beratung am 1. Dezember 2021 im Grossen Rat abgeschlossen ist. Ich

muss Ihnen sagen, meine Mitarbeiter waren in dieser Kommission und haben dann im Rahmen der Sitzung gemerkt, dass manche erst jetzt begriffen, dass nur die Hälfte des Lands verkauft worden war. Manche haben gemeint, den Park habe man auch noch mitverkauft. In dem Fall wäre der Preis vielleicht ein bisschen tief gewesen, aber das war nicht der Fall. Ich betone: Der Vertrag ist rechtmässig zustande gekommen, ausgehandelt von intelligenten Leuten auf beiden Seiten. Sie haben gewusst, was sie machen. Und ich muss schon sagen, liebe SVP: In Ihrer Motion beantragen Sie, dass der Gemeinderat zwei Zonenpläne aufhebt. Also das sind Entscheide des Volks. Und der Gemeinderat soll diese jetzt in eigener Regie aufheben? Nein, ich verstehe das nicht, aber ich bin froh, dass die Motion abgelehnt wird. Ich komme noch zu der Rückweisung. Ich werde mich zum Klimareglement äussern. Ich weise einfach daraufhin, dass im Vortrag auf Seite 8 unter Ziffer 5.3 die nachhaltige Entwicklung im Detail erläutert wird, und dass auf Seite 9 klar steht, die energetischen und ökologischen Massnahmen orientieren sich an der Energie- und Klimastrategie 2015 der Stadt Bern, die ja auch Teil des Klimareglements ist, und dass die Vorlage sehr viele Ausführungen über die Auswirkungen auf das Klima beinhaltet, obschon es im Moment um einen Kredit geht und noch nicht um eine Baubewilligung oder um die Abgabe im Baurecht. Insbesondere ist eine Zielorientierung die 2000 Watt-Gesellschaft. Wir sind im September als 2000 Watt-Areal in Entwicklung rezertifiziert worden. Wir haben erfolgreich bestanden. Es gibt nicht viele Areale, die das haben: Mobilität, 7 000 Parkplätze für die Velos. Das können Sie nachlesen. Der Masterplan sagt, dass man 0,3 Parkplätze pro Wohnung will. Das Ziel des Gemeinderats ist, dass man unter 0,2 kommt. Also auch da schrauben wir noch. Wir sind am Fernwärmenetz von EWB. Die Dachbauten werden begrünt. Wir wollen sie nutzen für Sonnenkollektoren oder Photovoltaik. Mindestens 15 Prozent der Gesamtfläche werden als naturnahe Lebensräume ausgestaltet und gepflegt. Also mein Fazit ist klar: Das Projekt Viererfeld/Mittelfeld ist auch klimapolitisch ein Vorzeigeprojekt. Wir bitten den Rat, sämtliche Anträge abzulehnen, dem Geschäft zustimmen und auch die Motion zu versenken.

Alexander Feuz (SVP): Ich bin als Fraktionschef angesprochen worden. Mir wurde undemokratisches Verhalten vorgeworfen. Ich möchte festhalten, dass es eine Abstimmung gab, mit der eine Überbauung klar abgelehnt wurde. Der Gemeinderat hat sich entschlossen, eine zweite Vorlage zu machen und die Sache «durchzumursen». Was in der Abstimmungsbotschaft gestanden hat und wie man das Projekt jetzt umgesetzt hat, das können Sie selbst sehen. Wieso darf es keine hohen Bäume geben? Das ist nur, weil sie ein Hindernis wären, wenn später der Kanton dort bauen will. Darum weise ich den Vorwurf klar zurück. Ich hoffe, der Stimmbürger sieht jetzt die Konsequenzen und lehnt die Sache klar ab.

Simone Machado (GaP): Zum einen möchte ich das Wachstum ansprechen, das als Grund angeführt wird, weshalb man unbedingt bauen muss. In den letzten sechs Jahren war das gering. Um 1,49 Prozent ist die Stadt Bern gegenüber 2016 gewachsen, das heisst 0,48 Prozent pro Jahr.

Dann wegen der Regierungsstatthalterin: Sie hat die Stimmrechtsbeschwerde, die ich mit Luzius Theiler gemacht habe, abgelehnt. Sie hat sie abgewiesen, aber sie hat nachher auf die Begründung des Gemeinderats verwiesen, der gesagt hat, man könne eine Delegation auch machen, gegen eine Rechtsnorm und nicht nur bei einem Einzelentscheid, und hat dann ein bisschen lakonisch geschrieben, man könne es auch so sehen. Also, ganz überzeugend ist es nicht übergekommen. Und dann fehlen tatsächlich Angaben zur Erstellung des Quartiers. Man kann sich nicht herauswinden, indem man sagt, wenn es dann einmal fertig ist, fahren die Leute dort Velo, denn es hat viele Veloparkplätze. Es braucht Angaben dazu, welche Auswirkungen auf das Klima zu erwarten sind, wenn man das baut. Das muss unbedingt rein.

Beschlüsse

1. Der Stadtrat lehnt den Nichteintretensantrag 1 SVP, Machado, Altmann ab. (8 Ja, 63 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 013
2. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 2 SVP, Machado, Altmann ab. (8 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 014
3. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 3 SVP, Machado, Altmann ab. (8 Ja, 63 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 015
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 4 SVP, Machado, Altmann ab. (8 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 016
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 SVP, Machado, Altmann ab. (8 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 017
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6 SVP, Machado, Altmann ab. (8 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 018
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 FDP/JF ab. (23 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 019
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 FDP/JF ab. (18 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 020
9. Der Stadtrat stimmt der Gemeinderatsvorlage zu. (63 Ja, 8 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 021
10. Der Stadtrat stimmt der Abstimmungsbotschaft zu. (64 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 022

- 6 Motion Alexander Feuz (SVP), Simone Machado (GaP), Ruth Altmann (parteilos): Intransparentes Vorgehen des Regierungsrates bei den Viererfeldvorlagen («Fantasie Deal zwischen Tschäppät und Egger»): Die Abstimmungsvorlagen müssen dem Stimmbürger nochmals vorgelegt werden**

2021.SR.000200

Diskussion siehe Traktandum 5.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt die Motion ab. (8 Ja, 63 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 012

- Die Traktanden 7 und 8 werden gemeinsam behandelt. -

- 7 Längsbau Brünen: Teilgrundstück Volksschule Brünen (6/4729); Abgabe im Baurecht**

2019.FPI.000021

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag betreffend Längsbau Brünen: Teilgrundstück Volksschule Brünen (6/4729); Abgabe im Baurecht.
 2. Er genehmigt die Abgabe des Teilgrundstücks 6/4729 im Baurecht an die Eisenbahner-Baugenossenschaft Bern.
 3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.
- Bern, 6. Juli 2022

Antrag 1 GLP/JGLP, GFL/EVP

Das Baurecht soll mit der Auflage abgegeben werden, dass auf den geplanten Gebäuden erneuerbare Energien produziert (Wärme oder Strom) werden und die Wärmeversorgung durch erneuerbare Energien produziert oder aus dem Fernwärmenetz von Energie Wasser Bern bezogen wird.

FSU-Sprecher *Thomas Fuchs* (SVP): Vielleicht als Vorbemerkung: Ich arbeite beruflich relativ viel mit Baurecht und ich glaube, das Geschäft relativ gut beurteilen zu können. Ich kann Ihnen hier sagen, das Geschäft war sehr gut vorbereitet. Es wurde eigentlich an alle Punkte gedacht, von denen wir gesagt haben, sie könnten kritisch sein. Es geht um die Abgabe und Überbauung der letzten freien Parzelle in Brünnen. Das Baurecht geht an die Eisenbahner-Baugenossenschaft Bern, die dort einen Längsbau realisiert, der Platz für eine Schulnutzung und für Wohnungen bietet. Das Baurecht ist auf 30 Jahre beschränkt. Damit hat die Stadt die Möglichkeit, die Liegenschaft nach 30 Jahren wieder zurückzunehmen. Der Baurechtszins wird regelmässig angepasst. Im Vertrag sind Vorbehalte erfasst, so dass auch der Baurechtszins und die Mietzinse dem Markt angepasst werden können, wenn das Baurecht an andere Parteien übergeben würde, also wenn zum Beispiel die Eisenbahner-Baugenossenschaft das Dritten geben würde. Man hat auch an den Fall gedacht, dass Wohnungen im Stockwerkeigentum abgegeben werden könnten. Daran hat man auch gedacht bei einer Zweckänderung. Das ist in den Modalitäten genau erfasst, um solche Vorgänge zu verhindern.

Allerdings ist davon auszugehen, dass solches bei der Bauträgerin mit einer solch langjährigen Erfahrung auch nicht passieren würde. Der vereinbarte Baurechtszins ist meines Erachtens und unseres Erachtens fair für diese Lage und Grösse. Persönlich habe ich sogar mit tieferen Zinsen gerechnet, wenn ich sehe, wie die Stadt sonst etwa Sachen vergibt. Man hat also gut verhandelt. Die Fragen aus der Kommission hat man gut beantwortet. Eine Frage war noch, wohin der Pumptrack kommt. Aber auch dazu hat man Vorstellungen und einen Ort, den man sich vorstellen kann. Und nicht alle haben Freude daran, wenn dieser in ihrer Nähe ist. Die Schule der Stiftung Familiensupport ist momentan bei der reformierten Kirchgemeinde Kleefeld untergebracht. Sie sind dort eingemietet, also nicht bei der Stadt. Die Kirche weiss, dass die Schule für den Fall, dass es Verzögerungen gäbe, umziehen will. Man hat ihnen auch schon Möglichkeiten angeboten. Sie können im Kleefeld bleiben.

Wie immer in der Stadt Bern wurde über die Parkplätze diskutiert. Ein Parkplatz ist für Behinderte reserviert, die anderen für Anlieferung, Handwerker und Besucher. Man hat sehr wenige Parkplätze. Eine gewisse Anzahl muss es logischerweise bei einem Gebäude dieser Grösse haben. Es sind also nur vier Parkplätze. Es musste sich niemand darüber aufregen. Geplant sind 32 Wohneinheiten. Darunter hat es auch vier Joker-Zimmer. Das sind Zimmer, in denen Bewohnende ihren Besuch unterbringen können. Das ist etwas, das vielleicht bei den nächsten Überbauungen auch noch vermehrt kommt, diese sogenannten Joker-Zimmer, wer immer das erfunden hat. Die Kommission empfiehlt Ihnen das Geschäft einstimmig zur Annahme. Von Seiten der SVP-Fraktion gibt es diverse Vorbehalte, weil man findet, es sei klimamässig nicht alles optimal gelöst oder auch nicht im Interesse der Quartierorganisation. Aber von der FSU ist es ein einstimmiges Ja.

Fraktionserklärungen zu den Traktanden 7 und 8

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die GFL/EVP-Fraktion findet es ein gutes Projekt, das nicht nur hinsichtlich Schulraum-Reserve vorausschauend ist, sondern auch günstigen Wohnraum generiert. Wir stimmen dem Geschäft selbstredend zu. Auch positiv aufgenommen haben wir, dass in diesem Projekt die Nachhaltigkeit hoch gewichtet wurde. Es soll in Hybrid-Bauweise, also mit Beton und Holz, verfolgt werden. Es wird nach dem Standard Minergie-P Eco geplant, und auf dem Dach soll ein Stadtgarten entstehen.

Und trotzdem haben wir den Antrag der GLP/JGLP miteingereicht, wonach auf dem geplanten Gebäude erneuerbare Energie produziert werden soll. Wir gehen davon aus, dass ein Teil davon sowieso schon umgesetzt werden soll. Ich finde es gut, wenn das noch verbindlich festgehalten wird. Es ist gut möglich, dass in absehbarer Zukunft sowieso eine Pflicht eingeführt wird, auf allen bestehenden Gebäuden erneuerbare Energie zu produzieren. Dann ist es doch gescheiter, das von Anfang an in eine richtige Planung aufzunehmen und auch richtig umzusetzen. Heute ist klar, dass Dachbegrünung und Solaranlagen sich bestens vereinbaren lassen und in gewissen Städten sind sie sogar schon Norm. Zum Beispiel könnte man Photovoltaikanlagen beim Dachstadtgarten gerade als Schattenelement verwenden und würde so zwei Ansprüchen auf einmal gerecht werden. Zur Motion Glauser/Feuz: Der Ansermetplatz ist zum Glück nicht mehr ganz so seelenlos wie von den Motionären in der Motion vor drei Jahren beschrieben. Es hat sich auf dem Platz mittlerweile einiges getan. Er wird immer mehr belebt, entsiegelt und gestaltet. Und mittlerweile sehe ich sogar ab und zu Menschen, die auf dem Platz verweilen. Da ich fast daneben wohne, gehe ich jeden Tag über den Platz und stimme den Motionären darin zu, dass das Potenzial des Ansermetplatzes noch lange nicht ausgeschöpft ist. Er ist zu einem grossen Teil immer noch ein wenig einladender Betonplatz, umringt von Verkehr. Und auch punkto Sicherheit gibt es noch Verbesserungspotenzial. Es ist zwar praktisch, dass man von allen Seiten auf den Platz kann. Gleichzeitig ist es aber bei dichtem Verkehr nicht ganz so angenehm, zwischen zwei fahrenden Autos durchzurrennen, auch wenn sie nur 30 fahren. Besonders gefährlich ist es natürlich für Kinder, weil kaum jemand anhält.

Ich habe mehr als eine brenzlige Situation beobachten müssen, wenn Leute, die aus dem Coop im Gäbelbachcenter kamen und sahen, dass das Tram gerade kommt, und daraufhin blindlings über die Strasse gerannt sind. Darüber, dass es noch zu keinem Unfall gekommen ist, sind wir natürlich froh. Wir sollten aber vielleicht gar nicht warten, bis es so weit kommt. Wir sind überzeugt, dass es noch bessere Lösungen gibt. Allenfalls würde auch schon eine Fussgängerzone zwischen dem Ansermetplatz und dem Gäbelbachcenter reichen. So hätten die Fussgänger wirklich den Vortritt. Punkt 1 der Motion lehnen wir hingegen klar ab. Wir sind überzeugt, dass eine Verkehrsführung mit Gegenverkehr nicht zu mehr Sicherheit führen würde und auch keine Verbesserung für den Platz oder die Umgebung wäre; besonders nicht, weil diese Verkehrsführung mit Gegenverkehr genau vor einem Schulhaus wäre. Wir werden also bei der punktweisen Abstimmung Punkt 2 der Motion zustimmen. Wenn es nicht zu einer punktweisen Abstimmung kommt, werden wir die Motion als Ganzes ablehnen.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Vorlage wirkt wie ein Angebot, das wir schwer ausschlagen können. Eine Baugenossenschaft schafft Wohnungen und die Stadt verdient 30 Jahre lang mit dem Baurecht einen dringend nötigen Zustupf. Der Familiensupport bekommt seinen im Westen der Stadt dringend benötigten Standort. Noch dazu ist der geplante Bau klima- und umwelttechnisch genauso, wie wir ihn uns wünschen.

Trotzdem seien hier noch ein paar Sachen angemerkt. Der Familiensupport sucht nach einem neuen Standort im Westen, weil er am alten Standort rausfliegt. Die Baugenossenschaft bietet nicht Wohnen für alle, sondern nur für die begrenzte Gruppe der SBB-, Swisscom- und Postangestellten. Das Baugelände ist eigentlich eine Baulandreserve für das angrenzende Brünenschulhaus. Bümpliz-Bethlehem ist zurzeit der einzige Stadtteil ohne Schulraummangel. Aber die Stadt prophezeit auch rund 2 500 zusätzliche Schulkinder in den 2 500 geplanten neuen Wohnungen allein in Bethlehem. In den nächsten 30 Jahren, bis das Gebäude wieder an die Stadt zurückfällt und vielleicht als Schule umgenutzt werden kann, sind die 2 500 Kinder schon längst im Quartier.

Und einen neuen Platz für den Familiensupport wird man dann auch noch suchen müssen. Wir nehmen den Gemeinderat in die Pflicht, dass er es im Schulkreis Bethlehem und Bümpliz

nicht zu einem Schulraummangel kommen lässt, und natürlich, dass er den Schulraummangel im Rest der Stadt endlich behebt. Wir begrüßen die Bemühungen des Gemeinderats, die bestehende Pumptrack-Anlage auf der geplanten Baufläche zu verlegen. Sie bietet den Jugendlichen im Quartier eine niederschwellige Freizeitbeschäftigung; nicht ganz unwichtig in einem Quartier mit Familien mit niedrigen Einkommen.

Betreffend Motion zur Verkehrsführung auf dem Ansermetplatz anerkennen wir, dass die Verkehrssituation vor dem Brünenschulhaus nicht perfekt ist. Das weiss ich als Mitglied der Schulkommission bestens. Die Schulkinder aus dem Gäbelbach- und dem Holenacker-Quartier müssen eine Kantonsstrasse und das Tram überqueren, um überhaupt in die Schule zu gelangen. Das Problem ist einerseits altbekannt, andererseits teilen wir die Einschätzung des Gemeinderats, dass die aktuelle Verkehrsführung das kleinste Übel ist. Eine zweispurige Begradigung der Verkehrsführung könnte überhöhte Geschwindigkeiten erst ermöglichen, währenddem die jetzige Lösung den stadteinwärts fahrenden Verkehr mit einer Schikane auf 30 km/h abbremst. Ja, dass der Ansermetplatz aber durchaus Verbesserungspotenzial als urbaner, klimafreundlicher Platz und auch beim Velo- und Fussverkehr hat, ist natürlich klar. Die Strasse ist im Besitz des Kantons. Es ist vom Kanton nicht zu viel verlangt, bei diesem für die Anwohner wichtigen Platz Hand zu bieten, um den Ort aufzuwerten. Die Anträge 1 bis 3 des Gemeinderats zur Abgabe des Teilgrundstücks Volksschule Brünnen nehmen wir an. Wie aus den Unterlagen der Bähnler-Genossenschaft ersichtlich ist, ist hingegen die Forderung von GLP und GFL bereits erfüllt. Und weil die antragstellende Fraktion üblicherweise Anträge, die sie als bereits erfüllt einstuft, grundsätzlich ablehnt, lehnen wir den Antrag in ihrem Sinne auch ab. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt Punkt 1 und 2 der Motion zum Platz ab.

Michael Hoekstra (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Bei uns ist das Geschäft unbestritten. Trotzdem haben wir in der Vorbereitung des Themas vermisst, dass im Vortrag kein Wort über den Einsatz von erneuerbaren Energien oder die Produktion von erneuerbaren Energien im Baurecht steht. Wir haben darum zusammen mit der GFL/EVP-Fraktion den Antrag gestellt. Die GLP/JGLP-Fraktion ist der Überzeugung, dass man grundsätzlich bei jeder Abgabe von Baurecht auf dem Boden der Stadt auch die Produktion von erneuerbaren Energien einfordern sollte.

Wir halten darum fest an diesem Antrag, auch wenn er erfüllt ist. Ja, es ist geplant, dass der Fernwärmeanschluss stattfinden und dass die Photovoltaik gebaut werden soll, Wir werden das in dem Fall auch unterstützen. Zur Motion: Wir werden Punkt 1 ablehnen und Punkt 2 annehmen, sprich: der Empfehlung des Gemeinderats folgen.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion SVP: Der Kommissionssprecher hat es schon angekündigt: Das Geschäft Längsbau Brünnen ist bei uns in der Fraktion nicht ganz unbestritten. Man kann zwar sagen, dass die Stadt für einmal einen guten Deal ausgehandelt hat. Was den Baurechtszins anbelangt, ist es sicher kein schlechtes Geschäft für die Stadt. Nichtsdestotrotz muss ich das Geschäft ablehnen. Ich kann vielleicht meine Interessenbindung bekanntgeben. Ich bin direkter Anwohner und ausserdem Präsident des Quartiervereins. Als es bekannt wurde, dass dort eben die Eisenbahner-Baugenossenschaft bauen will, war ich ein bisschen eine Klagemauer. Die Leute haben auf mich eingeredet, und ich muss sagen, dass die Argumentation am Schluss bei mir verding. Was mich überzeugt hat, ist die Tatsache, dass man in der ganzen Stadt immer entsiegeln will. Man redet immer von der Hitzeinsel Ansermetplatz und einer Betonwüste. Und jetzt überbaut man genau die letzte Parzelle, gibt sie ab im Baurecht und will als Stadt selbst nichts machen. Heute ist dort der Pumptrack, eine entsiegelte Fläche. Und fast auf der gleichen Höhe hat man auf den benachbarten Parzellen Baumalleen gepflanzt. Warum man das dort nicht gemacht hat, ist mir schleierhaft. Ich bin der Meinung, man sollte das Geschäft sistieren und den Raum als Schulraumreserve zurückbe-

halten für dann, wenn dereinst der Schulraumbedarf wirklich da ist – und man weiss ja nicht, ob das, was in diesem Gebäude als Schulraumreserve angedacht ist, reicht, wenn das Brünnenareal komplett überbaut ist. Sonst hat man dann das Problem, dass es zu viele Wohnungen gibt, aber zu wenig Schulraum. Und dann ist man wieder am gleichen Punkt. Darum wäre unsere Idee aus dem Quartier, das Land als Schulraumreserve zurückzubehalten und erst zu bauen, wenn es so weit wäre. Darum werden ich und ein Teil der Fraktion dem Geschäft nicht zustimmen können.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Ich werde zum Längsbau sprechen. Zur Motion wird sich die zuständige Direktorin TVS äussern. Zuerst einmal herzlichen Dank, Thomas Fuchs, Sie haben es als ein gutes Geschäft gerühmt. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Es ist auch gut vorbereitet. Es hat auch eine lange Geschichte. Es ist gesagt worden, ursprünglich habe man dort einen Teil der Volksschule Brünnen hinstellen wollen. Wir haben den Wettbewerb bereits im Jahr 2009 gemacht. Dann war das nicht mehr nötig. Darauf haben wir wirklich verschiedene Nutzungen geprüft. Dass man das Land dort noch überbauen will, ist Teil der früheren Prozesse. Wir haben zum Beispiel geprüft, ob man dort Wohnungen machen kann, die man in Schulraum transformieren kann. Man hat einfach gemerkt, das kostet zu viel. Das bringt nichts. Und entsprechend haben wir mit diesen 32 Wohnungen plus Schulraum jetzt wirklich die Lösung. Das ist sehr speziell. Es ist ein kurzer Baurechtsvertrag: Eben darum, weil das Teilstück doch mittelfristig mindestens eine Reserve für die Stadt Bern bleiben soll. Entsprechend ist klar, dass man den Baurechtsnehmenden nicht beliebig viele Auflagen machen kann. Wir haben das Gefühl, wir haben einen guten Deal machen können. Es wurde auch wegen des Pumptracks diskutiert. Ich bin auch sehr froh, dass man das versteht, dass der an einen anderen Ort verlegt wird. Das war von Anfang an eine Zwischennutzung. Und wenn es auf dem Gaswerkareal Zwischennutzungen gibt, heisst es einfach, dass irgendeinmal etwas anderes kommt.

Zur Nachhaltigkeit. Es sind in der Kommission sehr viele Fragen zu diesem Geschäft gestellt worden. Ich finde das jeweils gut. Es ist ein bisschen schade, dass die Fraktion GLP/JGLP, die doch sonst eine sehr seriöse Fraktion ist, nicht auch die Fragen gestellt hat, weil sie das Gefühl hatte, zur Nachhaltigkeit müssten sie etwas wissen. Dann hätten sie nicht einen Antrag stellen müssen, der eigentlich nicht nötig ist. Es ist Minergie-P Eco. Wärmeerzeugung ist nicht Fernwärme, sondern Wärmeerzeugung mit Erdsonden; einfach, weil im Moment die EWB-Energie 70 oder 75 Prozent erneuerbar ist. Zur Hybrid-Bauweise und dem Dachstadtgarten: Wir speichern das Meteorwasser und das wird nachher auch retendiert zurückgegeben. Es ist auch klar, dass auch noch eine Photovoltaikanlage kommt. Also, es gibt wirklich keinen Grund, dem Geschäft nicht zuzustimmen. Den Antrag bitte ich Sie abzulehnen. Man muss wirklich nicht Anträge annehmen, die nicht nötig sind. Wir machen hier ein Superprojekt.

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Kurz ein paar Worte zur Motion der SVP zum Ansermetplatz und zur Schulwegsicherheit beim Schulhaus Brünnen. Die Schulwegsicherheit hat höchste Priorität in dieser Stadt, und dem Gemeinderat ist sie natürlich auch ein sehr wichtiges Anliegen.

Es ist schon einiges gegangen in den letzten Jahren. Das neue Verkehrsregime mit Tempo 30 hat sich aus Sicht der Stadt, aber auch des Kantons als Eigentümer, bewährt. Seit der Einführung hat es keinen Unfall mehr gegeben. Eine Wiedereinführung des Gegenverkehrs, wie es eben die Motion fordert, hätte deutlich negative Auswirkungen auf die Schulwegsicherheit. Der Grund ist einfach. Der nördliche Teil der Murtenstrasse wäre wieder mit doppelt so viel Verkehr wie heute belastet. Aus Sicht des Gemeinderats ist das nicht zielführend. Betreffend Verkehrssicherheit sind bereits 2019 im Rahmen des Projekts Schulwegsicherheit Massnah-

men erarbeitet worden. Denkbar wäre beim Übergang Ansermetplatz-Le Corbusierplatz zum Beispiel auch eine Lichtsignalanlage mit Fussgängerstreifen.

Die Direktion TVS erachtet jedoch die Einführung einer BGZ, also einer Begegnungszone, am Ansermetplatz als optimale Lösung. Aber dort braucht es wirklich noch Verhandlungen und Gespräche mit dem Kanton. Dann noch zum Punkt 2: Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Motionäre, dass der Platz aufgewertet werden muss. Bei der Aufenthaltsqualität hat es deutlich Luft nach oben. Der Platz hat als Brücke zwischen den beiden Quartieren Gäbelbach und Brünnen ein grosses Potenzial. Wir haben im Sommer mit diesen Pop-Ups gesehen, was man auf diesem Platz alles machen kann. Irgendwann erfolgt dann eine dauerhafte Umgestaltung des Platzes mit Bepflanzungen, Entsiegelungen und Aufenthaltsmöglichkeiten. Die Erfahrungen, die 2021 und 2022 mit den temporären Massnahmen gemacht wurden, lassen wir selbstverständlich einfließen und nehmen natürlich auch Rücksprache mit dem Quartier. Die Messungen der Uni Bern haben deutlich aufgezeigt, dass es auf diesem Platz weniger heiss wird, wenn man ihn mit Klimaanpassungsmassnahmen wie zum Beispiel Pflanzen oder eben auch Wasser aufwertet.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 GLP/JGLP, GFL/EVP zu. (45 Ja, 23 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 023
2. Der Stadtrat stimmt dem so bereinigten Antrag des Gemeinderats zu. (64 Ja, 5 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 024

8 Motion Thomas Glauser/Alexander Feuz (SVP): Für ein sicheres Schulhaus Brünnen: Geschickte Umgestaltung des Ansermet-Platzes durch Realisierung der ursprünglich geplanten Fussgängerzone und des Veloweges

2019.SR.000247

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 abzulehnen und Punkt 2 als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 26. Februar 2020

Thomas Glauser (SVP) für die Motionäre: Worum geht es hier bei dieser Motion? Zur Ausgangslage: Man hat im Westen mit Brünnen ein neues Quartier. Dort hat es viel Zuwachs gegeben, vor allem Familien. Man hat im Jahr 2016/17 in Brünnen ein fünfstöckiges Schulhaus gebaut, vor allem für die Unterstufe. Acht Primarschulklassen sind dort untergebracht. Man hat in dem Zusammenhang auch die Verkehrsführung geregelt. Das ist die Verbindung zwischen Ost und West. Nachher kommt auch noch ein Autobahnanschluss, der eigentlich die Achse vervollständigt. Bei dieser Planung hat man aber nicht berücksichtigt, dass dort eigentlich gerade das Schulhaus ist. Und was hat man gemacht? Man hat die Doppelspuren aufgehoben und hat den Einbahnverkehr gemacht und, direkt vor dem Brünnenschulhaus, vor dem Pausenplatz, eine 30er-Zone. Ich bin Vize-Schulkommissionspräsident zurzeit. Das Begehren ist eigentlich schon jahrelang, dass man dort für die Kinder eine unzumutbare Situation hat, und zwar vom Schulrat, den Quartiervereinen und auch von älteren Leuten. Die Kinder müssen den Platz zweimal überqueren, und wie gesagt, die Sicherheit auf dem Schulweg ist dort nicht mehr gewährleistet. Das heisst, man sollte dort die Verkehrsführung wieder ändern. Es ist uns aber klar, dass die Achse dem Kanton gehört und dass natürlich die Stadt Bern nicht einfach sagen kann, wir machen das. Aber es ist mir darum gegangen. hier den Anstoss zu geben, dass sich die Stadt für die Sicherheit einbringt, vor allem für die Eltern und für die

Kinder; im Sinne, dass man dort eine neue Verkehrsführung machen könnte. Ich würde Punkt 1 in ein Postulat umwandeln. Ich möchte mich aber auch bedanken für die Antwort des Gemeinderats auf die Frage 2. Dort ging es um einen Platz, der auch vor dem Schulhaus ist. Die meisten kennen diesen Platz. Es ist der Ansermetplatz. Der ist einfach öde und grau. Man könnte dort vielleicht eben auch eine Begrünung machen. Man könnte aber auch etwas hinstellen, das den Platz belebt. Ich bitte Sie, dem Vorstoss zuzustimmen.

Diskussion siehe Traktandum 7.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt Punkt 1 als Postulat ab. (7 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 025
2. Der Stadtrat erklärt Punkt 2 der Motion als Richtlinie erheblich. (70 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltene) [Namen](#) 026

9 Moosweg: Ausführungskredit für Sofortmassnahmen; Projektierungskredit für Neugestaltung

2019.TVS.000164

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt die Vorlage Moosweg: Ausführungskredit für Sofortmassnahmen; Projektierungskredit für Neugestaltung.
2. Für die Projektierung der Neugestaltung Moosweg wird ein Kredit von Fr. 496 000.00 (inkl. MWST) zulasten der Investitionsrechnung, Konto I5100810 (Kostenstelle 510110), bewilligt.
3. Für die Ausführung der Sofortmassnahmen Moosweg wird ein Kredit von Fr. 700 000.00 (inkl. MWST) zulasten der Investitionsrechnung, Konto I510-192 (Kostenstelle 510110), bewilligt.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Bern, 7. September 2022

Anträge

1. PVS-Ergänzungsantrag: Im Rahmen der Neugestaltung des Mooswegs sei zu prüfen, den Fuss- und Veloweg nicht zu asphaltieren und als entsiegelten Weg zu erstellen.
2. PVS-Ergänzungsantrag: Im Rahmen der Neugestaltung des Mooswegs sei zu prüfen, wie die geplante Fahrbahnbreite von 6.2 Metern für den MIV reduziert werden kann und ob eine durchgehende Kreuzung zweier Busse notwendig ist.
3. PVS-Ergänzungsantrag: Im Rahmen der Neugestaltung des Mooswegs sei zu prüfen, die Bushaltestellen «Niederbottigen» in beide Richtungen um ein überdachtes Wartehäuschen in einfacher Bauweise inkl. Sitzgelegenheit zu ergänzen.

PVS-Sprecher Timur Akçasayar (SP): Beim vorliegenden Geschäft Moosweg geht es um zwei Kredite, den Projektierungskredit für die Neugestaltung von 496 000 Franken und um einen Ausführungskredit für die Sofortmassnahmen von 700 000 Franken. In der Kommission PVS haben wir das Geschäft ausführlich beraten und empfehlen Ihnen einstimmig, den beiden Krediten zuzustimmen.

Der Moosweg ist kein einfaches Geschäft. Es gibt sehr verschiedene Bedürfnisse und komplexe Herausforderungen. Die Strasse ist eine Anbindung von Bottigen an die Stadt und verbindet von Norden nach Süden Brünnen und Niederwangen und liegt somit zwischen den Au-

tobahnausfahrten von A1 und A12. Sie gehört auch zum regionalen Basisnetz und ist auch recht speziell. Der nördliche Teil liegt auf dem Boden der Stadt Bern und heisst Moosweg. Der südliche Teil ab der Rehhag-Grube liegt auf Könizer Territorium und heisst Riedmoosstrasse. Aber beim heutigen Geschäft geht es eigentlich nur um die Stadt Bern. Bevor ich zur Umgestaltung komme, möchte ich kurz über die Sofortmassnahmen reden. Der Moosweg ist in einem sehr schlechten Zustand. Er bricht an den Rändern weg, und die Unterhaltskosten steigen. Mittlerweile kosten sie uns pro Jahr über 50 000 Franken. Vor vier Jahren hat man noch von 15 000 bis 20 000 Franken pro Jahr gesprochen. Zwar ist 2014 der Strassenbelag saniert, das heisst, neu aufgetragen worden, und seit 2015 gilt ein Fahrverbot für Lastwagen, ausgenommen den Zubringerdienst für die Rehhag-Grube. Aber das reicht nicht und die Strasse erträgt keine grossen Belastungen mehr. Aber die Strasse wird immer mehr belastet, denn auf dem Moosweg zirkuliert neu die Buslinie 22 von Kleinwabern nach Brünnen. Aufgrund der grossen Nachfrage ist diese Buslinie im Frühling 2021 in das ÖV-Angebot aufgenommen worden. Auch die verschiedenen Entwicklungsprojekte in Köniz beim Entwicklungsschwerpunkt Juch-Hallmatt, insbesondere das neue Polizeizentrum in Niederwangen, werden zu einer Taktverdichtung der Buslinie führen und zu einer zusätzlichen Belastung dieser Strasse. Darum sind auf einem Streckenabschnitt von 270 Metern Sofortmassnahmen erforderlich. Grund allen Übels ist der schwierige Baugrund. Dass der Baugrund unkooperativ ist, liegt vielleicht daran, dass er in Bümpliz liegt. *(Gelächter im Saal)* Aha, da hören doch noch ein paar zu. Gut. Aber der Hauptgrund ist nicht, dass es Bümplizer Baugrund ist, sondern dass der Untergrund aus einer sogenannten Seekreide besteht, der Boden sehr instabil ist und sehr viel Wasser enthält. Ich verzichte im Interesse der Zeit auf ein Referat über die Geologie. Der Baugrund muss tragfähig gemacht werden, indem man eine Art Brücke baut aus Mikropfählen, ähnlich wie die Pfahlbauer in der Vergangenheit ihre Siedlungen gebaut haben. Kurz zusammengefasst: Die Sofortmassnahmen sollen den steigenden Unterhaltskosten entgegenwirken, damit wir nicht noch mehr Geld dafür ausgeben, dass die Strasse bis zur definitiven Umgestaltung befahrbar bleiben kann.

Nun komme ich zum zweiten Teil, nämlich zum Projektierungskredit, den der Gemeinderat beantragt. Die Grundlage für die Umgestaltung ist das mit Köniz erarbeitete Betriebs- und Gestaltungskonzept einer Vorstudie vom Februar 2022. Aktuell erfüllt die Strasse nämlich keinen dieser Punkte, die ich jetzt aufführe, auch nicht mit den Sofortmassnahmen. Denn die Strasse erhöht die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden nicht. Sie ist nicht bus-tauglich. Busse können nicht kreuzen. Die Busse müssen abbremsen, damit sie sicher kreuzen können. Der Fuss- und Veloweg entspricht nicht dem aktuellen Standard, den wir aus dem städtischen Masterplan Veloinfrastruktur kennen. Die Velos fahren nicht mehr auf der Strasse, weil sie sich nicht sicher fühlen, sondern sie weichen auf den Fussweg aus.

Darum ist mit der Umgestaltung auch vorgesehen, dass es einen sauberen Fuss- und Veloweg gibt. Der Veloweg ist auch im Agglomerationsprogramm des Bundes angemeldet. Bei der Umgestaltung soll sichergestellt werden, dass keine Kapazitätserhöhung für den MIV realisiert wird und die Strasse nicht als Autobahntangente zwischen Brünnen und Niederwangen gebraucht wird. Dazu wird auch das Tempo, das heute bei 60 liegt, auf Tempo 50 heruntergesetzt. An gewissen Abschnitten ist geplant, auf Tempo 30 zu reduzieren, zum Beispiel dort, wo die Familiengärten sind. Ausserdem wird es von der Verkehrsplanung ein Monitoring geben, damit die Verkehrsbelastung in diesem wertvollen Naturraum nicht massiv zunimmt. Denn heute sind es schon 6 800 Fahrten pro Tag und es dürfen nicht mehr werden. Was bei der Umgestaltung auch noch wichtig ist: Für die Amphibien soll es Durchlässe geben. Kurz zur Erinnerung: In der Nähe liegt die Rehhag-Grube, ein sehr wichtiger, wertvoller Naturraum, und jedes Jahr wandern Frösche und Kröten von Bottigen in die Richtung Rehhag zum Laiichen. Damit es nicht ein Massaker gibt, wenn sie die Strasse überqueren, retten Naturfreunde die Frösche. Das soll in Zukunft mit einem Amphibiendurchgang gewährleistet werden.

Die Umgestaltung wird aktuell auf dem Teilstück der Stadt Bern geplant. Köniz hat aufgrund seiner finanziellen Situation und der Tatsache, dass es sich mit dem Landeigentümer nicht einigen konnte, das Projekt verschoben. Köniz wartet auch, bis die Überarbeitung des regionalen Basisnetzes erledigt ist. Falls wir heute dem Projektierungskredit zustimmen, wird uns im Sommer 2023 ein Baukredit vorgelegt. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird es im November 2023 eine Volksabstimmung geben. Die Realisierung ist frühestens ab 2025 vorgesehen, wenn alles nach Plan läuft. In der Kommission haben wir ausführlich über den Baugrund, die Kosten, die unbefriedigende Situation mit Köniz sowie die möglichen Massnahmen gegen eine Kapazitätserweiterung und das geplante Monitoring diskutiert. Auch haben wir die Auswirkungen einer Strassensperrung mit den massiven, negativen Folgen für den Stadtteil 6 in Bümpliz angeschaut. Zu diesem Geschäft gibt es aus der Kommission drei Anträge: Alle drei Anträge betreffen den Kredit für die Umgestaltung.

Laut Antrag 1 soll bei der Umgestaltung geprüft werden, ob es aus Kostengründen Sinn macht, den Velo- und Fussweg zu entsiegeln statt zu asphaltieren, natürlich unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse wie etwa dem Fahrkomfort, der Hindernisfreiheit für handycaperte Menschen oder den technischen Anforderungen der Amphibien-Durchgänge. Eine Mehrheit unterstützt die Prüfung. Ein anderer Teil der Kommission möchte auf die Prüfung verzichten und findet, wir sollten den Masterplan Veloinfrastruktur unverändert übernehmen. Der zweite Antrag betrifft die Fahrbahnbreite. Mit der Umgestaltung soll die Fahrbahn für den MIV und für den Bus auf 6,2 Meter verbreitert werden, damit sich die Busse jederzeit kreuzen können. Eine Mehrheit der Kommission möchte das im Detail noch einmal geprüft haben und prüfen, ob die Notwendigkeit für eine solche Strassenbreite wirklich gegeben ist. Der andere Teil der Kommission ist der Meinung, dass das schon zu Genüge geprüft wurde. Ich komme noch zum Antrag 3: Der betrifft die Bushaltestellen in Niederbottigen in beide Richtungen. Dort soll geprüft werden, ob man nicht ein überdachtes Wartehäuschen mit Sitzgelegenheiten bauen kann. Denn die heutige Situation ist unbefriedigend und die Wartenden sind der Witterung ausgesetzt.

Die Kommission empfiehlt Ihnen einstimmig bei einer Enthaltung, Antrag 3 zuzustimmen. Zum Schluss möchte ich mich bei allen Beteiligten vom Tiefbauamt und der Verkehrsplanung für die Arbeit, für die transparente Kommunikation und die Berücksichtigung aller Anliegen aus der Bevölkerung und der Quartierkommission Bümpliz-Bethlehem bedanken. Ich bitte Sie im Namen der PVS, dem Geschäft zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Also die SP/JUSO-Fraktion wird beiden Krediten und den drei Anträgen zustimmen. Für uns sind die Sofortmassnahmen und die Umgestaltung unbestritten. Beim Moosweg handelt es sich um eine wichtige Erschliessungsinfrastruktur und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden. Das muss gewährleistet werden, was heute nicht der Fall ist. Auch wäre eine Sperrung infolge einer weggebrochenen Strasse für die Stadt sehr peinlich. Das können wir uns sicher nicht leisten. Was die geplante Umgestaltung angeht, können wir sicher sagen, dass sie überfällig und das Projekt auf gutem Weg ist. Zentral sind für uns zwei Punkte, nämlich die seit längerem versprochene Verbesserung für den Fuss- und Veloweg und die Amphibiendurchgänge. Das muss alles zwingend realisiert werden. Der zweite Punkt betrifft die Attraktivität der Strasse. Für uns kommt eine Kapazitätserweiterung für den MIV nicht infrage. Im Moment vertrauen wir darauf, dass die Projektbeteiligten dafür sorgen, dass der Verkehr über die Autobahnen abgewickelt wird.

Zu diskutieren gab bei uns die hohe Gewichtung der Anliegen von Bernmobil. Wie schon bei ähnlichen Projekten in dieser Stadt ist für uns klar, dass der öffentliche Verkehr gestärkt und ausgebaut werden soll, insbesondere wenn man die Klimaziele erreichen will. Aber wir sind noch nicht ganz davon überzeugt, dass der Bus jederzeit auf dem ganzen Abschnitt kreuzen

können muss, und dass es keine Alternative zu solch einer breiten Strasse gibt. Darum hätten wir das in ihrer Berichterstattung an den Stadtrat gerne gehabt, dass das noch ein bisschen vertiefter geprüft würde.

Ich komme noch zu einer kleinen Geschichtslektion und bitte die Frau Gemeinderätin, nicht zuzuhören. Es betrifft nicht sie, sondern ihre Vorgängerinnen und Vorgänger vor 20 Jahren. Denn der Stadtrat hat schon damals ausführlich über den Moosweg debattiert und sogar Aufträge an den Gemeinderat und die Verwaltung überwiesen. Am 15. Mai 2003, also vor knapp 20 Jahren, hat die PVK, das war die vormalige Kommission PVS, mit 7 zu 1 Stimmen dem Stadtrat beantragt, ein Lastwagenfahrverbot zu überweisen. Der Stadtrat hat dem am 15. Mai 2003 mit 39 Ja- zu 28 Neinstimmen zugestimmt. Was ist passiert? Nichts. Ich zitiere jetzt aus dem aktuellen Vortrag des Gemeinderats: «2015 wurde auf der Achse ein Lastwagenfahrverbot eingeführt, um die Belastung der Strasse zu reduzieren.»

Kleiner Kommentar zum Schluss: Mir bereitet es sehr grosse Sorge, wenn ich sehe, wie Entscheidungen des Stadtrats missachtet und nicht umgesetzt werden. Aber das betrifft die Vergangenheit, und für die Zukunft sind wir hoffnungsvoll.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion SVP: Die Fraktion SVP unterstützt den Ausführungskredit für Sofortmassnahmen und den Projektierungskredit für die Neugestaltung des Mooswegs. Wer einmal über den Moosweg gefahren ist, kommt sich vor wie bei der Rallye Paris-Dakar mit Gegenverkehr. Die Buckelpiste und die Engpässe, die dort vorhanden sind, sind wirklich nicht zumutbar. Darum unterstützen wir das selbstverständlich. Es sind deutliche Aufwertungen geplant für alle Verkehrsteilnehmer, die mit dem ÖV, mit dem Auto, mit dem Velo und zu Fuss unterwegs sind, und nicht zu vergessen auch für die Amphibien, die sogar einen Tunnel bekommen – darum sicher ein Supergeschäft.

Die PVS-Anträge 1 und 2 lehnen wir ab. Zu Antrag 1: Uns ist schleierhaft, ob das cool ist, mit dem Velo über eine entsiegelte Fläche zu fahren, vor allem, wenn es geregnet hat. Ich bin nicht Velofahrer, aber das ist jetzt meine Einschätzung. Darum werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

Zu Antrag 2. Es wurde ja berechnet, wie viel Platz die Busse brauchen. Darum lehnen wir auch den Antrag 2 ab, und wir glauben auch nicht, dass die Attraktivität gesteigert wird, den Moosweg zu passieren, weil ihn halt doch sehr wenige Leute kennen, die im Westen nicht ortskundig sind. Den Antrag 3 unterstützen wir. Ich muss vielleicht noch dazu sagen: Das kleine Dorf Niederbottigen mit etwas knapp über 100 Einwohnern hat vielleicht die beste Lobby hier im Stadtrat. Es ist mit zweieinhalb Stadträten vertreten. Deshalb unterstützen wir das selbstverständlich sehr gerne und danken für die Annahme.

Michael Hoekstra (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Die GLP/JGLP-Fraktion findet die Sofortmassnahmen von 700 000 Franken ebenfalls absolut unbestritten. Was uns am meisten Bauchweh gemacht hat, ist eigentlich die zusätzliche Versiegelung. Das hat uns ein bisschen stutzig gemacht. Es ist für einen Weg an der Peripherie ein recht grosser Ausbau, eine recht grosse Vergrösserung. Wir haben uns gefragt: Braucht es das bei dieser Bus-Frequenz? Ist es nicht einfach ein Ausbau, damit die heutzutage viel grösseren Wagen, die SUV, schneller aneinander vorbeikommen? Aus unserer Sicht besteht das Risiko, dass der Weg überdimensioniert wird. Und die Konsequenzen, wenn eine Strasse so überdimensioniert wird, sind unklar, gerade auch für die Anrainer, zum Beispiel die Schrebergärten, die dort draussen sind. Wir erhoffen uns aufgrund dieser Projektierungsergebnisse Antworten auf diese Fragen, auch zu den Anträgen der PVS. Wir werden dem Geschäft aber trotzdem zustimmen und sind gespannt auf die weiteren Ergebnisse im Rahmen der Projektierung.

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Ich danke dem Referenten für das sorgfältige Vorbereiten und Vorstellen des Geschäfts und den Blick in die Vergangenheit. Die Sanierung des Mooswegs ist eine lange Geschichte. Noch, als ich im Parlament war, ist schon viel über den Weg diskutiert worden, sei es wegen der Amphibien, wegen der Angst vor einer Ausweitung des Verkehrsaufkommens oder sei es wegen der schlechten Bedingungen für den Fuss- und Veloverkehr.

Die Strasse befindet sich in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Das führt zu hohen Unterhaltskosten. Wir reden hier von über 50 000 Franken pro Jahr und der schlechte Zustand stellt zunehmend auch ein Sicherheitsrisiko für alle Verkehrsteilnehmenden dar. Die Lösung, die wir jetzt präsentieren, wird, wie es der Referent der Kommission schon gesagt hat, in zwei Schritten passieren; und zwar sollen jetzt rasch bauliche Sofortmassnahmen umgesetzt werden. Nur so können wir die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden bis zur Neugestaltung des Mooswegs sicherstellen. Diese Massnahmen sollen dann unmittelbar nach der Kreditbewilligung durch den Stadtrat umgesetzt werden. Ab 2025 ist dann die grundlegende Sanierung vorgesehen. Dazu braucht es noch Planungsarbeit, und darum kommen wir heute mit einem Projektierungskredit. Das Ziel muss sein, eine gute, stabile Lösung zu realisieren, bei der die Busse von Bernmobil gut kreuzen können. Aber es soll auch eine deutliche Verbesserung für den Fuss- und Veloverkehr geben. Im Moment ist das nicht gut und stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Es soll einen Mehrwert für die Amphibien geben. Unter der Fahrbahn hindurch werden Amphibien-Durchlässe gebaut, ein Anliegen, das auch schon sehr, sehr lange pendent ist. Es ist uns bewusst, dass nicht alle im Quartier mit dieser Lösung rundum zufrieden sind. Wir sind hier in einem Spannungsfeld unterschiedlicher und zum Teil halt auch divergenter Anliegen aus dem Quartier. Eine Totalsperrung für den motorisierten Verkehr, wie sie von gewissen Leuten eben auch gefordert wird, haben wir geprüft. Unsere Verkehrsmodelle zeigen klar auf, dass es zu einer dramatischen Verlagerung des MIV in andere Quartiere kommen würde, und das kann ja nicht das Ziel sein. Aber die Angst vor Mehrverkehr auf dem Moosweg ist natürlich berechtigt. Was wir nicht planen, ist eine Kapazitätsausweitung. Es ist darum sehr wichtig, dass wir den Verkehr nach der Umsetzung wirklich monitorisieren und, wenn nötig, nachher auch weitere Massnahmen ergreifen.

Es ist schade, dass Köniz seinen Teil des Mooswegs nicht gleichzeitig macht. Zuwarten kann die Stadt aber wirklich nicht. Das kommt nicht in Frage, denn die Strasse ist in einem zu schlechten Zustand und der Unterhalt wird einfach von Jahr zu Jahr grösser. Das hat eben, wie es Timur Akçasayar schon gesagt hat, vor allem auch mit der Beschaffenheit des Bodens zu tun. Köniz hat uns aber wirklich versichert, dass es natürlich dafür besorgt sein wird, dass die Strasse auf seiner Seite befahrbar bleibt.

Kurz zu den Kosten: Nach der Projektierung wird voraussichtlich eine Volksabstimmung über den Ausführungskredit für die Neugestaltung erforderlich sein. Verbesserungen auf dem Moosweg sind als A-Massnahme im Agglomerationsprogramm 4. Generation schon angemeldet. Für die Sofortmassnahmen rechnen wir aber natürlich nicht mit Beiträgen von Dritten. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Kredit für die Sofortmassnahmen und dem Projektierungskredit zuzustimmen. Die Prüfungsanträge der PVS können wir sehr gut entgegennehmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 PVS zu. (61 Ja, 11 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 028
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 2 PVS zu. (56 Ja, 16 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 029
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 3 PVS zu. (63 Ja, 10 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 030
4. Der Stadtrat stimmt der so bereinigten Vorlage zu. (73 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 031

10 Zumiete Basisstufe Burgernziel (Thunstrasse 100, Bern); Verpflichtungskredit zulasten Erfolgsrechnung für die Zumiete und Investitionskredit für Nutzer- ausbau, Erstaussstattung und Umgebungseinrichtung

2022.BSS.000096

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Zumiete Basisstufe Burgernziel (Thunstrasse 100, Bern); Verpflichtungskredit zulasten Erfolgsrechnung für die Zumiete und Investitionskredit für die Erstaussstattung.
2. Er genehmigt für die Zumiete Basisstufe Burgernziel für die Miete und die Nebenkosten für die Dauer von 25 Jahren einen Verpflichtungskredit zulasten der Erfolgsrechnung der Dienststelle Immobilien Stadt Bern von Fr. 3 186 050.00.
3. Er genehmigt für den Nutzerausbau, die Erstaussstattung und die Umgebungseinrichtung der Basisstufe einen Kredit in der Höhe von Fr. 690 0000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto PB22-001.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 17. August 2022

SBK-Sprecherin *Sarah Rubin* (GB): Bei diesem Geschäft geht es um einen Verpflichtungskredit zum Abschluss eines Mietvertrags für Schulräumlichkeiten von zwei Basisstufen auf dem städtischen Areal des ehemaligen Tramdepots Burgernziel. Ausserdem geht es um einen Investitionskredit für den Nutzerausbau, die Erstaussstattung, die Betriebs- und die Umgebungseinrichtung. Auf dem Areal entstehen 101 Wohnungen und Flächen für Dienstleistungs- und Gewerbenutzungen. Die Räumlichkeiten für zwei Basisstufenklassen sind ein vertraglich abgesicherter Teil des Projekts Bern Ost. Die Stadt mietet die Räumlichkeiten für die Basisstufe also von der Baurechtsnehmerin. Das Baurecht läuft im Jahr 2096 aus. Durch die neuen Wohnungen werden etwa 50 zusätzliche Schüler:innen am Schulstandort Manuel erwartet. Erfahrungsgemäss sind etwa die Hälfte davon, also etwa 25 Kinder, im Alter des Zyklus' 1, das heisst, erster Kindergarten bis zweite Klasse. Zu diesen Zahlen kann ich Ihnen noch folgende Ergänzungen zum Vortrag geben: Die Wohnungen werden zu einem Drittel durch den gemeinnützigen Wohnungsbau erstellt, also durch die Wohnbaugenossenschaft 8. Die restlichen Wohnungen gehören der Gebäudeversicherung und werden relativ teuer vermietet. Von Statistik Bern ist darum ein durchschnittlicher Mix von Wohnungen angenommen worden. In den genossenschaftlichen Wohnungen werden mehr Kinder erwartet, und in den teureren und etwas kleineren Wohnungen wird es eher weniger Kinder haben. Die Erfahrung mit anderen Neubauquartieren hat gezeigt, dass Kinder im Zyklus 1 gegenüber denen im Zyklus 2 oder 3 überwiegen werden. Die beiden Basisstufen mit je 20 bis 25 Kindern tragen dem Rechnung. Sie sind genügend gross konzipiert. Die Kinder im Vorschulalter werden erst später in die Schule eintreten. Die Schülerinnen ab Zyklus 2 werden im Schulhaus Manuel zur Schule gehen. Es ist vorgesehen, im Burgernziel ein Angebot für zwei Ganztagesbasisstufen aufzubauen. Ein solches fehlt nämlich durch die Sistierung des Projekts Volksschule Wyssloch in diesem Schulkreis. Mahlzeiten für den ganzen Tagesbetrieb werden angeliefert. In diesem Zusammenhang ist die Frage aufkommen, wieso man nicht gerade eine richtige Küche bauen und vor Ort kochen könnte. Das wäre doch super. Die Kinder könnten mitmachen. Dazu ist uns gesagt worden, dass das bei zwei Basisstufen nicht wirtschaftlich sei, und dass momentan sowieso grundsätzlich überprüft werde, wie man beim Thema Mahlzeiten in städtischen Betreuungseinrichtungen weiter vorgehen wolle. Profitieren von diesen Ganztagesbasisstufen würden die Standorte Laubegg, Kirchenfeld und Altstadt-Schosshalde, was die Schulraumproblematik in diesem Bereich denn auch entschärfen würde. Hier wurde in der Kommission diskutiert, wieso trotz Schulraumknappheit im Schulkreis nur zwei Basisstufen geplant wür-

den. Die Verwaltung hat erklärt, weil es sich um eine Zumiete handle, seien zwei Basisstufen in einem Stadtteil, in dem es Schulraumprojekte ohnehin tendenziell schwer haben, schon viel, weil es den Baurechtsnehmerinnen primär um den Bau von Wohnungen gehe. Das Geschäft ist unbestritten gewesen und die SBK empfiehlt Ihnen einstimmig, die beiden Kredite anzunehmen.

Fraktionserklärungen

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion GB/JA! stimmt dem Projekt ebenso zu. Wir sind froh, gibt es damit in den betroffenen Quartieren bezüglich Schulraum zumindest eine kleine, absehbare Entlastung. Noch lieber wäre es uns natürlich, wenn für die Stadt endlich die Bahn für die blockierten Projekte frei würde. Auch die Tatsache, dass hier Ganztagesbasisstufen entstehen, begrüßen wir sehr, weil die Basisstufe mit ihrem pädagogischen Konzept wichtige Beiträge zu einer Stadt voller Vielfalt leistet. Ganztagesbasisstufen sind ausserdem ein wichtiger Schritt für die Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit. Darum stimmen wir als Fraktion dem Geschäft ebenso zu.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Beim vorliegenden Verpflichtungskredit geht es um den Abschluss eines Mietvertrags über 25 Jahre für Schulräumlichkeiten für zwei Basisstufen auf städtischem Areal.

Es ist vorgesehen, im Bürgerziel ein Angebot für zwei Ganztagesbasisstufen aufzubauen. Der Grund ist, dass durch die Sistierung des Projekts Volksschule Wyssloch einfach das Angebot in diesem Schulkreis weiterhin fehlt; das entgegen der versprochenen Strategie, pro Stadtteil mindestens ein Tagesschulangebot zu schaffen. Mit der durch die aktuellen Einsprachen weiterhin blockierten Umsetzung einer Tagesschule im Bauernhaus Wyssloch bleibt Platznot in den Tagesschulen im Stadtteil 4 weiterhin bestehen. Die projektierten Ganztagesbasisstufen schaffen kurzfristig eine kleine Entspannung und ein zeitgemässes Angebot für die höhere Nachfrage erwerbstätiger Familien. In Anbetracht der Schulraumproblematik ist das sicher eine gute Notlösung, und man kann zu diesem Vortrag fast nicht Nein sagen. Denn würde man das Geschäft nicht annehmen, hätte man bezüglich Schulraumthematik ein weiteres Problem. Trotzdem möchte ich es nicht unterlassen, noch ein paar weiterführende Gedanken anzubringen. Man mietet hier einen Raum für junge Schülerinnen und Schüler an – halt eine Basisstufe. Doch was passiert in fünf Jahren? In fünf Jahren gehen die Kinder immer noch zur Schule. Und was ist dann mit dem Schulraum und dem Tagesschulraum? Es sei vorgesehen, dass die Kinder in das Manuelschulhaus gehen. Aber hat es dort genug Platz? Die ganze Schulraumplanung scheint uns einmal mehr nicht ganz zu Ende gedacht. Wieso mietet man, wenn schon, nicht noch mehr Schulraum dazu? Klar, man hat 2016 entscheiden müssen, wie viel Raum man dazumieten will, und hat sich damals für zwei Basisstufen entschieden. Klar, man hat dann irgendwie festlegen müssen, wie gross der Bedarf ist. Aber Fakt ist: Die Stadt hat sich in letzter Zeit oft verspekuliert, und man sollte doch langsam wissen, dass es in diesem Schulkreis enorm schwierig ist, etwas zu realisieren. Sollte man deshalb nicht langsam anfangen, mehr Platz einzuplanen? Mittelfristig braucht es aus unserer Sicht dringend eine aktualisierte Schulraumplanung, die die Bedürfnisse für den Aufbau von zeitgemässen Bildungslandschaften aufnimmt, und wo Bildung und Betreuung immer gesamthaft und vorausschauend geplant werden. Wird das weiterhin unterlassen, so sind die Leidtragenden die Kinder und das Personal für Bildung und Betreuung.

Wir danken Ihnen, wenn Sie uns folgen und dem Verpflichtungskredit zustimmen, weil es eine wesentliche und wichtige Investition ist. Aber wir möchten einmal mehr darauf hinweisen, dass wir in dieser Stadt endlich eine Schulraumplanung brauchen, die genug Platz für die Klassen im Voraus realisieren kann.

Ordnungsantrag

Michael Hoekstra (GLP): Ich stelle **zwei Ordnungsanträge**: Ordnungsantrag 1 will die Schliessung der Rednerliste und Ordnungsantrag 2 will, dass wir das Traktandum noch abschliessen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag zur Schliessung der Rednerliste zu. (51 Ja, 9 Nein, 2 Enthalten) [Namen](#) 032
2. Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag zu, das Geschäft noch fertigzuberaten. (40 Ja, 17 Nein, 7 Enthalten) [Namen](#) 033

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Keine Angst, ich will nicht gross verlängern. Was Barbara Keller gesagt hat, kann ich weitgehend unterstützen. Ich möchte einfach festhalten, dass es seit Jahrzehnten keine SVP-Schuldirektoren mehr gegeben hat. RGM hat es schon früher verpasst – bei Schönberg etwa und bei vielen Schulprojekten, das sage ich immer wieder, wollte man eine Maximalvariante, sowohl beim Schulhaus Goumoënsmatte wie auch beim Wyssloch und im Kirchenfeld, das immer noch durch eine Einsprache blockiert ist. Wenn man frühzeitig mit den Leuten spricht und Lösungen sucht, dann kommt man weiter. Aber wenn der Rechtsweg beschritten wird, ist alles effektiv blockiert. Ich bin gerne bereit, in dieser Arbeitsgruppe mitzuwirken.

Ich stimme dem Projekt zu. Aber wie gesagt, das ist für mich wirklich nicht die Art, wie man Schulraumplanung macht. Es ist sicher nicht der Fehler der SVP. Wir haben einmal mit anderen zusammen eine Motion eingereicht, die sagt, wie es vorwärtsgehen soll, und dass man halt nicht immer Prestige-Projekte machen sollte. Und auch die Variante Modulbauten, die ich zuerst auch skeptisch angeschaut habe, aber mittlerweile klar unterstütze, wäre eine Lösung, die man innerhalb kurzer Zeit realisieren kann.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Das ist ein neues Projekt in Bern Ost. In diesem Quartierzentrum entsteht jetzt für die kleinsten Bewohnerinnen und Bewohner, die dort sein werden, vor Ort eine Schule, eine Basisstufe, was ich natürlich sehr schön finde, weil das diesen kleinen Kindern den nicht ganz einfachen Schulweg bis ins Manuelschulhaus erspart. Die beiden Schulräume sind auch verknüpft mit einer Kita, die im gleichen Gebäude ist. So können die kleinen Kinder dieser neuen Wohnsiedlung von 0 bis 8 Jahren in der Siedlung zur Schule gehen, was sehr schön ist.

Sie haben sich wieder zum Schulraum geäussert. Ich möchte mich zuerst noch kurz zu den pädagogischen Überlegungen zu diesem Projekt äussern. Es ist eine Ganztagesbasisstufe, die hier eingerichtet wird. Das sind für den Schulkreis zwei Neuheiten. Zum einen ist die Basisstufe ein neues Modell und zum anderen ist es eben auch ein Ganztagesangebot. Bildung und Betreuung sollen zusammengehören, haben wir vorher in einem Votum auch gehört. Das setzen wir hier eigentlich sehr gut um.

Es ist das erklärte Ziel des Gemeinderats, dass wir in allen Schulkreisen Basisstufen und Ganztageseschulen haben, und darum sind wir auch froh, dass das hier verwirklicht werden kann. Hier regt der Gemeinderat das an und stellt die Gebäude zur Verfügung, aber die Umsetzung muss in den Schulkreisen stattfinden. Und ich glaube, das sollten Sie sich merken: In der Stadt Bern wird nicht von oben vorgeschrieben, was in den Schulkreisen passieren soll, sondern die Schulkreise entscheiden selbst. Deshalb bin ich froh, dass jetzt in diesem Schulkreis auch die zwei neuen Modelle eingeführt werden können.

Es ist gesagt worden: Warum nicht mehr und warum nicht früher? Diese Argumente von Ihnen kenne ich. Zur Schulraumplanung muss man sagen: Es gibt keinen einzigen Stadtteil, in dem so viele Schulraumprojekte blockiert sind. Da können wir nicht noch mehr planen. Wyssloch

ist ja das klassische Beispiel. Wir haben einen Plan B. Plan B ist bestritten worden. Jetzt kann man uns wieder vorwerfen, wir hätten keinen Plan C. Es ist manchmal ein Ding der Unmöglichkeit. Wir haben eine Schulraumplanung. Wir haben 62 Projekte. Ich stelle sie Ihnen sehr gerne vor; zusammen mit Alec von Graffenried und Michael Aebersold, weil es eine gemeinsame Planung ist. Aber um die 62 Projekte umzusetzen, braucht es auch Zeit. Und wenn es halt Einsprachen gibt, müssen wir das auch respektieren. Darum finde ich jetzt, wir stehen in der Schulraumplanung eigentlich nicht so schlecht da. Modulbauten sind leider auch nicht die einfache Lösung, die Sie vielleicht erwarten. Für Modulbauten brauchen wir auch eine Baubewilligung. Wir hatten auch schon Einsprachen gegen Modulbauten. Ich glaube, es ist einfach Fakt, dass wir halt in einer Stadt sind, wo das eine Herausforderung ist. Aber umso schöner ist das, dass wir jetzt in dieser Siedlung das Projekt umsetzen können. Das Projekt ist insofern auch neu, als es das erste Mal ein Totalunternehmer ist, der den Bau zu verantworten hat. Die Stadt war nicht direkt involviert. Das war ein bisschen eine Herausforderung, weil es für die Stadt neu war, nicht bei einem Bauprojekt dabei zu sein, und es war auch für den Totalunternehmer neu. Die Stadt konnte aber sehr viel lernen und das ist gut. Wir wollen auch in Zukunft bei neuen Wohnbauprojekten Basisstufen in die Siedlungen integrieren, weil das einfach die beste Lösung für die kleinen Kinder ist. Jetzt kommt eigentlich der Teil, den Sie mit dem Kredit auch unterstützen. Wir müssen Einrichtungen realisieren, wie Beleuchtungen und schulspezifische Anpassungen am Gebäude, damit die Kinder nachher hoffentlich gerne dort zur Schule gehen. Ich freue mich, dass wir hier wirklich eine innovative Lösung gefunden haben, die auch den pädagogischen Anforderungen gerecht wird. Danke für Ihre Zustimmung.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Verpflichtungskredit zu. (66 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 034

Die Beratung wird am 28.10.2022 um 9.00 Uhr fortgesetzt.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Interpellation Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli/Dolores Dana, FDP): Kunst im öffentlichen Raum - Welche Beträge aus welchem Projekt
2. Interpellation Fraktion Mitte (Lionel Gaudy, Mitte): Steht der Gemeinderat im (Denk-)Stau?
3. Postulat Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli, FDP): Entlastung der Stadtfinanzen durch Abgabe von Durchgangsstrassen an den Kanton
4. Interpellation Fraktion GFL/EVP (Tanja Miljanovic, GFL): Jede Umsetzung braucht Ressourcen - kann das AfU seine Aufgaben mit den bestehenden Stellenprozenten erfüllen?
5. Dringliche Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger, SVP): Stadt Bern und EWB: Günstige Strom- und Gaspreise für alle, die das wollen! Es braucht dafür eine sofortige Reglementsänderung!
6. Dringliches Postulat Fraktion GFL/EVP (Francesca Chukwunyere, GFL/Marcel Wüthrich, GFL/Therese Streit, EVP): Soziale Abfederung der hohen Gaspreise für besonders betroffene Haushalte
7. Kleine Anfrage David Böhner (AL): Wie hoch ist der Stromverbrauch des Rendez-vous am Bundesplatz (in kWh)?
8. Postulat David Böhner (AL): Wiedereinführung der Stadtpolizei
9. Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP)/Alexander Feuz (SVP): Eine Kommunikations-App für alle Berner Schulen

andere Eingänge

-

Die Sitzung wird um 22.40 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

X

Manuel C. Widmer

für das Protokoll

X

Anita Flessenkämper